

N I E D E R S C H R I F T

über die 35. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

vom: **11.09.2002**
von: **16:00 Uhr**
bis: **21:15 Uhr**
Ort: **Rathaus Geisweid
Großer Sitzungssaal**

Anwesend waren:

I. Vom Haupt- und Finanzausschuss:

Bürgermeister Stötzel, Ulf
Bertelmann, Hans-Günter - ab 16.05 Uhr -
Boller, Joachim
Dreisbach, Jürgen - bis 16.40 Uhr, Ende TOP 7 öT -
Elter, Uwe
Fries, Traute
Höpfner-Diezemann, Ute - für Stv Prof. Dr. Holzäpfel, Heinz -
Katz, Reinhilde - für Stv Dreisbach, Jürgen ab 16.40 Uhr -
Kirchhöfer, Karl Wilhelm
Köhl, Siegfried
Moll, Ilona
Mues, Gunter
Mues, Steffen - bis 16.50 Uhr für Stv Schiemer, Hansgeorg, bis 17.05 Uhr -
Rothenpieler, Wilhelm
Schiemer, Hansgeorg - ab 16.50 Uhr, während TOP 8 öT -
Schulte, Werner
Dr. Stötzel, Wolfgang

II. Beratende Mitglieder:

Walter, Klaus-Volker

III. Als Zuhörer:

IV. Von der Verwaltung:

Nicht anwesend war:

Stv Prof. Dr. Holzäpfel, Heinz

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Boller bestimmt.

35. HFA 11.09.2002

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 03.08.2002

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

35. HFA 11.09.2002

3. Fragestunde

3.1. Hochwasserkatastrophe

Herr Bürgermeister Stötzel fasst die Hochwasserereignisse im Stadtgebiet am 28.08.2002 zusammen und spricht allen Helfern seinen Dank aus.

Die Beantwortung der Anfrage durch Herrn Baumeister ist der Niederschrift beigelegt.

35. HFA 11.09.2002

3.2. Wiederbesetzungssperre

Die Antwort von Herrn Lehmann ist der Niederschrift beigelegt.

35. HFA 11.09.2002

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

4.1. Aussetzung der Wiederbesetzungssperre bei Schwangerschaftsvertretungen und Vertretung für Elternteilzeit

Die Stellungnahme von Herrn Lehmann ist der Niederschrift beigelegt.

Herr Boller formuliert den Antrag dahingehend um, dass der Haupt- und Finanzausschuss den Bürgermeister beauftragt, die Schwangerschaftsvertretung und Vertretungen für die Elternzeit von der Wiederbesetzungssperre auszunehmen. Seiner Ansicht nach liegt hier eine Diskriminierung der Frauen vor. Denen Betroffenen soll eine Rechtsicherheit gegeben werden.

Bisher ist in diesem Zusammenhang ein konkreter Fall bekannt, so Herr Bürgermeister Stötzel. Daher treffen die Aussagen der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN nicht zu. Zudem gilt die angesetzte Wiederbesetzungssperre nur bis zum kommenden Stellenplan.

Herr Gunter Mues weist darauf hin, dass Ausnahmeregelungen vom Bürgermeister nach pflichtgemäßem Ermessen getroffen werden können. Daher wird die CDU-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

Auch Herr Kirchhöfer kann bei Zutreffen der Tatsache, dass nur ein Fall vorliegt, dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Bertelmann versteht dies als Grundsatzantrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN. Da eine Schwangerschaft frühzeitig bekannt ist, kann eine geeignete Organisation die entstehenden Lücken füllen. Daher sollte im Einzelfall über die Funktionsfähigkeit in einem betroffenen Bereich nachgedacht werden.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (5 Stimmen dafür)

Damit ist der Antrag abgelehnt.

35. HFA 11.09.2002

5. Einwohnerversammlung in den Stadtteilen Kaan-Marienborn/Volnsberg/Feuersbach/Breitenbach Trupbach Seelbach hier: Themenfestlegung

Vorlagenr. 2188/2002

Frau Katz beantragt, die Tagesordnung der Einwohnerversammlung in Trupbach, um den Ausbau der Straßen Falterweg, Libellenweg und In der Parbach zu erweitern.

Herr Kirchhöfer ist der Ansicht, dass die Tagesordnung nicht mehr erweitert werden sollte.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen stimmt nachfolgenden Tagesordnungen für die Einwohnerversammlung in den Stadtteilen

- ♦ Kaan-Marienborn/Volnsberg/Feuersbach/Breitenbach
- ♦ Trupbach
- ♦ Seelbach

gemäß der Vorlage zu.

Die Tagesordnung der Einwohnerversammlung Trupbach wird um den Punkt „Ausbau der Straßen Falterweg, Libellenweg und In der Parbach“ erweitert.

♦ Kaan-Marienborn/Volnsberg/Feuersbach/Breitenbach

Lfd.-Nr.	Tagesordnungspunkt
1.	Dorferneuerung Volnsberg und Feuersbach
2.	Umgehungsstraße Kaan-Marienborn L 719
3.	B-Plan Nr. 311 „Ober dem Feldgarten“
4.	B-Plan Nr. 312 „Weißdornweg“
5.	Wohnbauflächenkonzept
6.	Sanierung Freibad Kaan-Marienborn
7.	Ausbau „Brüderweg“
8.	Wasserbaumaßnahmen „Breitenbach“
9.	Sonstiges

♦ Trupbach

Lfd.-Nr.	Tagesordnungspunkt
1.	Truppenübungsplatz (Sachstand)
2.	Dorferneuerungskonzept einschließlich Ortsdurchfahrt/ Verkehrsberuhigung
3.	Wohnbauflächenkonzept
4.	<u>Ausbau der Straßen Falterweg, Libellenweg und In der Parbach</u>
5.	Sonstiges

♦ **Seelbach**

Lfd.-Nr.	Tagesordnungspunkt
1.	Gewerbegebietsplanung Seelbach
2.	Wohnbauflächenkonzept
3.	Neubau „Alte Freudenberger Straße“
4.	B-Plan Nr. 290 „Am Nörchen“
5.	Sonstiges

Beratungsergebnis: 11 Stimmen dafür, 3 dagegen, 1 Enthaltungen

**6. Unterrichtung des Rates und der Fachausschüsse
- Verzeichnis der nicht ausgeführten Beschlüsse (01.07.2001 -
30.06.2002)**

Vorlagenr. 2160/2002

Herr Kirchhöfer erkundigt sich im Hinblick auf Vorlage 1687/01, wann das Einzelhandelskonzept fortgeschrieben werden soll.

Herr Kühn weist darauf hin, dass ein Gutachten zur Verträglichkeitsüberprüfung der Ansiedlung von IKEA in Auftrag gegeben worden ist. Einige Detailfragen sind allerdings noch zu klären. Bis November kann eine Vorlage diesbezüglich angefertigt werden.

▶▶▶ Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt Kenntnis.

**7. Wirtschaftliches und technologisches Kompetenzprofil der Region
Siegen-Wittgenstein-Olpe (Teilfortschreibung des regionalen
Entwicklungskonzeptes - REK)**

Vorlagenr. 2173/2002

Herr Gunter Mues weist auf die geänderte Beschlussempfehlung im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften hin, wonach der Ausbau der Autobahn A 45 auf durchgehend 6 Spuren und die Entwicklung einer schnellen Zuganbindung in Richtung Frankfurt, Hagen und Köln mit in das Kompetenzprofil aufgenommen werden sollen.

Bei der schnellen Zuganbindung sollte auch die Bahnlinie Richtung Erndtebrück bedacht werden, so Herr Boller. Dem Ausbau der A 45 kann er in Anbetracht dessen, dass erst kürzlich alle Lärmschutzmauern aufgestellt worden sind, nicht zustimmen.

Herr Köhl ist der Meinung, dass auch die kleinen Maßnahmen, wie die Weiterentwicklung der regionalen Holzwirtschaft, gefördert werden müssen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss – als Planungsausschuss – beschließt die unter Ziff.3 gemachten Ausführungen als Stellungnahme der Stadt Siegen.

Weiterhin sind zwei zusätzliche Punkte in das Kompetenzprofil aufzunehmen:

- a) Ausbau der Autobahn A 45 auf durchgehend drei Spuren
- b) Schaffung einer schnellen Bahnanbindung in alle Richtungen

Beratungsergebnis: 13 Stimmen dafür, 1 dagegen, 1 Enthaltungen

8. **20. Änderung des GEP für den Regierungsbezirk Arnsberg, Teilabschnitt Oberbereich Siegen, Bereich des Gebietes „Heiden- und Magerrasen im TÜP Trupbach“;
hier: Stellungnahme zur geplanten Anhörung**

Vorlagennr. 2194/2002

Herr Boller kann der Vorlage nicht zustimmen. Bis heute ist kein Nachweis über den Bedarf an Industrie- und Gewerbeflächen vorgelegt worden.

Herr Bürgermeister Stötzel weist darauf hin, dass mittlerweile aus diversen Gründen Flächen genutzt werden müssen, die nicht als Gewerbefläche vorgesehen waren. Die daraus resultierenden Abwägungsschwierigkeiten verzögern die weitere Entwicklung. Auf Nachfrage von Herrn Boller gibt er zu bedenken, dass der ehemalige Schlachthof unter Denkmalschutz steht. Daher besteht für Privatunternehmer kein Interesse an diesem Gebäude.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss als Planungsausschuss lehnt die Darstellung des Gebietes „Heiden- und Magerrasen im TÜP Trupbach“ als Bereich für den Schutz der Natur (BSN) ab, damit einer endgültigen Entscheidung über die Darstellung der Fläche als GIB (Gewerbe- und Industriebereich) im Zuge des noch nicht abgeschlossenen Verfahrens zur 7. Änderung des GEP nicht vorgegriffen wird.

Beratungsergebnis: 13 Stimmen dafür, 1 dagegen, 1 Enthaltungen

9. Praxisbeispiel Umsetzung Gender Mainstream im Bereich kommunaler Beschäftigungsförderung - regionaler Arbeitsmarktpolitik mit EU- und Landesförderung
- Qualifizierung Verkäuferin in Teilzeit für Frauen im Sozialhilfebezug

Vorlagennr. 2025/2002

Frau Dellori gibt einen aktuellen Sachstand über die Maßnahme. Demnach hat die Umschulung nach der Orientierung am 02. September begonnen.

Herr Mues hinterfragt kritisch, ob für die Teilnehmerinnen eine dauerhafte Arbeitsstelle gefunden werden kann. Auch die Maßnahmen durch das Arbeitsamt zeigen in dieser Hinsicht oft wenig Erfolg.

Die UWG-Fraktion kann diese Maßnahme nur unterstützen, da jede Möglichkeit zu Arbeitsbeschaffung gefördert werden muss, so Herr Boller.

► ► ► Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

10. Zwischenbericht über den Stand der Umsetzungsmaßnahmen im Bereich der Gebäudereinigung
Entscheidung bezüglich der Fremdvergabe von Reinigungsarbeiten bei kleineren Objekten
Bericht über Sparmaßnahmen im Fachbereich 2, Abteilung 2/1 Service

Vorlagennr. 1913/2002

Herr Boller sieht in dieser Vorlage einen Abbau der Sozialstandards. Daher plädiert die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN dafür, die Vorschläge der Gleichstellungsbeauftragten bezüglich der freiwilligen Versicherung der städtischen Angestellten aufzunehmen.

Herr Lehmann gibt zu bedenken, dass diese freiwillige Leistung auf Grund der finanziellen Lage der Stadt Siegen nicht erbracht werden kann.

Beschluss:

Der Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung und der Haupt- und Finanzausschuss nehmen von den Berichten zum Stand der Umsetzungsmaßnahmen im Bereich der Gebäudereinigung sowie zu den im Fachbereich 2/1 weiterhin getroffenen Sparmaßnahmen Kenntnis. Bezüglich der Vergabe von Reinigungsarbeiten an Firmen bei kleineren Objekten stimmt der Haupt- und Finanzausschuss, unter den genannten Bedingungen, dem Vorschlag der Verwaltung zu, auf die Forderung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen zu verzichten.

Beratungsergebnis: 11 Stimmen dafür, 4 dagegen, 0 Enthaltungen

11. Neufassung der Richtlinien der Stadt Siegen zur Förderung des Sports

Vorlagennr. 2058/2002

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, die Richtlinien der Stadt Siegen für die Förderung des Sports gemäß Vorlage mit folgenden Änderungen entsprechend neu zu fassen:

zu Ziffer 2.21 b): statt der 5.000 € Baukosten wird die Summe **3.000 €** eingesetzt

zu Ziffer 2.25: Der Satz „für die Reihenfolge der Bewilligung...“ wird gestrichen. Statt dessen wird eingefügt: **„Anträge für das laufende Jahr Haushaltsjahr müssen spätestens am 30.09. eingegangen sein“.**

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**12. Modernisierung der Sportplätze Glückauf-Kampfbahn und Charlottental**

Vorlagennr. 2079/2002

Herr Gunter Mues zitiert aus der Niederschrift des Sport- und Bäderausschusses am 18.07.2002. Dort ist die Verwaltung beauftragt worden, einen finanziellen Vorschlag zu unterbreiten. Dies ist bis heute nicht erfolgt. Positiv ist allerdings zu vermerken, dass weitere Gespräche mit dem Siegener SC zu einem zusätzlichen Sponsoring seitens des Vereines in Höhe von 50 T€ geführt haben. Auch die nicht benötigten Mittel in Höhe von 169 T€ sind lobenswert zu erwähnen. Die CDU-Fraktion spricht sich für die erste Alternative aus. Die Verträge mit dem Siegener SC sind allerdings eindeutig zu formulieren, um Zahlungsschwierigkeiten zu vermeiden. Als Deckungsvorschlag für die fehlenden 100 T€ der ersten Alternative, führt er eine Verschiebung nicht benötigter Mittel für den Ausbau des Leimbachstadions an. Dort stehen nach seiner Kenntnis noch 600 T€ zur Verfügung, die auch in diesem Jahr nicht vollständig verausgabt werden.

Herr Kirchhöfer hat kein Verständnis, dass der Fachbereich im nachhinein die Kosten korrigieren muss, weil ein Außenstehender eine neue Lösungsmöglichkeit in Betracht zieht.

Wie die letzten Starkregenereignisse gezeigt haben, muss auch auf den Sportplätzen einer Überschwemmung entgegengewirkt werden, so Herr Bürgermeister Stötzel.

Herr Brune nimmt Stellung zu den Minderausgaben in Höhe von 169 T€. Dennoch müssen auch dann Sicherheitsvorkehrungen im Bereich der Böschung getroffen werden. Bis zur Ratssitzung am 25.09.2002 wird mit dem Ingenieurbüro noch erörtert, wie einer Überflutung bei Starkregen entgegengewirkt werden kann. Eine komplette Einsparung der 169 T€ ist aber noch nicht abschließend geklärt.

Das Engagement des Vereines ist lobenswert, so Herr Dr. Stötzel. Dennoch muss im Hinblick auf die Zuschüsse eine Kieselrotsanierung noch in diesem Jahr durchgeführt werden.

Der Antrag von Herrn Bertelmann, die Rednerliste zu beenden, wird mehrheitlich abgelehnt.

Herr Schulte weist darauf hin, dass kommenden Dienstag der Arbeitskreis Leimbachstadion erneut zusammentritt, um weitere Ausschreibungen zu beraten. Er rät dringend davon ab, die Mittel für das Leimbachstadions in Anspruch zu nehmen, um keine weitere Ausba verzögerung eintreten zu lassen.

Auch Herr Baumeister führt an, dass er ein echten Deckungsvorschlag benötigt. Spätestens im Jahr 2003 werden die Maßnahmen im Leimbachstadion den Haushalt belasten. Darüber hinaus sind durch die Hochwasserschäden weitere finanzielle Mittel aufzubringen. Aus seiner Sicht ist daher der veranschlagten Variante der Vorzug zu geben.

Herr Gunter Mues macht darauf aufmerksam, dass eine Kostenverschiebung nicht zu Lasten der Maßnahme Leimbachstadion erfolgen soll. Dies sei nur eine Möglichkeit, wenn in diesem Jahr ein vollständiger kostenmäßiger Mittelabgleich nicht erfolgt.

Dennoch bemängelt er, dass immer wieder neue Vorlagen und Ergänzungen erarbeitet werden, die keinerlei Abstimmung in der Verwaltung zeigen.

Herr Bürgermeister Stötzel weist darauf hin, dass gegebenenfalls zur Ratssitzung eine Ergänzungsvorlage erstellt wird.

Beschlussvorschlag :

Der Rat der Stadt Siegen beschließt für die Sportplätze Glückauf-Kampfbahn und Charlottental wie folgt:

1. Glückauf-Kampfbahn
 - 1.1 Die Kieselrotsanierung wird durchgeführt.
 - 1.2 Das Spielfeld erhält eine Kunstrasenfläche.
 - 1.3 Die Rundlaufbahn erhält einen Tartanbelag. Es werden vier Rundlaufbahnen und an beiden Längsseiten 100-m-Laufbahnen angelegt.
 - 1.4 Die Segmente werden asphaltiert. In ein Segment wird eine Weitsprunganlage mit zwei Anlaufbahnen in Tartanausführung gebaut.

2. Charlottental1. Alternative

Die Kieselrotsanierung wird durchgeführt.

Die Kosten betragen 295.000 €

Das Spielfeld erhält eine Kunstrasenfläche.

Die Kosten betragen 431.000 €

Gesamtkosten **726.000 €**

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

**13. Sanierung / Modernisierung der städtischen Warmwasserfreibäder
Kaan-Marienborn und Geisweid;
hier: Planungen**

Vorlagennr. 2089/2002

Herr Kirchhöfer ist der Ansicht, die Planungen um ein Jahr zu verschieben.

Herr Gunter Mues vertritt die Auffassung, dass erst das Bäderkonzept beschlossen werden sollte, um eine einheitliche Diskussionsebene zu schaffen. Daher kann die CDU-Fraktion dieser Vorlage nicht zustimmen.

Eine zweite Lesung wird in der nächsten Sitzung des Sport- und Bäderausschusses erfolgen, so Herr Dr. Rohr. Da die betroffenen Bäder im Gutachten unstrittig betrachtet werden und der derzeitige Betrieb durch den schlechten baulichen Zustand gefährdet ist, sollte die Planung vorgezogen werden. Ansonsten können die Bäder erst im Jahr 2004 finanziell eingeplant werden, was irreparable Schäden zur Folge hätte.

Die Herren Boller und Bertelmann können diesen Ausführungen nur zustimmen. Es geht um die Aufrechterhaltung der Siegerer Bäder.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen als Planungsausschuss beauftragt die Verwaltung,

- a) bis zu den Beratungen des Haushaltes **2003** eine Planung zur Sanierung / Modernisierung des Warmwasserfreibades Kaan-Marienborn einschließlich Kostenübersicht zu erarbeiten,
- b) bis zu den Beratungen des Haushaltes **2004** eine Planung zur Sanierung / Modernisierung des Warmwasserfreibades Geisweid einschließlich

Kostenübersicht zu erstellen und

- c) jeweils die Möglichkeiten einer Gewährung von Zuwendungen zu prüfen.

Beratungsergebnis: 11 Stimmen dafür, 1 dagegen, 3 Enthaltungen

14. Bericht über den Haushaltsvollzug per 31.07.2002

Vorlagenr. 2165/2002

Herr Baumeister führt aus, dass durch die Starkregensituation am 28.08.2002 ein Schaden in Höhe von ca. 1 Millionen € entstanden ist, der finanziert werden muss. Es besteht die Möglichkeit, einzelne Maßnahmen aus dem Vermögenshaushalt zurückzuhalten. Die bereits diskutierte Sanierung beider Sportplätze wird aber nicht davon betroffen sein.

► ► ► Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

15. Kenntnisnahme und Zustimmung zu den über- und außerplanmäßigen Ausgaben des I. und II. Quartals 2002

Vorlagenr. 2143/2002

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt von den über- und außerplanmäßigen Ausgaben des I. und II. Quartals des Haushaltsjahres 2002 Kenntnis, und zwar

im Verwaltungshaushalt (Anlage 1)	131.193,51 €
-----------------------------------	--------------

im Vermögenshaushalt (Anlage 2)	565.436,65 €
---------------------------------	--------------

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

**16. Entwicklungen zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts
„Neues Kommunales Finanzmanagement (NKF)“**

Vorlagenr. 2178/2002

Herrn Mues interessiert, wie viele Mitarbeiter zu Umsetzung und Fortschreibung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) eingesetzt werden müssen.

Herr Bürgermeister Stötzel weist darauf hin, dass viele Städte und Gemeinden gerade im Hinblick auf die Regelungen bezüglich der Abschreibungen Bedenken haben.

Herr Baumeister vertritt die Auffassung, dass die Abschreibung anders gehandhabt werden müssen. Ansonsten legt das NKF alle Ressourcen der Verwaltung offen und ist zu begrüßen.

Bezüglich des Personaleinsatzes ist noch keine Aussage möglich, da noch weitere Überlegungen hinsichtlich der Ausbildung, Weiterbildung und Schulung zu treffen sind.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ausführungen zum Neuen Kommunalen Finanzmanagement zur Kenntnis.

Er beauftragt die Verwaltung, für interessierte Mitglieder des Rates und seiner Ausschüsse im vierten Quartal 2002 eine Informationsveranstaltung zu organisieren, in der

- die Grundlagen der Reform des Landes NW zur Einführung des NKF
- die Modellkonzeption (Drei-Komponenten-System)
- erste Ergebnisse der Modellkommunen
- der zeitliche Fahrplan zum Gesetzgebungsverfahren des Landes NW

vorgelegt werden sollen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

17. **I. Bebauungsplan Nr. 247 „Giersberg-Ost“;**
hier: - Ergänzung der Verwaltungsvorlage Nr. 1854 / 2002 vom
25.02.2002
- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Teilung des Bebauungsplangebietes in Teil A (östlicher Teil) und Teil
B (westlicher Teil)
- Beschluss des Bebauungsplangebietes Nr. 247 „Giersberg-Ost“ Teil A
als Satzung

Vorlagennr. 1854/2002 1. Ergänzung

Herr Kirchhöfer erklärt sich für befangen und nimmt an Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Herr Brune weist darauf hin, dass es sich hier um eine Teilkraftsetzung des Bebauungsplanes als Satzung handelt. Teil B bleibt bis zur Urteilsverkündung strittig. Dennoch ist der Wohnungsbedarf zur Stärkung der Innenstadt zu bekräftigen.

Eine Stellungnahme zur Entwässerung gibt Herr Winkel. Die Regenschmutzwasserbehandlungsanlage in Bürbach ist unter Berücksichtigung des Baugebietes „Giersberg Ost“ umgebaut worden. Die Topografie in diesem Bereich ist problematisch, so dass es zu Verschmutzungen kommen konnte. Daher wurde in diesem ein Rückhaltebecken errichtet.

Herr Boller verweist erneut auf die bestehenden Bedenken bezüglich der Klimaveränderung und der Beseitigung des Niederschlagswassers. Das Niederschlagswasser ist über zusätzliche Flächen zu versickern, die hier nicht vorhanden sind. Ein weiteres Problem besteht in der Befahrung des Gebietes durch den ÖPNV. Da die Planstraße 1 nicht durchgängig verläuft, kann hier kein Bus eingesetzt werden.

Auch die Begründung, die vormals für den gesamten Plan bestand, ist nun auf, den Teil A beschränkt, zu überarbeiten.

Herr Brune erläutert, dass die Untere Wasserbehörde ihre Zustimmung zu diesem Entwässerungssystem gegeben hat, so dass keine weiteren Bedenken bestehen. Auch eine Anbindung an den ÖPNV ist kein Grundzug eines Bebauungsplanes. Zudem sehen die Planungen einen großzügigen Wendehammer vor, der die Befahrung durch einen Bus ermöglicht.

Herr Gunter Mues bemerkt kritisch, dass die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN schon seit Jahren versucht, die Durchsetzung dieses Baugebietes zu verhindern. Auch hier entstehen Kosten, die getragen werden müssen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Stadt Siegen beschließt, die Beschlussvorschläge Ziff. 1.3 und 1.4 der Vorlage Nr. 1854 / 2002 vom 25.02.2002 nicht zu beschließen.
2. Der Rat der Stadt Siegen beschließt, im Anschluss an die Beschlüsse 1.1, 1.2 sowie 1.5 der Vorlage Nr. 1854 / 2002 vom 25.02.2002
 - 2.1 das Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 247 "Giersberg-Ost" in die Teile A (östlicher Teil) und B (westlicher Teil) gemäß Anlage 1 (Lageplan) zu teilen;
 - 2.2 den Bebauungsplan "Giersberg-Ost" Teil A (östlicher Teil) gemäß § 10 Bau-gesetzbuch als Satzung.

Beratungsergebnis: 13 Stimmen dafür, 1 dagegen, 0 Enthaltungen

- 18. Bebauungsplan Nr. 250 „Im Boden“ im Stadtteil Oberschelden;**
hier:
- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
 - Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB
 - Abwägung der Ergebnisse der Bürgerbeteiligung
 - Abwägung der Ergebnisse der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TÖB) sowie die Abstimmung mit den Nachbargemeinden
 - Beschluss des Planentwurfes und seine öffentliche Auslegung
 - Vorstellung des Entwurfes der örtlichen Bauvorschriften im Bereich des Bebauungsplanentwurfes Nr. 250 „Im Boden“

Vorlagennr. 1997/2002

Herr Brune führt aus, dass am heutigen Tage eine erneute Anregung eingegangen ist, die eine Offenlegung dieses Bebauungsplanes nicht zur Ausführung bringen soll. Zur Ratsitzung wird die Verwaltung einen Abwägungsvorschlag präsentieren. Die beantragten Zusatzflächen können als aus dem Flächennutzungsplan (FNP) entwickelt angesehen werden. Diese Auffassung vertritt auch die Bezirksregierung Arnsberg. Daher ist keine Änderung des FNP vorzunehmen und die Bürgerbeteiligung nicht zu wiederholen.

Herr Schulte bemängelt den bisherigen Verlauf der Planung und Durchführung innerhalb der Verwaltung. Daher beantragt er, dem Beschluss des Bauausschusses vom 02.09.2002 zu folgen und für die nördlich „Am Tredenbergl“ gelegenen Flurstücke 15, 193, 194, und 17 den FNP zu ändern mit dem Ziel, dort zukünftig ebenfalls die aus der vorgezogenen Bürgerbeteiligung vorgeschlagenen Wohnbebauung zu ermöglichen.

Die Größe des Baugebietes stehe im Vergleich zu den übrigen Baugebieten in Oberschelden nicht in Relation, so Herr Kirchhöfer. Daher wird die SPD-Fraktion nicht zustimmen.

Herr Bertelmann bittet, dass die Absprache, die mit der Bezirksregierung getroffen

worden ist, schriftlich bis zur Ratssitzung vorgelegt wird. Ansonsten wird er sich dem Vorschlag der CDU-Fraktion mit dem Zusatz, dass der FNP zeitnah durchgesetzt wird, anschließen.

Herr Brune wird versuchen eine Stellungnahme der Bezirksregierung einzuholen. Den Antrag des Herrn Schulte kann er nicht nachvollziehen, da eine Änderung des FNP sehr aufwändig ist.

Herr Bürgermeister Stötzel schlägt vor, mit der Bezirksregierung zu klären, ob eine Beischreibung des FNP in diesem Bereich möglich ist.

Das Ziel ist doch eine Zeitverzögerung zu vermeiden, so Herr Rothenpieler. Wenn die Bezirksregierung keine Einwände in Bezug auf eine Änderung hat, kann der Bebauungsplan so durchgeführt werden.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

1. Gem. § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 250 "Im Bo-den" im Stadtteil Oberschelden. Das Plangebiet (siehe Übersichtsplan Anlage 1 zur Vorlage) wird begrenzt durch die Straße "Am Tredenbergr", die Johannes-Spies-Straße und die freie Landschaft mit der Änderung, dass die nördlich der Straße "Am Tredenbergr" gelegenen Flurstücke 15, 193, 194 und 17 aus dem Plangebiet herausgenommen werden.
2. a) die im Rahmen der Bürgerbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Anregungen zu dem vorliegenden Bebauungsplanentwurf Nr. 250 "Im Boden" gemäß den der Vorlage Nr. 1997/2002 als Anlage 5 beigefügten Stellungnahmen 1 - 17 (Abwägung) und

b) die nachträglich vorgebrachten Anregungen zu dem vorliegenden Bebauungsplanentwurf Nr. 250 "Im Boden" gemäß den der Vorlage Nr. 1997/2002 A als Anlage 2 beigefügten Stellungnahmen 1 und 2 (Abwägung) mit der Änderung zu 2, dass die nördlich der Straße "Am Tredenbergr" gelegenen Flurstücke 15, 193, 194 und 17 aus dem Plangebiet herausgenommen werden

zu behandeln;
3. die nachfolgenden Änderungen / Ergänzungen der Begründung zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 250 "Im Boden":

Seite 9

Punkt 8 - Ver- und Entsorgung

Der erste Absatz wird um folgenden Satz ergänzt:

"Die vorhandene 10 kV-Freileitung wird entsprechend der bestehenden Verträge als Erdkabel in die öffentliche Verkehrsfläche umgelegt.

Der dritte Absatz wird wie folgt ergänzt:

Die Trafostation ist im Bereich des Spielplatzes vorgesehen. Eine gesundheitliche Beeinträchtigung durch elektromagnetische Felder für den Menschen (Erwachsene, Kinder) - auch bei dauerhaftem Aufenthalt in unmittelbarer Nähe der Trafostation - ist nicht gegeben.

Seite 14

Merkmale der Auswirkung auf die natürlichen Schutzgüter

Der vierte Absatz wird gemäß der Beratung im Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie vom 11.07.2002 wie folgt neu formuliert:

Während die Auswirkungen auf Oberflächengewässer indirekter Natur sind, wird der Grundwasserhaushalt durch die Versiegelung direkt beeinflusst. Das nicht als Brauchwasser verwendete Niederschlagswasser wird in das öffentliche Kanalsystem eingeleitet. Der vorhandenen Untergrund auf den meist stark geneigten Hangflächen ist nicht geeignet, das anfallende Niederschlagswasser in nennenswertem Umfang zu versickern.

4. gem. § 3 Abs. 2 BauGB den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 250 "Im Boden" mit Begründung einschl. Umweltbericht und seine öffentliche Auslegung;
5. der Rat der Stadt Siegen nimmt den Entwurf der örtlichen Bauvorschriften (Anlage 7 zur Vorlage) zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, das Verfahren zur Erlassung der Satzung gem. § 86 BauO NW durchzuführen.
6. Für die nördlich der Straße „Am Tredenbergl“ gelegenen Flurstücke 15,193,194 und 17 wird der Flächennutzungsplan geändert mit dem Ziel, dort ebenfalls die aus der vorgezogenen Bürgerbeteiligung vorgeschlagene Wohnbebauung zu ermöglichen.

Beratungsergebnis: 11 Stimmen dafür, 2 dagegen, 2 Enthaltungen

19. **Satzung der Stadt Siegen vom 22.05.2002 über die Aufhebung der Zweckwidmung für den Wirtschaftsweg Gemarkung Volnsberg Flur 1 Flurstück 144 tw.;**
Beitrittsbeschluss gem. Verfügung des Landrates des Kreises Siegen-Wittgenstein vom 10.07.2002

Vorlagennr. 2185/2002

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

§ 2 Buchstabe b der Satzung der Stadt Siegen über die Aufhebung von Festsetzungen für gemeinschaftliche Angelegenheiten im Rezess über die Zusammenlegungssache von Volnsberg vom 12.08.1921 -V. 134- wird durch folgende Sätze ergänzt:

Das Flurstück 144 verbleibt insgesamt im Eigentum der Stadt Siegen. Die Veräußerung des Grundstückes bedarf der Zustimmung der Kommunalaufsichtsbehörde. Eine städtebauliche Neuordnung und Erschließung, die das Flurstück 144 und die benachbarten Grundstücke insgesamt mit einschließen, bleibt unberührt.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

20. Haltestellenprogramm

Vorlagennr. 2093/2002

Herr Bürgermeister Stötzel lobt die mit viel Arbeit verbundene Ausarbeitung der Vorlage.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss als Planungsausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt den Rahmenantrag Haltestellenprogramm zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt für die Umsetzung der Haltestellenkennzeichnung die Bezirksausschüsse I bis VI, den Verkehrsausschuss und den Bauausschuss entsprechend ihrer Zuständigkeit zu beteiligen.

Für die Haltestellenmodernisierung stellt die Verwaltung ein Jahresbauprogramm auf und legt dieses dem Bauausschuss zu Beschlussfassung vor. Die Bezirksausschüsse und der Verkehrsausschuss sind entsprechend ihrer Zuständigkeit an der Beschlussfassung zu beteiligen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

21. Ausbau der Fludersbachstraße hier: Überplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung - Dringlichkeitsentscheidung -

Vorlagennr. 2140/2002

Herr Boller vertritt die Ansicht, dass die angedachte Kostenteilung so nicht stehen bleiben kann, da die Zerstörung der Straße durch den in Zuständigkeit des Kreis Siegen-Wittgenstein liegenden Deponiebetrieb und eine ansässige Entsorgungsfirma eingetreten ist. Die Vorfinanzierung der Stadt Siegen und die Heranziehung der Anwohner ist nicht tragbar.

In diesem Bereich müssen gesetzlich KAG Beiträge erhoben werden, so Herr Bürgermeister Stötzel. Ein Ausbau ist zeitlich gesehen dringend notwendig.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung vom 05.08.2002, in der bei der Haushaltsstelle 1.630.9546.7 – 37, Ausbau Fludersbachstraße, Baukosten – eine zusätzliche Verpflichtungsermächtigung (VE) in Höhe von 650.000 € überplanmäßig gemäß § 84 Abs. 1 GO i. V. m. § 81 Abs. 1 GO bereitzustellen. Die Deckung erfolgt durch die Nichtinanspruchnahme der VE bei der Haushaltsstelle 1.631.9544.5 – 75 Busbereitstellungsplatz Siegen, Baukosten -.

Die durch diese VE sowie die gegenüber der bisherigen Veranschlagung entstehenden Mehrkosten (zusätzlicher Stadtanteil) in 2003 und 2004 werden bei der Fortschreibung des Investitionsprogramms 2002 – 2006 eingeplant.

Beratungsergebnis: 13 Stimmen dafür, 1 dagegen, 0 Enthaltungen

**22. Ausbau des Brüderweges, Bauabschnitt III. 1
hier: Überplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung**

Vorlagennr. 2195/2002

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

Bei der Haushaltsstelle 1.651.9503.5 - 26 K 4, Brüderweg/Oststraße, Baukosten - erfolgt die Bereitstellung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung (VE) in Höhe von 1.050.000 € gemäß § 84 Abs. 1 GO i. V. m. § 82 GO.

Die Deckung erfolgt durch Nichtinanspruchnahme der VE bei der Haushaltsstelle 1.631.9544.5 - 75 Busbereitstellungsplatz Siegen, Baukosten - in entsprechender Höhe.

Der durch diese VE sowie der gegenüber der bisherigen Veranschlagung entstehende kassenmäßige Mehrbedarf in 2003 wird bei der Fortschreibung des Investitionsprogramms 2002 - 2006 haushaltsverträglich eingeplant.

Beratungsergebnis: 12 Stimmen dafür, 1 dagegen, 1 Enthaltungen

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Fachbereich Büro des Bürgermeisters
Bearbeitet von: Hans-Jürgen Dorsch

Datum
26.08.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

11.09.2002

Betreff:

Einwohnerversammlung in den Stadtteilen

- **Kaan-Marienborn/Volnsberg/Feuersbach/Breitenbach**
- **Trupbach**
- **Seelbach**

hier: Themenfestlegung

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen stimmt nachfolgenden Tagesordnungen für die Einwohnerversammlung in den Stadtteilen

- ♦ Kaan-Marienborn/Volnsberg/Feuersbach/Breitenbach
- ♦ Trupbach
- ♦ Seelbach

zu.

♦ **Kaan-Marienborn/Volnsberg/Feuersbach/Breitenbach**

Lfd.-Nr.	Tagesordnungspunkt
1.	Dorferneuerung Volnsberg und Feuersbach
2.	Umgehungsstraße Kaan-Marienborn L 719
3.	B-Plan Nr. 311 „Ober dem Feldgarten“
4.	B-Plan Nr. 312 „Weißdornweg“
5.	Wohnbauflächenkonzept
6.	Sanierung Freibad Kaan-Marienborn
7.	Ausbau „Brüderweg“
8.	Wasserbaumaßnahmen „Breitenbach“
9.	Sonstiges

♦ **Trupbach**

Lfd.-Nr.	Tagesordnungspunkt
1.	Truppenübungsplatz (Sachstand)
2.	Dorferneuerungskonzept einschließlich Ortsdurchfahrt/ Verkehrsberuhigung
3.	Wohnbauflächenkonzept
4.	Sonstiges

♦ **Seelbach**

Lfd.-Nr.	Tagesordnungspunkt
1.	Gewerbegebietsplanung Seelbach
2.	Wohnbauflächenkonzept
3.	Neubau „Alte Freudenberger Straße“
4.	B-Plan Nr. 290 „Am Nörchen“
5.	Sonstiges

Sachverhalt / Begründung:

Die im Rat am 22.05.2002 beschlossenen Einwohnerversammlungen sollen wie folgt stattfinden:

♦ **Kaan-Marienborn/Volnsberg/Feuersbach/Breitenbach:**

Am 10.10.02 um 19.00 Uhr in der Weißtalhalle

♦ **Trupbach**

Am 29.10.02 um 19.00 Uhr in der Turnhalle Trupbach

♦ **Seelbach**

Am 07.11.02 um 19.00 Uhr in der Turnhalle der Sonnenhangschule

Nach erfolgter verwaltungsinterner Themenabfrage und Vorberatung im Verwaltungsvorstand unterbreite ich obenstehende Vorschläge für die Tagesordnungen der drei Einwohnerversammlungen.

Die öffentliche Bekanntmachung der Tagesordnungen sowie die Einladung zu den Einwohnerversammlungen werde ich nach Beschlussfassung zeitgerecht veranlassen.

Ulf Stötzel

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Büro des Bürgermeisters
Bearbeitet von: Frau Münker

Datum
27.08.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

11.09.2002

Betreff:

Unterrichtung des Rates und der Fachausschüsse

hier:

Verzeichnis der nicht ausgeführten Beschlüsse (01.07.2001 - 30.06.2002)

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Vorlage Nr.	Beschluss vom	Betreff	Stellungnahme
1554/01	12.12.2001	Gewerbe- und Industrieflächenkonzept / Teilkonzept 1 (neue Gewerbe- und Industrieflächen)	Die landesplanerische Abstimmung ist eingeleitet. Vergabe eines Teiluntersuchungsauftrages für den Bereich Oberschelden / Seelbach wird derzeit vorbereitet.
1687/02	30.01.2002	Ansiedlung des Einrichtungshauses IKEA in Siegen	Die landesplanerische Abstimmung läuft zur Zeit noch
1536/01	06.03.2002	Wohnbauentwicklungsbereich Oberer Wellersberg	Die Planung wurde erstellt und den zuständigen Fachbereichen zur Stellungnahme übersandt. Nach Eingang der Stellungnahmen erfolgt die Beratung im HFA; voraussichtlich ab Oktober 2002
1521/01	14.11.2001	Bibliothekswesen in der Stadt Siegen - Planungsauftrag	Beratung in der nächsten Sitzung des Kulturausschusses (durchlaufende Vorlage)

Vorlage Nr.	Beschluss vom	Betreff	Stellungnahme
Antrag CDU	28.08.2001 14.11.2001	Naherholungsgebiet Numbach - Grünanlage	Ausschreibung und Bau erfolgen in der 2. Jahreshälfte 2002
1372/01	02.10.2001	Neukonzeption zur kostenfreien Öffnung der WC-Anlage Parkhaus Geisweid	Verhandlungen mit der KEG bezüglich Änderung der Konzeption werden z. Z. geführt

Ulf Stötzel

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Fachbereich 1/1
Bearbeitet von: Herrn Gerald Kühn

Datum
06.08.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☐ öffentlich

☒ nicht öffentlich

Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften

05.09.2002

Haupt- und Finanzausschuss

11.09.2002

Betreff:

Wirtschaftliches und technologisches Kompetenzprofil der Region Siegen-Wittgenstein-Olpe (Teilfortschreibung des regionalen Entwicklungskonzeptes - REK)

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss – als Planungsausschuss – beschließt die unter Ziff.3 dieser Vorlage gemachten Ausführungen als Stellungnahme der Stadt Siegen.

Sachverhalt / Begründung:

1. Ausgangslage

Die Neuausrichtung des Landes Anfang 2002 in den Politikfeldern

- Wirtschaft und
- Landesplanung

hat Diskussionen in den Regionen, Kreisen und Kommunen ausgelöst. Insbesondere die Weiterentwicklung der Landesplanung war Gegenstand eines Diskussionsforums des Landes im April diesen Jahres.

Wirtschaftspolitik des Landes

Das Land postuliert das Ziel: „Regionale Stärken stärken!“

Die Regionen sind aufgefordert, ihre wirtschaftlichen und technologischen Kompetenzen zu definieren. Im Grunde genommen geht es dabei um die Aktualisierung der Grundaussagen des REK 1992 – erweitert um das Themenfeld „Neue Technologien und Entwicklungen“.

Ziele der Landesplanung / Änderung des Landesplanungsgesetzes

Wesentliches Element der bereits im Landesplanungsbericht 2001 dargelegten Absichten der Landesregierung ist die Neuausrichtung der Gewerbeflächenpolitik, wonach insbesondere sogenannte regional bedeutsame Gewerbeflächen thematisch auf die Kompetenzen der Region ausgerichtet sein sollen.

2. Das Kompetenzprofil der Region Siegen-Wittgenstein-Olpe

Ausgehend von den Beratungen anlässlich von Ortsbehördenkonferenzen und des Kommunalgesprächs mit Herrn Regierungspräsident Kuschke am 19.06.2002 wurde in enger Abstimmung zwischen Vertretern der IHK Siegen, den Kreisen Siegen-Wittgenstein und Olpe und im Benehmen mit dem Zentrum für Sensorsysteme (ZESS) der Universität Siegen und einer Arbeitsgruppe von Unternehmern ein Positionspapier entwickelt, das in der Anlage beigefügt ist.

Dieses Positionspapier soll nunmehr – in einer abgestimmten Vorgehensweise mit dem Kreis Olpe – regionalpolitisch abgesichert werden. Hierzu ist folgender Zeitplan vorgesehen:

- Behandlung in der Ortsbehördenkonferenz am 02.09.2002
- Behandlung im Wirtschaftsförderungsausschusses des Kreistages bis 26.09.2002
- Behandlung im Kreisausschuss und Kreistag am 27.09.2002.

Die Stellungnahme der Stadt Siegen geht dem Kreis Siegen-Wittgenstein somit rechtzeitig vor den anstehenden Sitzungen der Kreisgremien zu.

3. Stellungnahme der Stadt Siegen

Für die Stadt Siegen geht es primär darum, dass sich das Oberzentrum in der regionalen Betrachtung entsprechend seiner eigenen wirtschafts- und strukturpolitischen Bedeutung wiederfindet. Dies betrifft die Entwicklungsziele hinsichtlich der Gewerbeflächenpolitik ebenso wie den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und die Darstellung der Kernkompetenzen.

Für den wirtschaftlichen Mittelpunkt der Region und Standort der Universität einschließlich der dort zugehörigen Forschungsinstitute sowie des Technologiezentrums mit angeschlossenen Instituten und dem Kompetenzzentrum ist es von besonderer Bedeutung, dass die eigenen Entwicklungsbestrebungen und –potentiale bei der Positionsbestimmung hinreichend Berücksichtigung finden.

3.1 Entwicklungsziel „Gewerbeflächenpolitik“

Die Forderung nach einer vorausschauenden und angebotsorientierten Gewerbeflächenpolitik kann nur mit Nachdruck unterstrichen werden. Im aktuellen, vom Rat der Stadt Siegen 2001 beschlossenen Gewerbeflächenkonzept, sind die Ziele klar definiert.

Aus den bisher geführten Gesprächen auf Bezirksregierungs- und Landesebene darf geschlossen werden, dass der Bedarf des Oberzentrums Siegen mit ca. 120 ha Industrie- und Gewerbeflächen nicht in Frage steht.

Im Gegenteil: Es gibt eine Reihe von Anzeichen, dass die bevorstehenden Gebietsentwicklungsplanungen auf der Basis des Konzeptes der Stadt Siegen eingeleitet werden.

Um dies an dieser Stelle noch einmal zu untermauern wird vorgeschlagen, die Ausführungen auf Seite 5 des Positionspapiers insofern zu ergänzen, als diese Forderung mit aufgenommen wird.

3.2 Entwicklungsziel: „Verkehrsinfrastruktur“

Von prioritärer Bedeutung für die Stadt Siegen ist die Fertigstellung der HTS im Bereich Siegen-Süd.

Für den Weiterbau der A 4 vom Autobahnkreuz Olpe bis zum Autobahndreieck Hattenbach hatte sich der Rat der Stadt Siegen bereits mehrfach – zuletzt durch Beschluss vom 23.2.2000 - ausgesprochen.

Korrespondierend zur Thematik der Gewerbeflächenentwicklung ist aus Sicht der Stadt Siegen zusätzlich ein Ausbau der Anschlussstelle der Tank- und Rastanlagen Siegen-West und Siegen-Ost zu jeweils vollwertigen Autobahnanschlüssen zwecks Erschließung des geplanten Industrie- und Gewerbegebietes Oberschelden / Seelbach zu fordern.

Neben den dargestellten Straßenprojekten ist der Ausbau der Schienenverkehrs-Infrastruktur für das Oberzentrum Siegen seit Jahren eine Forderung, die auch von der gesamten Region getragen wird.

Von daher ist es notwendig, das Positionspapier dahingehend zu ergänzen und demzufolge

- den Ausbau der Ruhr-Sieg-Strecke und
- die Beseitigung der Engpässe und Hemmnisse auf der Siegtalstrecke

zusätzlich aufzunehmen.

3.3 Kernkompetenzen

Die traditionellen Standbeine des Metall- und Maschinenbaus stellen auch für Siegen die Kernkompetenz für die Zukunft dar.

Der zwischenzeitlich realisierte Ausbau der innovativen Infrastrukturen an der Universität und dem Technologiezentrum bietet Gewähr dafür, sich in diesen Kernkompetenzen auch in Zukunft zu behaupten. Die entsprechenden Ausführungen unter Ziff. III, IV und V können deshalb inhaltlich in vollem Umfange mit getragen werden.

Aus darstellungstechnischen Gründen und der besseren Übersicht wegen wird angeregt, den Bereich der „Innovativen Technologien“ noch einmal in einer Übersicht (Matrix) zusammenzufassen, um so die einzelnen Bereiche, die vorhandenen Infrastrukturen und den Transfer bzw. die Vernetzung auf einen Blick deutlich zu machen.

Ulf Stötzel

Anlage

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Ulf Stötzel

Anlagen: 27

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Fachbereich 1/1
Bearbeitet von: Herrn Gerald Kühn

Datum
06.08.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften

05.09.2002

Haupt- und Finanzausschuss

11.09.2002

Betreff:

Wirtschaftliches und technologisches Kompetenzprofil der Region Siegen-Wittgenstein-Olpe (Teilfortschreibung des regionalen Entwicklungskonzeptes - REK)

Beschlussvorschlag:

Die mit Vorlage vom 06.08.2002 zur Beschlussempfehlung unterbreitete Stellungnahme der Stadt Siegen zu dem vorgelegten Kompetenzprofil wird um die nachstehenden Ausführungen zum Tagungs- und Kongresszentrum Siegerlandhalle wie folgt ergänzt:

3.4 Entwicklungsziel: "Tourismus- und Kulturwirtschaft"

Mit dem Tagungs- und Kongresszentrum Siegerlandhalle verfügen die Stadt Siegen und die gesamte Region über einen bedeutenden Imageträger und Wirtschaftsfaktor in diesem Wachstumsmarkt. Es rundet die vorhandene touristische Infrastruktur in hervorragender Weise ab und führt durch den Kaufkraftzufluss in jährlich zweistelliger Millionenhöhe der überregionalen Tagungs- und Messteilnehmer zu entsprechenden Sekundäreffekten für die örtliche Hotellerie, Gastronomie, Freizeitindustrie etc.

Steigende Anforderungen der Tagungs- und Messenachfrager im Hinblick auf Technik, Ambiente und Größe zwingen zu Modernisierungs- und Erweiterungsmaßnahmen, um in Zukunft wettbewerbsfähig zu bleiben.

Die Sicherung des Tagungs- und Kongresszentrums Siegerlandhalle als Image- und Wirtschaftsfaktor der Region durch entsprechende Zuschussge-

währung für Modernisierungs- und Ausbaumaßnahmen ist deshalb als gemeinsames Ziel der Region zu formulieren.

Sachverhalt / Begründung:

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Ulf Stötzel

Anlagen: 27

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Fachbereich 1 / Stadtentwicklung
Bearbeitet von: Herrn Eckhard Weidt

Datum
29.08.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

11.09.2002

Betreff:

**20. Änderung des GEP für den Regierungsbezirk Arnsberg, Teilabschnitt Oberbereich Siegen, Bereich des Gebietes "Heiden- und Magerrasen im TÜP Trupbach";
hier: Stellungnahme zur geplanten Anhörung**

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss als Planungsausschuss lehnt die Darstellung des Gebietes „Heiden- und Magerrasen im TÜP Trupbach“ als Bereich für den Schutz der Natur (BSN) ab, damit einer endgültigen Entscheidung über die Darstellung der Fläche als GIB (Gewerbe- und Industriebereich) im Zuge des noch nicht abgeschlossenen Verfahrens zur 7. Änderung des GEP nicht vorgegriffen wird.

Sachverhalt / Begründung:

Zur Sicherung der gem. FFH-Richtlinie gemeldeten Gebiete sind diese im Gebietsentwicklungsplan (GEP) als „Bereich für den Schutz der Natur“ (BSN) darzustellen. Der Regionalrat der Bezirksregierung Arnsberg hat gem. Vorlage der Bezirksregierung Arnsberg Nr. 17/2/02 (siehe Anlage 1) die Erarbeitung der 20. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Arnsberg, Teilabschnitt Oberbereich Siegen, beschlossen.

Im Stadtgebiet Siegen ist das Gebiet „Heiden- und Magerrasen“ in TÜP Trupbach Gebiets-Nr. DE-5113-301, von der geplanten Änderung betroffen. Die Bezirksregierung Arnsberg weist jedoch in ihrer Vorlage, Seite 4, darauf hin, dass mit der geplanten Darstellung dem noch nicht abgeschlossenen Verfahren zur 7. Änderung nicht vorgegriffen wird.

Im Rahmen des jetzt laufenden Beteiligungsverfahrens hat die Stadt Siegen die Möglichkeit, Anregungen und Bedenken vorzubringen.

Unter Hinweis auf die bisherigen Beratungen und Beschlüsse des Rates der Stadt Siegen empfehle ich folgende Stellungnahme:

Der Industrie- und Gewerbeflächenbedarf in der Stadt Siegen liegt nachweislich bei ca. 120 ha. Aufgrund der äußerst günstigen Eigentumsverhältnisse und Verfügbarkeit sowie der Größe des Gebietes, hat der TUP Trupbach nach wie vor erhebliche Vorteile gegenüber allen Alternativen – auch denen, die zurzeit Gegenstand der Gespräche mit der Bezirksplanungsbehörde sind.

Von daher **lehnt** die Stadt Siegen, gestützt auf die Beschlusslage Teilflächen des Truppenübungsplatzes als Gewerbe- und Industrieflächen zu nutzen und das in diesem Zusammenhang noch nicht abgeschlossene Verfahren zur 7. Änderung des GEP, **eine Darstellung der Fläche als Bereich für den Schutz der Natur ab.**

Trotz des Hinweises der Bezirksregierung auf S. 4 der Vorlage besteht aus Sicht der Stadt die Gefahr, dass mit der jetzigen Festlegung als Bereich für den Schutz der Natur eine Präjudizierung der noch ausstehenden Entscheidung der EU-Kommission gem. § 19 d) in Verbindung mit § 19 c) BNatSchG erfolgt.

Vielmehr geht die Stadt Siegen auch im Hinblick auf die Zusagen der Landesregierung davon aus, dass eine positive Entscheidung der EU-Kommission bezüglich der Darstellung als Gewerbe- und Industriebereich getroffen wird. Die Planungen im Bereich des Truppenübungsplatzes hinsichtlich einer gewerblichen bzw. industriellen Nutzung dürfen nicht behindert werden, da die Verfahren zur Änderung der Gebietsentwicklungsplanung im Bereich Oberschelden/Seelbach sowie in Siegen-Süd noch erheblicher Bearbeitung bedürfen.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Ulf Stötzel

Anlagen: 1

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich	1	Datum
Fachbereich	Gleichstellung von Frau und Mann	23.05.2002
Bearbeitet von:	Helga Dellori	

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat ☒ öffentlich ☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen	26.06.2002
Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung	04.07.2002
Haupt- und Finanzausschuss	11.09.2002
Rat	25.09.2002

Betreff:

Praxisbeispiel Umsetzung Gender Mainstream im Bereich kommunaler Beschäftigungsförderung - regionaler Arbeitsmarktpolitik mit EU- und Landesförderung
- Qualifizierung Verkäuferin in Teilzeit für Frauen im Sozialhilfebezug

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt die Berichterstattung zum Qualifizierungsprojekt für Frauen im Sozialhilfebezug - Verkäuferin in Teilzeit - zur Kenntnis. Die Kooperations- und Finanzierungsstruktur - Sozialhilfeträger - Arbeitsamt und EU-Förderung über das Regionalsekretariat für Beschäftigungs- und Qualifizierungsförderung der Kreise Siegen-Wittgenstein und Olpe, Gleichstellungsstelle und DAA Deutsche Angestellten Akademie wird aufgrund der gebündelten fachlichen und finanziellen Ressourcen begrüßt.

Die Weiterförderung des für arbeitslose Frauen sehr wichtigen sozialpädagogischen Dienstes zum beruflichen Wiedereinstieg und die Berichterstattung zur Arbeit in 2001 nimmt der Rat der Stadt zur Kenntnis.

Beide Maßnahmen sind praktische Bausteine zur Umsetzung von Gender Mainstreaming im Bereich kommunaler Beschäftigungsförderung zur Förderung der Frauenerwerbsarbeit innerhalb der regionalen Arbeitsmarktpolitik .

Sachverhalt / Begründung:

Die aktuellen Beschlüsse des Verwaltungsvorstandes zum Bereich kommunaler Beschäftigungsförderung im April und Juli 2001 beinhalteten auch einen klaren Auftrag an die Gleichstellungsstelle die Arbeiten für zwei bereits begonnene Projekte fortzusetzen; um gezielt für Frauen, als größte Gruppe im Sozialhilfebezug, Qualifizierungskonzepte, möglichst mit Berufsabschluss zu entwickeln und vorhandene Beratungsstrukturen zu sichern.

Seit Jahren ist die gemeinsame Entwicklung von Qualifizierungskonzepten für Frauen mit unterschiedlichen Eingangsqualifikationen mit den verschiedenen regionalen Arbeitsmarktakteuren ein Arbeitsschwerpunkt der Gleichstellungsstelle und spezifische Aufgabe des Projektes Kommunalstelle Frau und Beruf.

Die Qualifizierung Verkäuferin in Teilzeit sollte sich ausschließlich an Frauen im Sozialhilfebezug aus der Stadt Siegen und dem Kreis Siegen-Wittgenstein richten. Dadurch war bereits in der Planungsphase, insbesondere wegen der gemeinsamen Finanzierung, eine enge Kooperation mit dem örtlichen Sozialhilfeträger und dem FB 5 der Stadt Siegen, der Arbeitsverwaltung und dem Regionalsekretariat für Beschäftigungs- und Qualifizierungsförderung der Kreise Siegen-Wittgenstein und Olpe sowie dem örtlichen Bildungsträger DAA Deutsche Angestellten-Akademie selbstverständlich gegeben.

2. Ausgangssituation:

Aus der aktuellen Sozialberichterstattung des Kreises Siegen-Wittgenstein geht hervor, dass der Anteil Frauen im Sozialhilfebezug trotz sinkender Sozialhilfezahlen insgesamt weiterhin bei 58,7 % liegt. Die Stadt Siegen liegt mit einem Anteil von 58,2 % geringfügig unter dem Durchschnittswert.

42 % der Sozialhilfebeziehenden sind getrennt lebend oder geschieden. Daraus wird deutlich, dass für Frauen Trennung/Scheidung eine Hauptursache für Sozialhilfebedürftigkeit ist. Die Auswirkungen für Frauen mit Kindern sind ungleich negativer, da Frauen in der Region Siegen-Wittgenstein überproportional ihre Berufstätigkeit und damit die eigenständige Existenzsicherung wegen der Kinderbetreuung aufgeben oder längere Zeit unterbrechen. Damit steigt im Falle von Trennung und Scheidung das Risiko des Sozialhilfebezugs; nach dem aktuellen Sozialbericht + 2,1 %.

Alleinerziehende sind kreisweit mit 17,3 % als Sozialhilfebeziehende vertreten, dies sind fast ausschließlich Frauen. In Ein-Eltern-Familien mit mehreren Kindern steigt das Armutsrisiko überproportional. Vielfach können Alleinerziehende wegen der unzureichenden oder nicht an den Arbeitsmarkterfordernissen angepassten Kinderbetreuungsangebote nur Teilzeit arbeiten, vielfach mit niedrigem Einkommen.

Diese Ausgangssituation macht vor dem Hintergrund des Gender Mainstreaming die strukturellen Benachteiligungen von Frauen aufgrund der Übernahme von Familienaufgaben und Kinderbetreuung deutlich.

Zum Ausgleich sollen, ganz im Sinne der Zielformulierungen des Amsterdamer Vertrages, die Mitgliedsstaaten Maßnahmen zum Ausgleich voran bringen, die dem Ziel der gesellschaftlichen Geschlechtergerechtigkeit dienen.

3. Konzeption:

Angesichts der regionalen Struktur mit ausgeprägter Beschäftigungsdomäne für Frauen im Handel, insbesondere auch mit einem hohen Anteil Teilzeitarbeitsplätzen und vergleichsweise konstantem Bedarf an ausgebildetem Fachpersonal erscheint die Umschulung zur Verkäuferin mit anerkanntem Berufsabschluss als Teilzeitangebot für die Zielgruppe sehr geeignet.

Bisherige Überlegungen, gezielt für Sozialhilfebeziehende Qualifizierungen anzubieten, scheiterten an der Finanzierungsproblematik.

Insofern ist die jetzt realisierte Kooperation verschiedener Träger und Finanzierungsquellen eine Lösung, die es ermöglicht, dass die Beteiligten jeweils die Leistungen einbringen, die der Kernaufgabe entsprechen. Es ist übereinstimmendes Interesse der beteiligten Arbeitsmarktakteure, fachliche und finanzielle Ressourcen in der Region zu bündeln, um gezielt für Frauen im Sozialhilfebezug eine Auswegperspektive zu eröffnen.

- ✓ Der Sozialhilfeträger stellt während der Qualifizierungszeit den Lebensunterhalt durch Fortzahlung der Hilfe zum Lebensunterhalt (HzL) nach BSHG sicher.
- ✓ Das Arbeitsamt finanziert die Maßnahmekosten sowie Fahrtkosten- und Kinderbetreuungszuschüsse nach SGB III / bzw. JOB-AQTIV-Gesetz.
- ✓ Das Regionalsekretariat für Beschäftigungs- und Qualifizierungsförderung der Kreise Siegen-Wittgenstein und Olpe finanziert die sozialpädagogische Begleitung und ein Qualifizierungsgeld für die Zeit der Umschulung aus dem regionalen Budget (Politikfeld E) aus Fördermitteln des ESF der Europäischen Union und des Landes NRW.
- ✓ Die Stadt Siegen leistet über die verfügbaren Personal- und Sachressourcen der Gleichstellungsstelle – im Rahmen des Schwerpunktes Frau und Beruf – die Vorarbeiten zur Projektentwicklung, Antragstellung, Teilnehmerinnenakquise und Einzelberatung, Umsetzung des Projektes, Projektmanagement, Mittelbewirtschaftung und Öffentlichkeitsarbeit.

Die Arbeitsgruppe Arbeit statt Sozialhilfe des Kreises Siegen-Wittgenstein und die Abt. 5/1 Allgemeine Sozialhilfe stellten Daten potenzieller Interessentinnen zur Verfügung und sind an der Teilnehmerinnenauswahl beteiligt.

- ✓ Die DAA Deutsche Angestellten-Akademie ist für die Fachvermittlung der Lehrgangsinhalte zuständig. Die Konkretisierung erfolgt über eine Kooperationsvereinbarung, die die fachlichen und organisatorischen Zuständigkeiten regelt.

4. Orientierungskurse und Umschulung in Teilzeit:

Erstmals wird in der Region eine Umschulung zur Verkäuferin mit anerkanntem IHK-Abschluss in Teilzeit angeboten. Dies erfordert eine vergleichsweise lange Lehrgangsdauer von 22 Monaten.

Für die Klärung von Fragen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Motivation und erfolgreiche Teilnahme ohne größere Abbruchquoten sind vorgeschaltete Orientierungskurse sinnvoll.

Deshalb finden zwei Orientierungskurse mit je 40 Lehrgangsstunden für insgesamt 48 Teilnehmerinnen statt. Für die ab 02.09.2002 startende Umschulung mit 1.828 Stunden, davon 25 % betriebliche Praxis, stehen 24 Plätze zur Verfügung. Die Lehrgangszeiten sind jeweils Mo – Fr von 8.15 – 11.30 Uhr.

Gesamtlaufzeit 24.06.2002 – 30.06.2004.

Orientierungskurse: 24.06. – 05.07.2002 und 08.07. – 19.07.2002.

Umschulung: 02.09.2002 bis 30.06.2004 (22 Monate).

5. Rahmenbedingungen:**5.1 Sozialpädagogische Begleitung**

Aus der Erfahrung verschiedener Qualifizierungsprojekte ist die Notwendigkeit und der nachweisliche Zusammenhang von pädagogischer Begleitung und erfolgreicher Teilnahme der Zielgruppe Frauen mit Kindern sehr deutlich.

Auch für die geplante Qualifizierung zur Verkäuferin benötigen die Teilnehmerinnen große Motivation, ein erhebliches Maß an Lernkompetenzen und Selbstbewusstsein, damit sie sich den realen Schritt aus der Sozialhilfe in den ersten Arbeitsmarkt sicher zutrauen.

Hinzu kommen die alltagspraktischen organisatorischen Probleme im Hinblick auf Kinderbetreuung, Erkrankung von Kindern, Ferienbetreuung, Umorganisation des gesamten familiären Ablaufs und der Arbeitsteilung für den Haushalt, sofern es eine solche gibt.

Diese Rahmenbedingungen haben Männer zeitgleich mit der Teilnahme an einer Qualifizierung in der Regel nicht. Insofern ist die Bereitstellung einer pädagogischen Fachkraft ein klassischer Baustein im Sinne des Gender-Mainstreaming. Mit diesem Instrumentarium, genauso wie mit dem des Kinderbetreuungszuschusses kann ein Beitrag geleistet werden, um strukturelle Ungleichgewichte beim Zugang von Frauen zu Qualifizierungen abzubauen. Gleichzeitig ist dies eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Teilnahme von Frauen, eine niedrige Abbruchquote und eine erfolgreiche Praktikumsphase.

5.2 Begründung zur Ausstattung der Maßnahme mit Qualifizierungsgeld:

Das Qualifizierungsgeld soll Mehraufwendungen, die durch die Teilnahme an der Umschulung entstehen ausgleichen. Dies gilt insbesondere für Fahrtkosten und Unterrichtsmaterialien, PC-Ausstattung und sonstige Aufwendungen, die durch die Teilnahme an der Qualifizierung entstehen.

Hier ist die Lebenssituation von Frauen, insbesondere der Zielgruppe – Frauen im Sozialhilfebezug - unter Gender-Aspekten zu berücksichtigen. Wenn Frauen nach familienbedingter Berufsunterbrechung an einer längeren Qualifizierung teilnehmen und diese Teilnahme zusätzlich zu den organisatorischen und psychischen Belastungen auch noch das Familienbudget belastet, stellt dies ein spezifisches Hemmnis bei der Verbesserung der Erwerbschancen von Frauen und deren gleichberechtigter Partizipation an den regionalen Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktförderung dar.

Dies gilt insbesondere für Frauen im Sozialhilfebezug, die mit der Hilfe zum Lebensunterhalt lediglich die Grundversorgung abdecken können und für zusätzliche Aufwendungen keine finanziellen Ressourcen haben.

Besonders für Frauen mit Kindern, die nach längerer Berufspause die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und zusätzlich die Lernsituation neu organisieren und bewältigen müssen, ist professionelle Unterstützung erforderlich.

Insgesamt wird der Förderung der Motivation sowie der Erweiterung von Lernkompetenzen und der Förderung des Selbstbewusstseins erhebliche Bedeutung zukommen, damit die Teilnehmerinnen sich den realen Schritt in den ersten Arbeitsmarkt zutrauen. Aus Sicht der Arbeitsverwaltung besteht das Erfordernis, die Teilnehmerinnen frühzeitig auf die Anforderungen im Handel bezüglich flexibler Arbeitszeiten vorzubereiten, um den Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt so gut wie möglich vorzubereiten.

Dies erfordert eine gute Organisation der alltagspraktischen Probleme im Hinblick auf Kinderbetreuung, Erkrankung von Kindern, Ferienbetreuung, Umorganisation des gesamten familiären Ablaufs.

5.3 Kinderbetreuung

Immer noch steht und fällt die Berufstätigkeit von Frauen mit einem wohnortnahen, verlässlichen und finanzierbaren Kinderbetreuungsangebot. Dies gilt insbesondere für alleinerziehende Frauen. Wegen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie arbeiten überwiegend Frauen in Teilzeit. Dies führt vielfach dazu, dass trotz Erwerbstätigkeit kein existenzsicherndes Einkommen erzielt werden kann, da insbesondere in den traditionellen Frauendomänen Handel und Dienstleistungen, die Einkommen insgesamt erheblich niedriger sind als im Handwerk und in der Industrie. Demgegenüber stehen ungünstige Arbeitszeiten z.B. am Wochenende und an langen Dienstleistungsabenden. Dafür gibt es in der Stadt Siegen aber auch im Kreisgebiet keine institutionellen Kinderbetreuungsangebote. Frauen, die in diesen Bereichen arbeiten oder eine Arbeit aufnehmen wollen, sind entweder auf familiäre und / oder freundschaftlich- nachbarschaftliche Unterstützung für die Kinderbetreuung angewiesen oder auf eine Tagesmutter. Diese Form der Kinderbetreuung ist für Frauen mit niedrigen Einkommen nur realisierbar, wenn Anspruch auf wirtschaftliche Jugendhilfe nach KJHG besteht; eine private Finanzierung ist meistens ausgeschlossen.

Finanzierungsmöglichkeiten nach BSHG werden derzeit mit dem Sozialhilfeträger ausgelotet. Für die Zeit der Umschulung stehen bei Bedarf Zuschüsse der Arbeitsverwaltung nach den neuen Bestimmungen des Job-Aktiv-Gesetzes zur Verfügung.

Die Service-Stelle-Kinderbetreuung leistet bereits jetzt im Vorfeld wesentliche Unterstützung in Form von Beratung und konkreten Schritten zur Lösung von anstehenden Engpässen für die Kinderbetreuung der Teilnehmerinnen.

Die 48 Teilnehmerinnen der Orientierungskurse zur Vorbereitung auf die Umschulung zur Verkäuferin in Teilzeit haben 74 Kinder zu betreuen, davon jeweils rund ein Drittel bis 6 Jahre, bis 12 Jahre und über 12 Jahre.

6. Projektvolumen – Finanzierung:

Institution	Leistung	Grundlage	Summe / %-Anteil
Sozialhilfeträger	Lebensunterhalt:	BSHG	338.679 € 53 %
Arbeitsamt	Maßnahmekosten Fahrtk./Orientierungsk. Kibe-zuschüsse	SGB III JOB-AQTIV- Gesetz	146.834 € 23 %
Regionalsekretariat Landes-/EU-Förd.	Personalkosten für Soz.päd. Begleitung Qualifizierungsgeld Während Umschulung	Regionales Budget EU-Förderphase 2000-2002	153.602 € 24 %
Stadt Siegen Gleichstellungsstelle	Eigenanteil: Projektvorbereitung, Finanzierung, Antrag und Umsetzung Teiln.-Akquise, Einzelberatung, Projektmanagement Mittelbewirtschaftung Öffentlichkeitsarbeit	§ 5 GO NRW i.V. mit § 4 Hauptsatzung Arbeitsschwer- Punkt Frau und Beruf	Gegenwert nicht beziffert. Finanzierung aus Personal- und Sach- ressourcen der lfd. bewil- ligten Haushaltsmitteln UA 1.025
Abt. 5/1 Allgemeine Sozialhilfe	Daten Interessentinnen TN-Auswahl	BSHG §§ 18-20	Personalressource aus lfd. bewilligten Haushaltsmitteln
Kreis Si-Wi AG Arbeit statt Sozialhilfe	Daten Interessentinnen TN-Auswahl	BSHG §§ 18-20	Personalressource aus Lfd. bewilligten Haushalts- mitteln
Kalkuliertes Projektvolumen			639.115 € 100 %

7. Sachstand zur Umsetzung des Qualifizierungsprojektes:

Der Projektantrag der Stadt Siegen, Gleichstellungsstelle, beim Regionalsekretariat für Beschäftigungs- und Qualifizierungsförderung der Kreise Siegen-Wittgenstein und Olpe erhielt in der Sitzung des Beirates des Regionalsekretariates, am 12.04.2002, die Zustimmung, d. h. den Regionalen Konsens.

Auf dieser Grundlage wurde die Bewilligung der EU-/Landesförderung beim zuständigen Versorgungsamt Köln beantragt. Die Zuwendungsbescheide für die Orientierungsmaßnahmen liegen mit Datum vom 07.05.02 vor. Der Zuwendungsbescheid für die Umschulung wird in Kürze erwartet.

Vorausgegangen waren ausführliche Abstimmungsgespräche mit allen beteiligten Arbeitsmarktakteuren, um insbesondere die Finanzierungskonzeption BSHG / SGB III und EU-Förderung zu realisieren. Im Gesprächstermin am 19.02.02 wurde Einvernehmen zur inhaltlichen und finanziellen Konzeption des Projektes im Vorfeld mit allen Beteiligten erzielt; als Voraussetzung für den Projektantrag. Parallel wurden während des Antragsverfahrens bereits alle Vorarbeiten erledigt, um direkt im Anschluss an die Beiratsentscheidung die Interessentinnen zu Infoveranstaltung und Einzelberatung einladen zu können.

7.1 Teilnehmerinnen-Akquise:

Aufgrund der Empfehlungen der Arbeitsgruppe Arbeit statt Sozialhilfe des Kreises Siegen-Wittgenstein und der Abt. 5/1 Allgemeine Sozialhilfe der Stadt Siegen wurden 140 Frauen im Sozialhilfebezug als potenzielle Interessentinnen am 12.04.02 angeschrieben und zu einer Informationsveranstaltung und anschließenden Einzelberatung, am 18.04.02 eingeladen.

Angesichts der knappen Frist war einkalkuliert, dass ggf. eine zweite Informationsveranstaltung erforderlich sein würde.

Vor dem ersten Info-Termin meldeten sich allein 45 Frauen telefonisch bei der Gleichstellungsstelle und nannten ihre aktuelle Lebenssituation und die Gründe für die Nichtteilnahme.

Von diesen 45 Frauen waren 18 bereits ausgebildete Verkäuferinnen, 23 in Arbeit, teils jedoch nicht mit existenzsicherndem Einkommen, so dass weiter Anspruch auf Wohngeld bzw. ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt besteht.

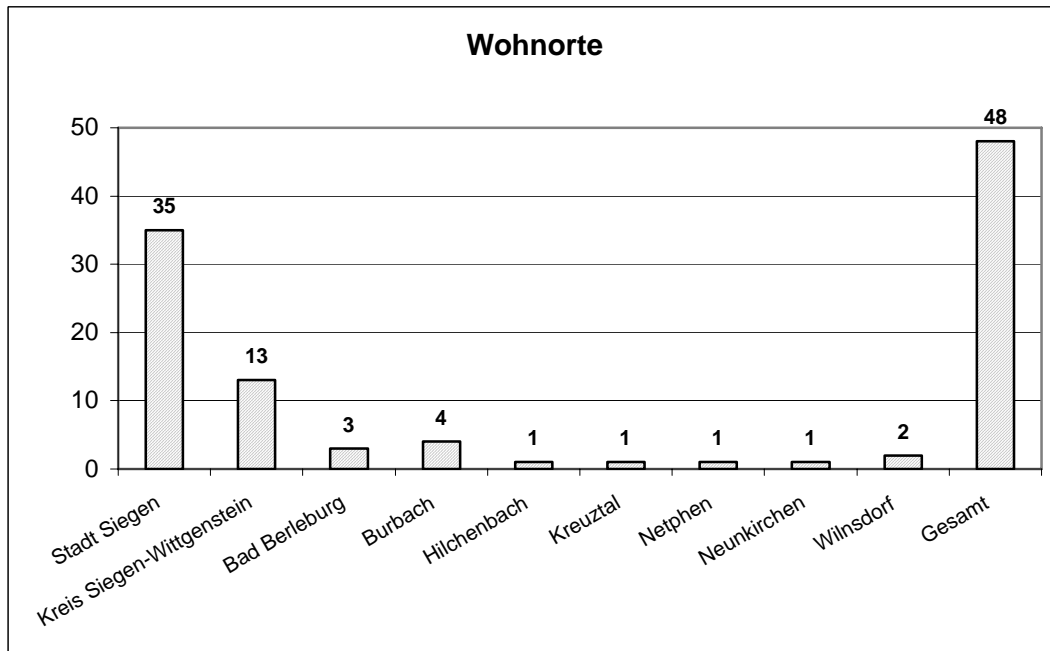
Zur ersten Info-Veranstaltung am 18.04.02 wurden 139 Frauen angeschrieben, 45 waren anwesend, 48 nahmen nicht teil mit Angabe von Gründen, 46 Frauen reagierten nicht.

Zur zweiten Info-Veranstaltung am 07.05.02 wurden 114 Frauen angeschrieben (incl. der 46, die auf die erste Einladung nicht geantwortet hatten), 32 waren anwesend, 27 nahmen nicht teil mit Angabe von Gründen, 55 Frauen reagierten nicht.

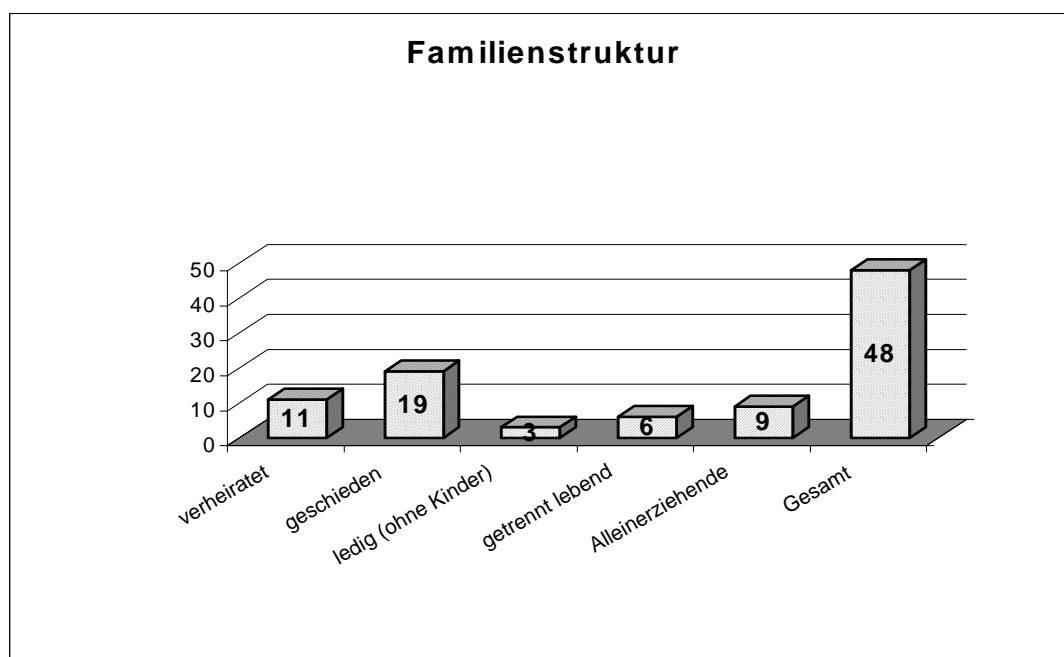
Nach einem abgestimmten Kriterienraster erfolgte die Auswahl der Teilnehmerinnen für die beiden Orientierungskurse, einschließlich einer Nachrückliste. Es bestand Einvernehmen aller Beteiligten, der Eigenmotivation zur Teilnahme einen besonderen Stellenwert einzuräumen, da dies erfahrungsgemäß die erfolgreiche Teilnahme fördert und die Abbruchquote gering gestaltet. Evtl. erforderliche Sanktionen im Rahmen des BSHG wegen fehlender Mitwirkung werden nach individueller Beurteilung des Sachverhaltes vom Sozialhilfeträger entschieden.

7.2 Statistische Auswertungen:

Von 48 Teilnehmerinnen der für die Orientierungskurse ausgewählten Teilnehmerinnen kommen 35 aus der Stadt Siegen (73 %), 13 aus dem Kreis Siegen-Wittgenstein (27 %); davon 3 aus Bad Berleburg, 4 aus Burbach, 1 aus Hilchenbach, 1 aus Kreuztal, 1 aus Netphen, 1 aus Neunkirchen, 1 aus Netphen und 2 aus Wilsdorf.



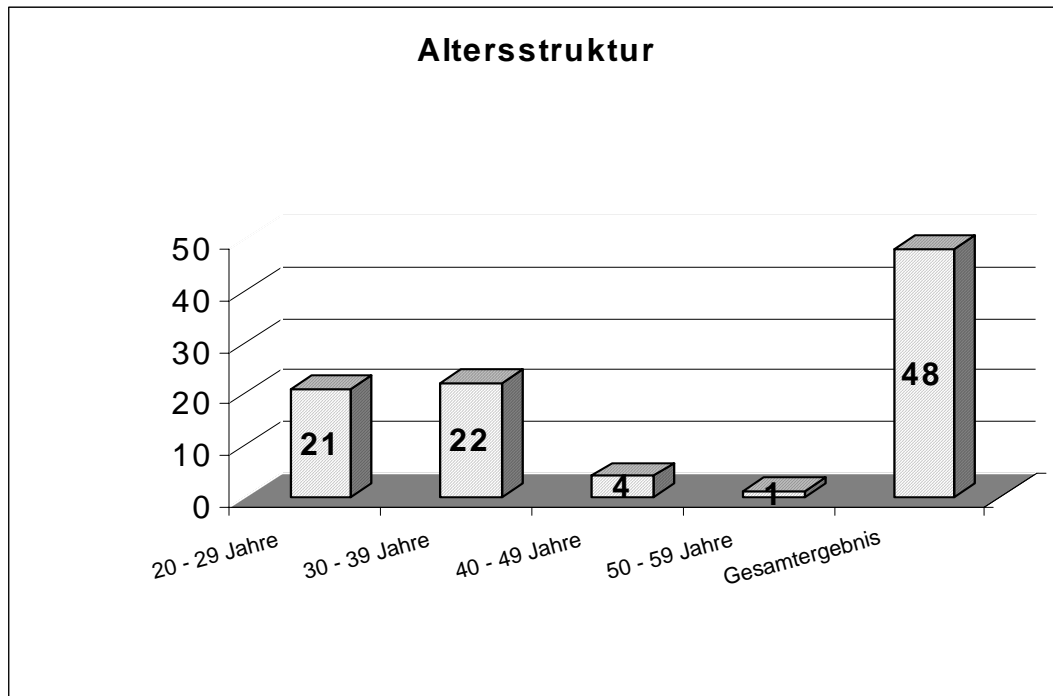
34 Frauen sind alleinerziehend, getrennt lebend, geschieden.



Das Durchschnittsalter der Teilnehmerinnen ist 30 Jahre.

Von 48 Teilnehmerinnen sind im Alter:

- von 20 bis 29 Jahren - 21 Frauen
- von 30 bis 39 Jahren - 22 Frauen
- von 40 bis 49 Jahren - 4 Frauen
- über 50 Jahre - 1 Frau

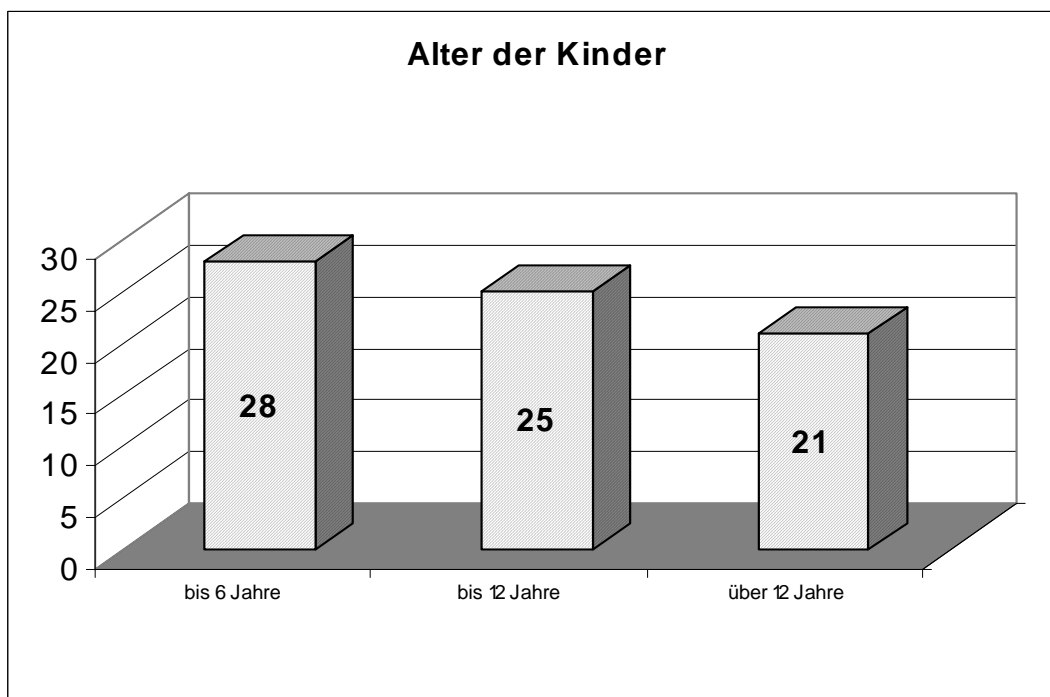


Alle Frauen zusammen haben 74 Kinder zu betreuen, davon

28 Kinder bis 6 Jahre

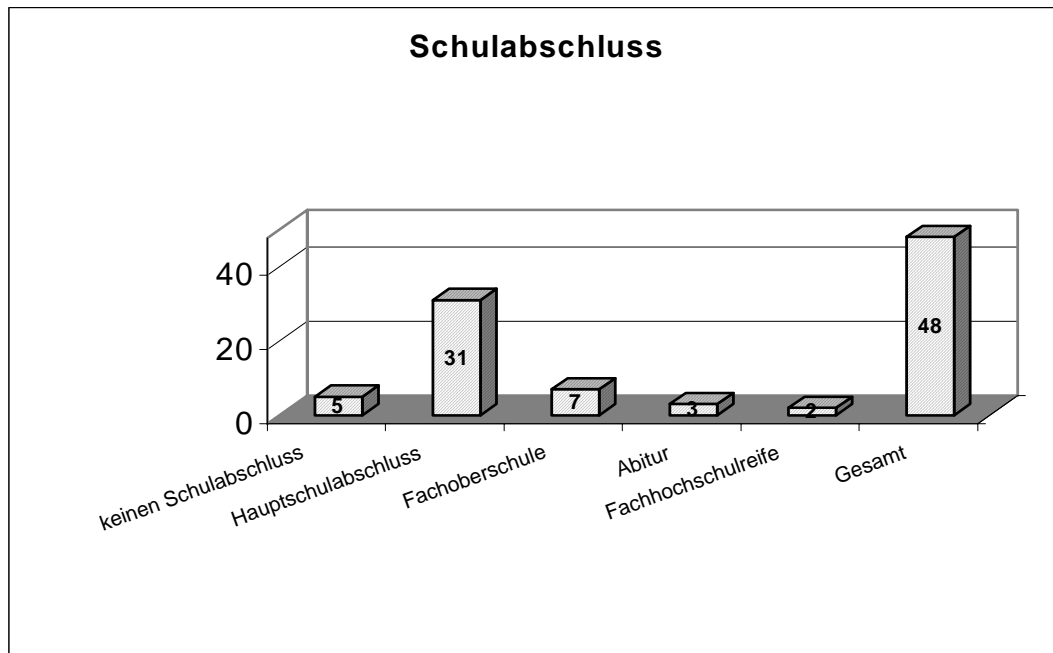
25 Kinder bis 12 Jahre

21 Kinder über 12 Jahre

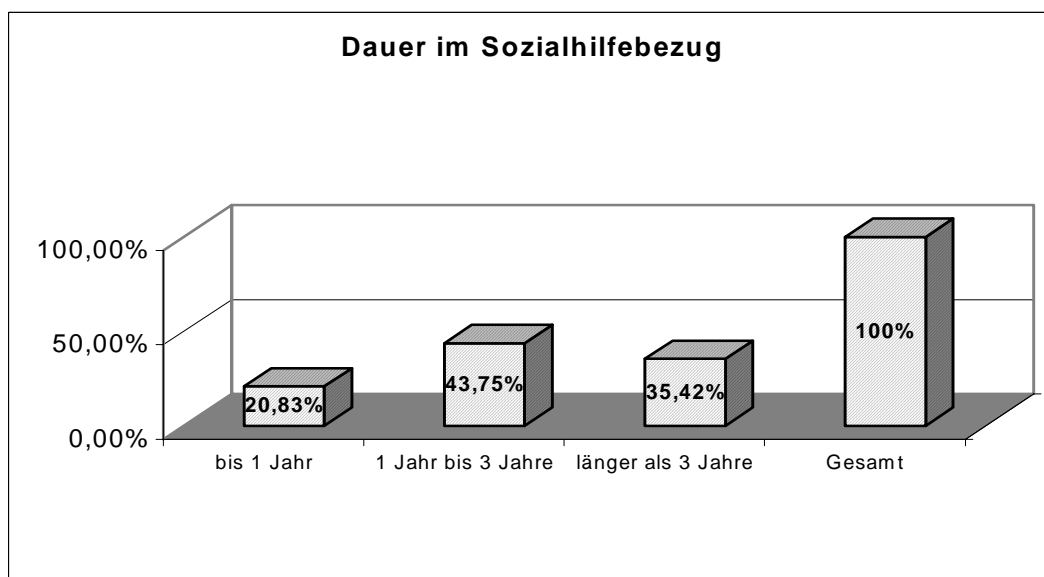


43 Frauen haben einen Schulabschluss, davon haben:
31 Hauptschulabschluss, 7 Fachoberschulreife, 3 Abitur und 2 Fachhochschulreife
5 Frauen haben keinen Schulabschluss

12 Frauen haben eine abgeschlossene Berufsausbildung
36 Frauen haben keine abgeschlossene Berufsausbildung



21 % der Teilnehmerinnen sind bis 1 Jahr im Sozialhilfebezug
44 % der Teilnehmerinnen sind bis 3 Jahre im Sozialhilfebezug
35 % der Teilnehmerinnen sind länger als 3 Jahre im Sozialhilfebezug



Die 18 Frauen im Sozialhilfebezug, die bereits eine abgeschlossene Ausbildung als Verkäuferin haben, wurden erneut angeschrieben und auf eine Info-Veranstaltung und Trainingsmaßnahme des Arbeitsamtes und der DAA Deutschen Angestellten-Akademie für Verkäuferinnen aufmerksam gemacht.

Für Interessentinnen, die in diese Qualifizierung – Verkäuferin in Teilzeit - nicht einbezogen werden können, sollen andere abgestimmte Auswegkonzepte erarbeitet werden. Dies erfordert weitere ausführliche Individualberatung. Dazu gibt es derzeit bei der Stadt Siegen keine ausreichende Personalressource.

Die mit EU-Förderung über das Arbeitsamt bestehende Teilzeitstelle - sozialpädagogischer Dienst zum beruflichen Wiedereinstieg für Frauen – bei der Gleichstellungsstelle ist bis zum 31.12.2002 befristet. Die seinerzeit vorgeschlagene Einbindung in das Konzept kommunaler Beschäftigungsförderung bei der Stadt Siegen wurde bislang nicht realisiert. Aus dem aktuellen Bericht für das Jahr 2001 geht hervor, dass von den 157 Frauen, die diese Beratung in Anspruch genommen haben, 15 % Sozialhilfe beziehen.

Bei fiskalischer Betrachtung der rund 2.350 € Personalkosten pro Monat für diese Teilzeitstelle wäre bereits angesichts einer kalkulatorisch üblich angenommenen Summe von 614 € pro Sozialhilfebeziehenden eine lohnende Investition für die Stadt Siegen gegeben, wenn es gelingt eine 4 Monate dauernde Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt zu realisieren anstelle des Sozialhilfebezugs.

Der Bericht für das abgelaufene Jahr 2001 weist aus, dass 11 % der Ratsuchenden ein sozialversichertes Arbeitsverhältnis aufgenommen haben und weitere 34 % im Berichtszeitraum eine Qualifizierung begonnen haben.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle UA 025
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	---------------------------

Ulf Stötzel

Anlagen: 1

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Fachbereich Service
Bearbeitet von: Herrn Xandry

Datum
28.05.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung	04.07.2002
Haupt- und Finanzausschuss	11.09.2002

Betreff:

Zwischenbericht über den Stand der Umsetzungsmaßnahmen im Bereich der Gebäudereinigung
Entscheidung bezüglich der Fremdvergabe von Reinigungsarbeiten bei kleineren Objekten
Bericht über Sparmaßnahmen im Fachbereich 2, Abteilung 2/1 Service

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung und der Haupt- und Finanzausschuss nehmen von den Berichten zum Stand der Umsetzungsmaßnahmen im Bereich der Gebäudereinigung sowie zu den im Fachbereich 2/1 weiterhin getroffenen Sparmaßnahmen Kenntnis.

Bezüglich der Vergabe von Reinigungsarbeiten an Firmen bei kleineren Objekten stimmt der Haupt- und Finanzausschuss, unter den genannten Bedingungen, dem Vorschlag der Verwaltung zu, auf die Forderung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen zu verzichten.

Sachverhalt / Begründung:

I. Ausgangslage:

Nach dem Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 19.01.1994 sind folgende Maßnahmen zur Kostenreduzierung im Bereich der Gebäudereinigung durchzuführen, die innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren zu einer Ersparnis von

1.553.898 € (= 3.043.000 DM)

führen sollten:

- Umstellung der bisher täglich durchgeführten Gebäudereinigung auf das Intervallreinigungsverfahren im Bereich der Eigenreinigung.
- Umstellung der bisher täglich durchgeführten Gebäudereinigung auf das Intervallreinigungsverfahren im Bereich der Fremdreinigung.
- Erhöhung der stündlichen Reinigungsleistung.
- Erhöhung des Fremdvergabeanteiles an Schulen und Turnhallen.
- Schaffung von Rahmenbedingungen für die Umsetzung der v.g. Maßnahmen.
- Prüfung der übrigen Reinigungsobjekte (außer Verwaltungsgebäuden), ob eine Fremdvergabe wirtschaftlicher ist.

Bezüglich der Umsetzung des Intervallreinigungsverfahrens ist festzustellen, dass im Bereich der **Fremdreinigung die Umsetzung zu 100 %** erfolgt ist. Im Bereich der **Eigenreinigung ist mittlerweile eine Umsetzungsquote von über 98 % zu verzeichnen.**

Durch Abschluss der Dienstvereinbarung „Gebäudereinigung“ am 01.12.1994 konnte zudem eine Erhöhung der Reinigungsleistung pro Stunde sowie entsprechende Rahmenbedingungen abgeschlossen werden. Wie bereits berichtet wurde, ist in diesem Zusammenhang zunächst auf die weitere Privatisierung von Objekten bis zum 31.12.1999 verzichtet worden.

Die bisher durchgeführten und bzw. bis zum 15.04.2002 eingeleiteten Maßnahmen haben zu einer Kostenreduzierung im Reinigungsbereich in Höhe von insgesamt

2.308.714 € (= 4.515.453 DM)

geführt. Es ist festzustellen, dass somit gegenüber der ursprünglichen Kalkulation aus 1994 über **752.853 € (= 1.472.453 DM)** mehr eingespart worden sind.

Den bisher erzielten Einsparungen sind folgende Maßnahmen zuzuordnen:

- | | |
|---|-------------|
| <ul style="list-style-type: none"> - Umsetzung des Intervallreinigungsverfahrens
im Bereich der Eigenreinigung sowie Erhöhung der Reinigungsleistung | 1.221.987 € |
| <ul style="list-style-type: none"> - Umsetzung des Intervallreinigungsverfahrens und Neuvergabe im Bereich der Fremdreinigung | 554.751 € |
| <ul style="list-style-type: none"> - Neuvergabe der Fensterreinigung | 79.250 € |
| <ul style="list-style-type: none"> - Organisationsuntersuchungen/sonstige Maßnahmen des FB 2/1 | 156.966 € |

- Privatisierungsmaßnahmen, insbesondere ab
01.01.2000 295.526 €

Die seit 1994 umgesetzten Einzelmaßnahmen sind in der **Anlage 1** aufgeführt.

II. Kostenrechnung

Mit den Zwischenberichten vom 24.07.1997, 28.09.1998 sowie vom 27.01.2000 hatte ich dargestellt, dass zum 01.01.1996 für den Bereich der Gebäudereinigung die Kostenrechnung eingeführt worden ist. Hierdurch ist es nunmehr möglich, die tatsächlichen Kosten, die für die Reinigung der städtischen Objekte entstehen, zu ermitteln.

Die Kostenentwicklung der Jahre 1997 bis 2001 für die Gebäudereinigung insgesamt entnehmen Sie bitte aus der beigefügten **Anlage 2**.

Im Jahr 2001 betrugen die Gesamtkosten für die Unterhaltsreinigung **3.414.199 €** (= 6.677.438 DM), so dass gegenüber dem Rechnungsjahr 1996 eine Kostenreduzierung in Höhe von 184.175 € (= 361.273 DM) zu verzeichnen ist.

Zu berücksichtigen ist, dass bereits vor Einführung der Kostenrechnung in den Jahren 1994/1995 erhebliche Kosteneinsparungen erzielt werden konnten. Im genannten Zeitraum wurden bereits im Bereich Personalkosten 771.305 € und im Sachkostenbereich 659.167 €, insgesamt somit 1.430.472 € (= 2.801.293 DM), eingespart. Dies entspricht einem Anteil von 62 % der gesamten erzielten Einsparungen in der Gebäudereinigung.

Nur durch die erreichten Sparmaßnahmen in den Jahren 1996 - 2001 konnten die erfolgten Lohn- bzw. Tarifierhöhungen, Höhergruppierungen, Alterstufensteigerungen, Erhöhung der Sozialversicherungsanteile im Personalkostenbereich von 14 %, die jährlichen Tarifierhöhungen im Bereich der Fremdvergabe von rd. 10 % sowie die Preiserhöhung der Kosten für Reinigungsmittel und Geräte kostenmäßig aufgefangen und sogar noch die Gesamtkosten der Unterhaltsreinigung reduziert werden.

Darüber hinaus wurden der zentralen Gebäudereinigung weitere Objekte zur Reinigung durch Neubau-, Umbau bzw. Erweiterungsbauten zugewiesen, wie

- Neubau / Anbau Gesamtschule Eiserfeld,
- Neubau der Dreifachturnhalle Giersberg,
- Erweiterungsbau an der Pestalozzischule,
- Anbau / Erweiterungsbau Grundschule Birlenbach
- Hammerhütter Schule
- sowie diverse An- bzw. Umbauten (Nutzung von ehem. Hausmeisterwohnungen, Kellerräumen, zusätzliche Reinigung wegen erhöhter PCB-Werte usw.).

Die hierfür in den letzten Jahren zusätzlich angefallenen Personal- und Sachkosten sind mit rd. 175.000 € p.a. zu veranschlagen und konnten ebenfalls **nur durch die** vorgenommenen Einsparungen kompensiert werden.

III. Bericht über die vorgesehenen Fortbildungs- bzw. Qualifizierungsmaßnahmen der Mitarbeiterinnen im Bereich der Unterhaltsreinigung

In meinen Zwischenberichten zum Stand der Gebäudereinigung vom 28.09.1998 und 27.01.2000 hatte ich mitgeteilt, dass, um mögliche weitere Privatisierungen zu forcieren - und um somit weitere Einsparungen zu erzielen - beabsichtigt ist, dem städtischen Reinigungspersonal Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen anzubieten, um ggf. künftig andere Tätigkeiten im Bereich der Stadtverwaltung übernehmen zu können.

Im Rahmen dieser Maßnahme wurden im Januar 1999 insgesamt 73 Mitarbeiterinnen angeschrieben, wobei auf evtl. freiwerdende Stellen (Sekretariate, Aufsicht Museum, Überwachung ruhender Verkehr) hingewiesen wurde. Darüber hinaus hatten die Mitarbeiterinnen die Möglichkeit, eigene Wünsche für eine zukünftige Tätigkeit anzugeben.

Von den 73 angeschriebenen Mitarbeiterinnen haben zunächst 15 Mitarbeiterinnen ihr Interesse an einer anderen Tätigkeit bzw. ihre Bereitschaft an der Teilnahme an Fortbildungs- / Qualifizierungsmaßnahmen erklärt, 2 weitere Mitarbeiterinnen haben sich Mitte 2000 zu Fortbildungsmaßnahmen bzw. Umsetzung beworben.

Die Mitarbeiterinnen haben von der Möglichkeit, an einer 1-wöchigen Software-Schulung (Grundlagenvermittlung), durchgeführt durch VHS, sowie an einem 1-tägigen Seminar über die Grundzüge der Kommunalverwaltung überwiegend Gebrauch gemacht.

Die Maßnahme „Fortbildung und Qualifizierung der Mitarbeiterinnen im Reinigungsbereich“ ist als abgeschlossen anzusehen.

Seit 1999 wurden insgesamt 12 Mitarbeiterinnen in andere Beschäftigungsbereiche umgesetzt (Telefonzentrale, Verwaltungsbereich, Bücherei, Museumsaufsicht, Kantinen), eine Mitarbeiterin hat zwischenzeitlich ihr Arbeitsverhältnis bei der Stadt gekündigt, eine Mitarbeiterin ist in Erziehungsurlaub, zwei Mitarbeiterinnen haben aus familiären Gründen von der Übernahme einer anderen Tätigkeit Abstand genommen. In Absprache mit der Personalabteilung werden weiterhin bei freien adäquaten Stellen mögliche Umsetzungen von Reinigungskräften in Betracht gezogen. Somit bestehen weiterhin für interessierte Mitarbeiterinnen Perspektiven für die Übernahme in andere Tätigkeiten.

IV. Weitere Entwicklung im Bereich der Gebäudereinigung

In meinem letzten Bericht vom 27.01.2000 erwähnte ich bereits, dass ab dem 01.01.2000 weitere Privatisierungsmaßnahmen im Bereich der Gebäudereinigung vorgesehen waren.

Unter Ziffer I des Berichtes hatte ich bereits erläutert, dass die Befristung zum Verzicht auf weitere Privatisierungsmaßnahmen in der Dienstvereinbarung Gebäudereinigung zum 31.12.1999 ausläuft und darauf hingewiesen, dass mit dem Personalsrat eine weitere bzw. ergänzende Regelung hinsichtlich der weiteren Fremdvergabe von Reinigungsaufgaben in städtischen Objekten getroffen werden soll.

In der am 18.01.2000 abgeschlossenen Ergänzung zur Dienstvereinbarung „Gebäudereinigung“ konnte nunmehr erreicht werden, dass der Privatisierungsanteil auf rd. 80 % der Gesamtreinigungsfläche (= 262.000 m², 80 % = 209.600 m²)) gesteigert werden kann. Die Objekte, bei denen auch zukünftig auf eine Privatisierung der Reinigungsarbeiten verzichtet wird, habe ich detailliert in meinen Bericht vom 27.01.2000 aufgeführt.

Durch Abschluss der neuen Dienstvereinbarung konnte seit dem 01.01.2000 bis 15.03.2002 die Privatisierung der Unterhaltsreinigung in weiteren 18 städtischen Objekten bzw. Teilbereichen umgesetzt werden (siehe hierzu auch Auflistung in Anlage 1). Die Ersparnis allein durch diese Maßnahmen, bei Gegenrechnung der Sachkosten, beläuft sich auf 295.000 €.

In diesem Zusammenhang möchte ich es nicht versäumen, auch dem Personalrat für die konstruktive Zusammenarbeit Dank auszusprechen, der sich den unter Berücksichtigung der städtischen Haushaltslage zu treffenden Sparmaßnahmen nicht entzogen hat.

V. Fazit über die Einführung der Intervallreinigung in städtischen Objekten

Nachdem nunmehr das Intervallreinigungsverfahren kontinuierlich seit 1994 in nahezu allen städtischen Objekten umgesetzt worden ist, liegen somit Erfahrungswerte von über 8 Jahren vor. Mit der Einführung der Intervallreinigung war selbstverständlich eine Minderung des Reinigungsstandards verbunden. Die in 1994 geäußerten Befürchtungen, dass die in der Intervallreinigung stehenden städtischen Objekte dadurch „verschmutzen“, haben sich nicht bewahrheitet. Insbesondere unter Berücksichtigung der bisher erzielten Einsparungen ist insgesamt festzustellen, dass die sicherlich mit dem Intervallreinigung verbundenen Unzulänglichkeiten noch als vertretbar anzusehen sind.

VI. Problematik weiterer Privatisierungsmaßnahmen bei kleineren Objekten

Zu den zu treffenden Maßnahmen im Bereich der Gebäudereinigung hat der Haupt- und Finanzausschuss am 19.12.1994 bezüglich der Vorgehensweise bei den weiteren beabsichtigten Privatisierungsmaßnahmen unter Ziffer 5 folgende Vorgabe entschieden:

„Während die in der Eigenreinigung beschäftigten Arbeitskräfte weitgehend sozialversicherungspflichtig sind und Beiträge zur Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung zahlen, stehen die im privaten Reinigungsgewerbe tätigen Beschäftigten vielfach in einem versicherungsfreien Arbeitsverhältnis. Um auch hier eine soziale Absicherung zu erreichen, sind die Reinigungsfirmen vertraglich zu verpflichten, ihre in städtischen Objekten beschäftigten Bediensteten sozialzuversichern. Diese Regelung ist bei Einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen und einem Großteil der übrigen Behörden obligatorisch. Der Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung ist von den Reinigungsfirmen zu tragen. Dies führt ggf. zu höheren Kosten. Die Personalgewinnung für Reinigungsunternehmen wird erschwert.“

Die Beschlussfassung in 1995 erfolgte allerdings unter dem Aspekt, dass zunächst nur die Privatisierung der Unterhaltsreinigung in Schulen und Turnhallen, somit in flächenmäßig großen Objekten mit mehreren Mitarbeiterinnen im Reinigungsbereich, vorgesehen war. Die Prüfung, ob weitere Privatisierungsmaßnahmen in anderen Objekten durchgeführt werden können, sollte zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Aufgrund der am 18.01.2000 neu abgeschlossenen Dienstvereinbarung „Gebäudereinigung“ ist nunmehr die Privatisierung weiterer, auch kleinerer Objekte ermöglicht worden (z.B. Jugendtreffs, Umkleidegebäude, ggf. auch Friedhofshallen usw.). In diesen Objekten werden teilweise auch jetzt bereits städtischen Mitarbeiter eingesetzt, die nicht im vollem Umfang der Sozialversicherung unterliegen. Hier werden lediglich, aufgrund der in 1999 erfolgten gesetzliche Änderungen zu den „geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen“ Beiträge zur Renten- und Krankenversicherung abgeführt, jedoch keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung entrichtet.

Unter Berücksichtigung der oben genannten. Beschlusslage müssten demnach Reinigungsfirmen bei Übernahme der Reinigungsarbeiten, entgegen der bei der Stadt teilweise selbst ausgeübten Praxis, ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis darstellen. Nicht nur, dass dies zu einer nicht relevanten Kostensteigerung führen würde, ist festzustellen, dass die Reinigungsfirmen aufgrund von Personalschwierigkeiten hierzu kaum noch in der Lage sind. Personal zu gewinnen, das beispielsweise morgens früh ein Umkleidegebäude mit 1 ½ Stunden reinigt und nachmittags für 1 - 2 Stunden noch eine weitere Tätigkeit ausübt, ist auch aufgrund der hier vorliegenden Erfahrungen kaum noch möglich.

Auch unter Berücksichtigung der in 1999 eingetretenen gesetzlichen Änderungen sowie der bei der Stadt Siegen selbst geübten Praxis wird vorgeschlagen, bei der Fremdvergabe von Reinigungsarbeiten bei kleineren Objekten, d.h. bei solchen Objekten, **bei denen sich aufgrund der Reinigungsfläche und des monatlichen Stundenkontingentes bezogen auf den Einsatz eines Mitarbeiters kein umfassendes sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis darstellen lässt**, auf diese Forderung zukünftig zu verzichten.

VII. Weitere im Fachbereich 2/1 umgesetzte Sparmaßnahmen

Neben den erreichten Sparmaßnahmen im Bereich der Gebäudereinigung sind im Fachbereich 2/1 weitere Maßnahmen zur Kostenreduzierung vorgenommen worden. Ich nehme die Berichterstattung zu den Maßnahmen im Bereich der Gebäudereinigung zum Anlass, auch hierüber erstmals insgesamt zu informieren.

Der Gesamtbetrag dieser Maßnahmen beläuft sich auf insgesamt 203.859 € (= 398.714 DM). Die Einzelmaßnahmen sind ebenfalls in der Anlage 1 detailliert aufgeführt.

Demnach stelle ich fest, dass seit 1994 im Fachbereich 2/1 insgesamt Kostenreduzierungen in einer Gesamthöhe von

2.512.573 € (= 4.914.167 DM)

erreicht worden sind.

Über die weitere Entwicklung der Umsetzung von Maßnahmen im Bereich der Gebäudereinigung sowie im Servicebereich werde ich turnusmäßig in 2 Jahren berichten.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Ulf Stötzel

Anlagen: 2

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Fachbereich 2 / Personal und Organisation
Bearbeitet von: Herrn Xandry

Datum
28.08.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

11.09.2002

Betreff:

Zwischenbericht über den Stand der Umsetzungsmaßnahmen im Bereich der Gebäudereinigung
Entscheidung bezüglich der Fremdvergabe von Reinigungsarbeiten bei kleineren Objekten
Bericht über Sparmaßnahmen im Fachbereich 2, Abteilung 2/1 Service
- Ergänzende Stellungnahme zur Vorlage Nr. 1913/02 -

Aufgrund des Beschlusses des Ausschusses für Personal, Organisation und Frauengleichstellung vom 04.07.2002 wurde die Verwaltung aufgefordert, bezüglich des Beschlussvorschlages zur Entscheidung hinsichtlich der Fremdvergabe von Reinigungsarbeiten - Vorlage Nr. 1913/02 - bei kleineren Objekten weitere Erläuterungen zu geben.

Wie bereits in der Vorlage Nr. 1913/02 ausgeführt, hat der Haupt- und Finanzausschuss im Jahre 1994 die Forderung erhoben, dass bei der Fremdvergabe von Reinigungsarbeiten an Dritte grundsätzlich das Reinigungspersonal in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis beschäftigt werden soll.

Vorab weise ich darauf hin, dass eine Änderung dieses Beschlusses grundsätzlich nicht angestrebt wird.

Zum besseren Verständnis möchte ich die Entwicklung im Bereich der Gebäudereinigung einmal chronologisch darstellen:

Der o. a. Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses in 1994 erfolgte im gesamten Maßnahmenkatalog zu der Neukonzeption der Gebäudereinigung unter der Prämisse, dass durch die Verwaltung beabsichtigt war, zunächst größere Objekte, insbesondere Schulen und Turnhallen der Fremdreinigung zuzuführen. So wurde unter Ziffer 7 der Verwaltungsvorlage vom 15.12.1993 ausdrücklich darauf hingewiesen, dass über die Privatisierung weiterer Objekte zu einem späteren Zeitpunkt entschieden wird.

Vorrangig war in 1994/95 zunächst, das Intervall-Reinigungsverfahren in den städtischen Gebäuden einzuführen, weil hierdurch in kürzester Zeit die größten Einsparungen zu erwarten waren. Wie in den verschiedenen Berichten zum Stand der Umsetzungsmaßnahmen im Bereich der Gebäudereinigung erläutert wurde, hat sich diese Annahme auch bestätigt.

Wie schon dargelegt wurde, konnte in 1994 allerdings nicht sofort der gesamte durch den Haupt- und Finanzausschuss beschlossene Maßnahmenkatalog umgesetzt werden. So konnten in den Verhandlungen mit dem Personalrat zwar die Umsetzung des Intervall-Reinigungsverfahrens in den städtischen Objekten, die Erhöhung der Reinigungsleistung und die Schaffung von Rahmenbedingungen (Dienstvereinbarung Gebäudereinigung vom 01.12.1994) vereinbart werden, jedoch stimmte der Personalrat zum damaligen Zeitpunkt ausdrücklich weiteren Privatisierungsmaßnahmen nicht zu. Um kurzfristig Einsparungen realisieren zu können, wurde dann der Kompromiss geschlossen, auf weitere Privatisierungsmaßnahmen zunächst bis 31.12.1999 zu verzichten.

Erst durch Abschluss / Ergänzung der „Dienstvereinbarung Gebäudereinigung“ vom 18.01.2000 wurden dann mit dem Personalrat die Bereiche / Objekte ausgehandelt, die einer weiteren Privatisierung zugeführt werden können. Hiervon waren dann auch erstmals mittlere und kleinere Objekte betroffen.

Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass Privatisierungsmaßnahmen seitens der Verwaltung nur dann vorgenommen werden, wenn sich diese auch wirtschaftlich darstellen lassen, d. h. wenn entsprechende Einsparungen für die Stadt erzielt werden können. Es würde allen fiskalischen Grundsätzen widersprechen, Privatisierungsmaßnahmen durchzuführen, die letztendlich zu einer Kostensteigerung für die Stadt führen würden. Insofern verweise ich in diesem Zusammenhang auch auf die Darstellung der Einzelmaßnahmen in Anlage 2 der Vorlage, woraus ersichtlich ist, dass auch die Privatisierung kleinerer Objekte letztendlich in der Summe zu Einsparungen in nicht unerheblicher Höhe führen.

Zu der Problematik führe ich ferner aus, dass auch bei der Stadtverwaltung Siegen derzeit ca. 25 Mitarbeiterinnen beschäftigt werden, die keiner umfassenden Sozialversicherungspflicht unterliegen (z. B. in Objekten wie Bürgerhäuser, Friedhofshallen, Feuerwehrgerätehäuser). Hierbei handelt es sich um Beschäftigungsverhältnisse, bei denen aufgrund der Größe und der Nutzung des Objektes und der sich daraus ergebenden durchschnittlichen täglichen Arbeitszeit von unter 2 Stunden somit nur ein „geringfügiges Arbeitsverhältnis“ darstellen lässt.

Es dürfte in diesen Fällen bei einer eventuellen Privatisierung der Unterhaltsreinigung unstrittig sein, dass auf ein umfassendes sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis verzichtet wird.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch darauf hinweisen, dass die Abteilung 2/1 in 1997 eine Umfrageaktion durchgeführt hat, um diesem Personenkreis weitere Beschäftigungen oder Vertretungstätigkeiten anzubieten. Lediglich eine Mitarbeiterin hatte sich hierzu bereit erklärt.

Darüber hinaus können jedoch bei einem Teil der Gebäude, wo derzeit noch städtische Mitarbeiterinnen in vollem Umfang sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, bei der Fremdvergabe Änderungen eintreten. Ausschlaggebend hierfür ist, dass die

Firmen durchweg mit einer **höheren stündlichen Reinigungsleistung** kalkulieren und **andere tarifliche Bestimmungen** im privaten Gebäudereinigerhandwerk ausgehandelt sind. Insofern kann dann der Fall eintreten, dass sich für die Firmen bzw. deren Mitarbeiterinnen kein umfassendes sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis darstellen lässt (Beispiel: städtische Mitarbeiterin verdient monatlich 400 € / Firmen-Mitarbeiterin erhält aufgrund höherer Arbeitsvorgaben und Tariflohn monatlich 300 €).

In diesen Fällen müsste demnach bei der möglichen Vergabe des Objektes von der Firma gefordert werden, die Mitarbeiterin trotzdem im vollen Umfang sozialversicherungspflichtig zu beschäftigen. Dies kann nur dann greifen, wenn die Mitarbeiterin in einem weiteren Objekt Reinigungsaufgaben übernimmt, um über die 320 €-Grenze zu kommen. Dass hierfür kaum eine Mitarbeiterin zu begeistern ist, morgens von 5.00 Uhr bis 7.00 Uhr beispielsweise eine Umkleidekabine und dann in den Nachmittagsstunden noch in einem anderen Objekt zu reinigen, dürfte nachvollziehbar sein. Insofern stellt sich die Personalgewinnung für die Firmen sehr problematisch dar, was aufgrund der Erfahrungen im Bereich der Eigenreinigung auch nur bestätigt werden kann.

Allein auf die vorgenannten Fälle zielt die von der Verwaltung eingebrachte Empfehlung ab. In allen anderen Fällen wird weiterhin ausdrücklich auf die Einhaltung der umfassenden sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse bestanden und - wie mündlich berichtet - auch konsequent umgesetzt und überwacht.

Mit Schreiben vom 22.08.2002 hat die Gleichstellungsstelle zu der Vorlage der Verwaltung vom 22.05.02 sowie zu der Ergänzungsvorlage Stellung genommen - siehe Anlage -.

Der Forderung der Gleichstellungsstelle, bei geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen, und dies sowohl bei eigenen als auch bei Firmen beschäftigten Mitarbeiterinnen, aus Gründen der Altersvorsorge den Eigenanteil von 7,1 % für die gesetzliche Rentenversicherung zu übernehmen, kann nicht nachgekommen werden.

Grundsätzlich wäre es zwar aus den vorgenannten Gründen zu begrüßen, wenn seitens der Stadt der Eigenanteil von 7,1 % zu gesetzlichen Rentenversicherung übernommen werden könnte. Aufgrund des bestehenden Haushaltssicherungskonzeptes sowie der insgesamt schlechten Haushaltslage kann sich jedoch die Stadt zur Übernahme von weiteren freiwilligen Leistungen nicht verpflichten.

Insofern wird auch die Auffassung vertreten, dass die Forderung nicht bei der Vergabe von Reinigungsarbeiten erhoben werden kann.

Im Rahmen des vom Rat der Stadt am 19.06.02 beschlossenen Konzeptes - Kommunale Beschäftigungsförderung - Hilfen zur Arbeit - mit der Neuen Arbeit Siegerland - NAS - wird der Fachbereich 2 gemeinsam mit der Gleichstellungsstelle prüfen, ob ein Projekt im Bereich der Gebäudereinigung durchgeführt werden kann, um Teilnehmerinnen auf den Übergang in den ersten Arbeitsmarkt zu qualifizieren.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Ulf Stötzel

Anlagen: Stellungnahme der Gleichstellungsstelle

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Sport, Bäder
Bearbeitet von: Frau Stettner

Datum
21.06.02

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Sport- und Bäderausschuss	18.07.2002
Haupt- und Finanzausschuss	11.09.2002
Rat	25.09.2002

Betreff:

Neufassung der Richtlinien der Stadt Siegen zur Förderung des Sports

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, die Richtlinien der Stadt Siegen für die Förderung des Sports gemäß Vorlage entsprechend neu zu fassen.

Sachverhalt / Begründung:

In den bestehenden Richtlinien der Stadt Siegen zur Förderung des Sports ist unter anderem gesagt, dass die Stadt Siegen einen **Zuschuss zum Neubau, Umbau, der Erweiterung und Unterhaltung vereinseigener Anlagen** gewähren kann. Die letztjährigen Zuschussgewährungen sind Veranlassung, die Richtlinien in einigen Passagen konkreter abzufassen.

In den vergangenen Jahren standen auf der Haushaltsstelle im Vermögenshaushalt hierfür Haushaltsmittel in Höhe von 50.000,-- DM zur Verfügung. Die bisherige Regelung sieht vor, geplante Neubauvorhaben der Sportvereine bzw. größere Instandsetzungen oder Modernisierungen vereinseigener Sportanlagen mit 10% der Gesamtbaukosten zu bezuschussen. Eigenleistungen wurden dabei auf der Grundlage eines Arbeitsstundensatzes in Höhe von 20,-- DM berücksichtigt.

Im Haushaltsjahr 1999 lagen erstmals Anträge mit einem Gesamt-Investitionsvolumen vor, für deren Bewilligung der Haushaltsansatz in Höhe von 50.000,-- DM bei weitem nicht ausreichend war. Selbst durch die im Haushalt eingestellte Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 100.000,-- DM war es nicht mehr

möglich, die vom Sport- und Bäderausschuss festgelegte 10% Zuschussgrenze einzuhalten. Aufgrund dieser Situation hat der Rat der Stadt für das Haushaltsjahr 2002 zusätzlich einen Betrag in Höhe von 25.000 Euro beschlossen.

Bei der Entwicklung des Sports (z.B. immer mehr Bedürfnisse nach Bewegung der Menschen in **allen Altersstufen**) und gleichzeitig enger werdender öffentlicher Kassen dürfen die Sportvereine nicht an den Rand gedrängt werden. Sie sind ein wesentlicher Bestandteil unseres gesellschafts-, sozial- und gesundheitspolitischen Lebens und für die Infrastruktur einer jeden Stadt von nicht zu unterschätzendem Vorteil.

Gerade die Sportvereine mit eigenen Sportanlagen müssen in ihrer Motivation gestärkt werden, Investitionen im Sportbereich zu tätigen. Am Beispiel „Kunstrasen Bürbach“ wird deutlich, dass ein Siegerer Sportverein mit einem städtischen Zuschuss von weniger als 10% (rd. 81.000,-- DM) ein Millionenprojekt verwirklicht hat, wogegen andere Maßnahmen in voller Höhe den öffentlichen Haushalt belasten.

Aus den vorstehenden Gründen ist es unverzichtbar, die bisherigen Zuschussmodalitäten zu konkretisieren und wie folgt festzuschreiben:

1. Die Stadt Siegen kann Zuschüsse gewähren für:

- a) den Neubau von Sportanlagen und Vereinsheimen,
- b) notwendige Erneuerungs- bzw. Modernisierungsmaßnahmen an vereinseigenen Sportanlagen über 5.000 Euro Baukosten – ohne Eigenleistung - (z.B. Heizungsanlagen, Dächer, Fenster); Schönheitsreparaturen sind ausgeschlossen,
- c) Der Zuschuss beträgt 10% der reinen Baukosten (Baunebenkosten bleiben unberücksichtigt).
Eigenleistungen werden in angemessenem Umfang berücksichtigt.
Bei Eigenleistungen wird ein Stundensatz von 10 Euro zugrunde gelegt.
- d) Je nach Haushaltslage kann bei größeren Bauvorhaben die Zuschusszahlung auf mehrere Jahre verteilt werden.

2. Voraussetzung für die Zuschussgewährung sind:

- a) die Erhebung von Mitgliedsbeiträgen in der Höhe, die auch vom Landessportbund NW für die Zuschussgewährung gefordert werden.
 - b) die Leistung einer angemessenen Jugendarbeit.
3. Der Antrag ist formlos unter Beifügung der erforderlichen Kostenvoranschläge bzw. Kostenschätzungen, Baupläne und allen Finanzierungsnachweisen vor Baubeginn einzureichen. Für die Reihenfolge der Bewilligung ist das Datum des Eingangs der vollständigen Antragsunterlagen maßgebend. Bereits vor Antragstellung begonnene Maßnahmen können nicht bezuschusst werden.
4. Sollte ein Verein 12 Monate nach Zuschussbewilligung mit den Arbeiten noch nicht begonnen haben, ist die Bewilligung hinfällig. Der Zuschuss kann erneut beantragt werden.

Hinsichtlich der weiteren Änderungen wird auf die beigelegte Synopse verwiesen.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen
------------------------------	-----------------------	-----------------------------	---	--

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle 1.551.9880.0
--	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	---------------------------------

In Vertretung

Dr. Rohr
Stadtrat

Anlagen: 2

Richtlinien der Stadt Siegen zur Förderung des Sports

Die Richtlinien der Stadt Siegen zur Förderung des Sports vom 5. Mai 1976 erhalten durch Änderungsbeschluss des Rates der Stadt Siegen vom 25.9.2002 folgende Fassung:

1. Allgemeines

- 1.1 Zweck und Ziel
- 1.2 Geltungsbereich
- 1.3 Antragstellung

2. Sportstätten

- 2.1 Städtische Sportanlagen
- 2.2 Vereinseigene Anlagen

3. Besondere Veranstaltungen

4. Teilnahme an Deutschen und Internationalen Meisterschaften

5. Übungsleiterzuschüsse

6. Förderung des Leistungs- und Spitzensports

7. Ehrungen

1. Allgemeines

1.1 Zweck und Ziel

Durch diese Richtlinien soll der Sport in der Stadt Siegen einheitlich gefördert werden.

Die Stadt Siegen fördert in Anerkennung ihrer erzieherischen, sozialen und gesundheitlichen Bedeutung den Breiten-, Leistungs- und Spitzensport im Rahmen der jährlich im Haushaltsplan bereitgestellten Mittel.

1.2 Geltungsbereich

Diese Richtlinien gelten nur für die Amateurvereine. Unterstützt werden können diejenigen Sportvereine, die

- a) ihren Sitz in der Stadt Siegen haben,
- b) dem Landessportbund Nordrhein-Westfalen angehören,
- c) Mitglied des Stadtsportverbandes Siegen sind und
- d) deren Mitgliedbeiträge mindestens die vom Land Nordrhein-Westfalen in den Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen an den Landessportbund zur Förderung der Übungsarbeit in den Sportvereinen geforderte Höhe erreichen.

Sportstätten, mit Ausnahme der Turnhalle des TV Niederschelden, werden nur bezuschusst, wenn sie im Stadtgebiet liegen.

1.3 Antragstellung

Anträge auf Gewährung eines Zuschusses sind abgesehen von Ziffer 4 und 5 schriftlich an den Fachbereich 4, Abteilung Sport und Bäder, zu stellen. Antragsteller kann nur der geschäftsführende Vorstand eines Sportvereins sein.

Abteilungen sind nicht antragsberechtigt.

Alle Maßnahmen der Sportförderung der Stadt Siegen sind freiwillige Leistungen. Zuschüsse werden ausschließlich im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel gewährt.

Ein Rechtsanspruch auf Gewährung eines Zuschusses besteht nicht.

2. Sportstätten

2.1 Städtische Sportanlagen

Die der Stadt Siegen gehörenden Sportanlagen werden im Rahmen der jeweils geltenden Benutzungs- und Gebührenordnungen für den Übungsbetrieb und für Sportveranstaltungen zur Verfügung gestellt.

Außerhalb des festgelegten Übungs- und Spielbetriebes kann jedermann, soweit im Einzelfall nichts anderes bestimmt ist, die Sportanlagen zu solchen sportlichen Betätigungen benutzen, die dem Zweck der Anlage entsprechen.

2.2 Vereinseigene Anlagen

2.21 Die Stadt Siegen kann Zuschüsse gewähren für:

- a) den Neubau von Sportanlagen und Vereinsheimen
- b) notwendige Erneuerungs- bzw. Modernisierungsmaßnahmen an vereinseigenen Sportanlagen über 3.000 Euro Baukosten – ohne Eigenleistung - (z.B. Heizungsanlagen, Dächer, Fenster u.ä.); Schönheitsreparaturen sind ausgeschlossen.

2.22 Der Zuschuss beträgt 10% der reinen Baukosten (Baunebenkosten bleiben unberücksichtigt). Eigenleistungen werden in angemessenem Umfang berücksichtigt.

Bei Eigenleistungen wird ein Stundensatz von 10 Euro zugrunde gelegt.

2.23 Je nach Haushaltslage kann bei größeren Bauvorhaben die Zuschussauszahlung auf mehrere Jahre verteilt werden.

2.24 Voraussetzung für die Zuschussgewährung sind:

- a) die Erhebung von Mitgliedsbeiträgen in der Höhe, die auch vom Landessportbund NW für die Zuschussgewährung gefordert werden,
- b) die Leistung einer angemessenen Jugendarbeit.

2.25 Der Antrag ist formlos unter Beifügung der erforderlichen Kostenvoranschläge bzw. Kostenschätzungen, Baupläne und allen Finanzierungsnachweisen vor Baubeginn einzureichen. Anträge für das laufende Haushaltsjahr müssen spätestens am 30.9. eingegangen sein. Bereits vor Antragstellung begonnene Maßnahmen können nicht bezuschusst werden.

Sollte ein Verein 12 Monate nach Zuschussbewilligung mit den Arbeiten noch nicht begonnen haben, ist die Bewilligung hinfällig. Der Zuschuss kann erneut beantragt werden.

2.26 Zu den Unterhaltungs- und Betriebskosten vereinseigener Anlagen kann ein jährlicher Zuschuss gewährt werden.

Die Höhe des Zuschusses ist abhängig von der Größe der für den Sportbetrieb nutzbaren Fläche und der im Haushaltsjahr zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln. Die Zuschüsse werden jährlich vom Sport- und

Bäderausschuss des Rates der Stadt Siegen beschlossen.

Grundlage der Berechnung bilden die vom Bundesinstitut für Sportwissenschaft ermittelten Werte für die Bau- und Folgekosten von Sportstätten.

3. Besondere Veranstaltungen

Nationale, internationale oder überörtlich bedeutende Veranstaltungen können gefördert werden durch

- a) die kostenlose Bereitstellung der erforderlichen Anlagen und Geräte,
- b) Zuschüsse zur Kostendeckung

4. Teilnahme an Deutschen und internationalen Meisterschaften

Den Sportvereinen kann für die Teilnahme ihrer Mitglieder ein Fahrtkostenzuschuss im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel gewährt werden.

Die Teilnahme und Platzierungen sind nachzuweisen.

5. Übungsleiterzuschüsse

Analog zu den Richtlinien des Landes Nordrhein- Westfalen können die Sportvereine für anerkannte Übungsleiter und Sportlehrer einen Zuschuss zu den Leistungen des Landessportbundes erhalten. Ein entsprechender Antrag ist bis zum 28. Februar eines jeden Jahres beim Landessportbund Nordrhein-Westfalen einzureichen.

Die Höhe des Zuschusses wird jährlich nach dem vom Landessportbund festgelegten Zuschuss ausgezahlt.

Der Bewilligungsbescheid für alle Sportvereine wird der Stadt Siegen vom Landessportbund zur Verfügung gestellt.

6. Förderung des Leistungs- und Spitzensportes

Der Leistungs- und Spitzensport der örtlichen Vereine kann durch Zuschüsse unterstützt werden.

7. Ehrungen

Die Stadt ehrt Sportler aus Siegenger Sportvereinen für besonders herausragende Leistungen.

8. Inkrafttreten

Diese Richtlinien treten am 1.10.2002 in Kraft.

Gleichzeitig treten alle entgegenstehenden und gleichlautenden ortsrechtlichen Bestimmungen außer Kraft.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Sport, Bäder
Bearbeitet von: Herrn Paul

Datum
01.07.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Sport- und Bäderausschuss	18.07.2002
Haupt- und Finanzausschuss	11.09.2002
Rat	25.09.2002

Betreff:

Modernisierung der Sportplätze Glückauf-Kampfbahn und Charlottental

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt für die Sportplätze Glückauf-Kampfbahn und Charlottental wie folgt:

1. Glückauf-Kampfbahn
 - 1.1 Die Kieselrotsanierung wird durchgeführt.
 - 1.2 Das Spielfeld erhält eine Kunstrasenfläche.
 - 1.3 Die Rundlaufbahn erhält einen Tartanbelag. Es werden vier Rundlaufbahnen und an beiden Längsseiten 100-m-Laufbahnen angelegt.
 - 1.4 Die Segmente werden asphaltiert. In ein Segment wird eine Weitsprunganlage mit zwei Anlaufbahnen in Tartanausführung gebaut.
2. Charlottental
 - 2.1 Die Kieselrotsanierung und Modernisierung wird zurückgestellt.
 - 2.2 Aufgrund des Schreibens des Siegener SC vom 27. Juni 2002 sind weitere Untersuchungen notwendig und Verhandlungen mit dem Verein zu führen.
 - 2.3 Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur nächsten Sitzung des Rates einen abschließenden – auch haushaltsverträglichen – Vorschlag zu unterbreiten.

Sachverhalt / Begründung:**Beschlusslage**

Grundlage der bisherigen Beschlussfassung bzw. Diskussionsergebnisse ist die Verwaltungsvorlage Nr. 1658/02 vom 11.01.2002.

Beschluss des Sport- und Bäderausschusses am 23.01.2002:

- „1. Die Kieselrot belasteten Sportplätze Charlottental und Glückauf-Kampfbahn werden in 2002 unter der Voraussetzung der Zuschussgewährung aus dem Kieselrot-Programm sowie aus Sportfördermitteln des Landes Nordrhein-Westfalen modernisiert.
2. Die Wiederherstellung für den Sportplatz Charlottental erfolgt in Kunstrasen.
3. Die Wiederherstellung der Sportplatzfläche der Glückauf-Kampfbahn erfolgt in Kunstrasen. Die leichtathletischen Anlagen werden in Tartanmaterial hergestellt.“

Beratungsergebnis des Haupt- und Finanzausschusses am 30.01.2002:

Deckungsgleich mit Beschlussfassung im Sport- und Bäderausschuss.

Diskussionsergebnis in der Sitzung des Rates am 06.02.2002:

Die Ziffern 1. – 3. sind deckungsgleich mit der Beschlussfassung des Sport- und Bäderausschusses und des Haupt- und Finanzausschusses.

Zusätzlich hat der Rat folgendes Diskussionsergebnis festgehalten:

Die Verwaltung wird beauftragt, folgende Punkte zu prüfen:

- *Mögliches Einsparpotenzial bei der Zusammenfassung der Ausschreibungen,*
- *Eigenbeteiligung der Vereine,*
- *Synergieeffekte im Rahmen der Kieselrotsanierung.*

Vor einer weiteren Beratung sind die Zuschussfragen zu klären und die Mittelbereitstellung durch das Land Nordrhein-Westfalen abzuwarten.

Aufgrund der vorstehenden Beratungen und Beschlüsse bzw. Diskussionsergebnisse schlägt die Verwaltung für die Modernisierung des Sportplatzes Glückauf-Kampfbahn folgende Konzeption vor:

Glückauf-Kampfbahn

Standards

a) Spielfläche

Die Spielfläche der Glückauf-Kampfbahn soll als Quarzsand verfüllter Kunststoffrasen, gekräuselt, 33 mm hoch, ausgeführt werden.

Auf dem Markt befinden sich auch Produkte, die zusätzlich mit Gummigranulat verfüllt sind. Die Mehrkosten für eine derartige Ausführung betragen ca. 5 Euro pro qm. Das würde für die Glückauf-Kampfbahn Mehrkosten in Höhe von rd. 40.000 Euro bedeuten. Hinsichtlich der Spieleigenschaften der Sand/Gummigranulat verfüllten Kunstrasenfläche gibt es unterschiedliche Auffassungen. Aufgrund des zurzeit nicht erkennbaren Vorteils und der erheblichen Mehrkosten schlägt die Verwaltung diese Ausführung nicht vor. Darüber hinaus liegen über die laufenden und turnusmäßigen Pflegearbeiten keine Langzeiterfahrungen vor.

b) Leichtathletikanlagen

Es sollen vier Rundlaufbahnen (400 m) in wasserdurchlässigem Kunststoffbelag aus PU-gebundenem Gummigranulat mit roter Oberflächen-Spritzbeschichtung (Tartan) angelegt werden. An beiden Längsseiten werden vier 100-m-Lufbahnen aus gleichem Material gebaut. Zum Schutz der Tartanbahn und des Kunstrasens vor Verschmutzung wird umlaufend ein ca. 1 m breiter asphaltierter Streifen eingerichtet. An der Bergseite wird umlaufend eine ausreichend dimensionierte Oberflächenentwässerung als Sohlsole angelegt.

c) Segmente

Aus Gründen der Kostenreduzierung und Sicherstellung der Gesamtfinanzierung des Projektes sollen die Segmente mit Asphalt versehen werden. Das zum Sportheim gelegene Segment erhält zusätzlich eine Sprunggrube mit zwei in Tartan ausgeführten Anlaufbahnen. Die Asphaltausführung der Segmente eröffnet die Möglichkeit einer eventuell späteren Tartanbeschichtung. Darüber hinaus könnten in dem zum Tal hin gelegenen Segment Spielflächen z. B. für Basketball, Volleyball etc. angelegt werden. Soweit es die Gesamtfinanzierung zulässt, werden entsprechende Bodenhülsen im Zuge der Bauarbeiten bereits eingesetzt.

Synergieeffekte bei der Kieselrotsanierung ergeben sich dadurch, dass durch das Abschälen der Oberflächen diese Leistung beim Neuaufbau eingespart wird. Ein weiterer Synergieeffekt ist der Abbau bzw. Ausbau sämtlicher Einrichtungen, z. B. Einfassungen, Tore, Geländer, Regeneinlässe.

Eine gemeinsame Ausschreibung von Kieselrot und Neubau scheidet aufgrund der strengen Vorgaben des Zuschussgebers aus. Das Land fordert eine strikte Trennung beider Maßnahmen.

Kosten und Finanzierung

Kosten

Kieselrotsanierung	390.000 €
Modernisierung in Kunstrasen	<u>570.000 €</u>
Gesamtkosten	<u>960.000 €</u>

Finanzierung

	Zuschuss €	Eigenanteil €	Summe €
Kieselrotprogramm	312.000	78.000	390.000
Sportfördermittel	<u>167.000</u>	<u>403.000</u>	<u>570.000</u>
	<u>478.000</u>	<u>481.000</u>	<u>960.000</u>

Die Zuwendungsbescheide der Bezirksregierung Arnsberg liegen vor. Der Bescheid für die Kieselrotbeseitigung enthält die Bedingung, dass sofern mit der Maßnahme nicht spätestens bis zum 15. Dezember 2002 begonnen wird, der Anspruch auf die gewährte Zuwendung verfällt.

Der Bescheid für die Zuwendung aus Sportfördermitteln enthält die Nebenbestimmung, dass wenn nicht bis spätestens zum 30. November 2002 mit der Baumaßnahme begonnen wird, sich der Zuschussgeber vorbehält, den Zuwendungsbescheid zu widerrufen.

Die Maßnahme ist in Einnahme und Ausgabe in der vorstehenden finanziellen Größenordnung im Vermögenshaushalt veranschlagt.

Der langjährige Hauptnutzer und frühere Eigentümer der Sportanlage VfB Weidenau hat sich auf eine entsprechende Anfrage der Verwaltung bereit erklärt, sich mit persönlichen und sächlichen Eigenleistungen in das Projekt einzubringen. In einem mit Vereinsvertretern geführten Gespräch sind mögliche Teilleistungen, die durch den Verein bzw. Sponsoren übernommen werden können, erörtert worden. Eine Bezifferung der Eigenleistungen ist zurzeit nicht möglich, da noch Klärungsbedarf zwischen Verein und Sponsoren besteht.

Der Fußball- und Leichtathletikkreis Siegen-Wittgenstein betreibt seit vielen Jahren das Verbandssportheim auf dem Gelände der Glückauf-Kampfbahn und führt dort unter anderem Ausbildungen für Übungsleiter und Schiedsrichter durch. Darüber hinaus wird Siegen in Kürze Stützpunkt des Deutschen Fußballbundes für die Talentförderung jugendlicher Fußballer und Fußballerinnen, für die die neue Sportanlage in Weidenau neben dem Leimbachstadion und Hofbachstadion ebenfalls zur Verfügung gestellt werden soll, so dass für die zukünftige Verbandsarbeit in Siegen ausgezeichnete Bedingungen geschaffen werden.

Die Verwaltung hat mit dem Fußball- und Leichtathletikkreis Kontakt aufgenommen mit der Bitte, sich finanziell an diesem Modernisierungsprojekt zu beteiligen.

Zeitplan

Abschließende Beschlussfassung des Rates am 29. September 2002. Für die Ausschreibung, Submission und Auftragsvergabe wird ein Zeitraum von ca. 8 Wochen nach Ratsbeschluss angesetzt. Die Kieselrotbeseitigung könnte demnach Ende November/Anfang Dezember einsetzen. Die Baudauer dafür wird ca. 2 Wochen betragen. Danach kann mit dem Neuaufbau begonnen werden. Es wird davon ausgegangen, dass witterungsbedingt das Auftragen der Kunststoffflächen erst im Frühjahr 2003 erfolgen und unmittelbar danach die neue Anlage in Betrieb genommen werden kann.

Die Verwaltung hat mit dem Verein bereits ein Gespräch über Möglichkeiten einer vorübergehenden Unterbringung auf anderen Sportplätzen geführt.

Sachstandsbericht Charlottental

Neubau des Spielfeldes

Da der Sportplatz eine Neigung von 1 % in Richtung Tal aufweist, ergibt sich ein Höhenunterschied von 1,00 m. Um die Sportplatzfläche auszugleichen, sind umfangreiche Arbeiten notwendig. Zum Abfangen der umliegenden Hänge ist eine ca. 100 m lange Stützwand in einer mittleren Höhe von 1,50 m zu errichten. Die Kosten dafür belaufen sich auf ca. 100.000 Euro. Da die Hänge stark wasserführend sind, müssen entsprechend dimensionierte Ableitungen gebaut werden, wodurch weitere Kosten in Höhe von ca. 10.000 Euro entstehen.

Aufgrund der örtlich beengten Verhältnisse ist ein Massenausgleich innerhalb des Platzes nicht möglich. Es müssen ca. 3 000 m³ Bodenmassen entsorgt werden, was weitere Kosten in Höhe von 60.000 Euro verursacht.

Der komplette Neuaufbau des Platzes in Tenne wurde bisher mit 181.000 Euro veranschlagt. Die Gesamtkosten des Neubaus in Tenne belaufen sich aufgrund aktueller Feststellungen vor Ort auf ca. 350.000 Euro. Das bedeutet Mehrkosten gegenüber der ursprünglichen Kostenschätzung von 169.000 Euro.

Kosten und Finanzierung

Kosten

Kieselrotsanierung	295.000 €
Modernisierung in Tenne	<u>350.000 €</u>
Gesamtkosten	<u>645.000 €</u>

Finanzierung

	Zuschuss €	Eigenanteil €	Summe €
Kieselrotprogramm	236.000	59.000	295.000
Sportfördermittel	<u>86.000</u>	<u>264.000</u>	<u>350.000</u>
	<u>322.000</u>	<u>323.000</u>	<u>645.000</u>

Die Erhöhung des städtischen Eigenanteils um 169.000 Euro ist nicht finanziert.

Ein Neubau mit einer Kunstrasenfläche würde zusätzliche **Mehrkosten in Höhe von 250.000 Euro bedeuten.**

Die Gesamtkosten würden dann **895.000 Euro** und der städtische Eigenanteil **573.000 Euro** betragen.

In diesem Fall müsste eine überplanmäßige Bereitstellung in Höhe von **419.000 Euro** erfolgen. Hierfür ist eine Finanzierungs-/Deckungsgrundlage im Haushalt der Stadt nicht gegeben.

Der ursprünglich erwartete Zuschuss in Höhe von 130.000 Euro ist vom Zuschussgeber gekürzt worden, da der Platz nicht über die für eine Maximalförderung notwendige Größe von mindestens 7.600 m² verfügt. Im Übrigen gelten die Termine, Bedingungen und Vorbehalte des Zuschussgebers wie bei der Glückauf-Kampfbahn dargestellt.

Der ausschließliche Nutzer und frühere Eigentümer des Sportplatzes Siegerner SC hat mit Schreiben vom 27.06.2002 mitgeteilt, dass sich der Verein nur im Falle des Baues eines Kunstrasens mit **25.000 Euro** an den Kosten beteiligt. Darüber hinaus hat der Verein angeboten mindestens 1.500 Stunden „Hand- und Spanndienste“ zu erbringen.

Weiterhin teilt der Verein Folgendes mit:

„Sollte allerdings auf unserem Nachbarplatz in Weidenau Kunstrasen „installiert“ werden und unser Platz in Tenne verbleiben, wäre dies nicht nur der „Todesstoß“ für unsere gesamte Jugendarbeit, sondern für den Verein insgesamt.

Wenn dies tatsächlich weiterhin der Wille der Stadt Siegen wäre und dieser Wille von den politischen Parteien unterstützt würde, würden wir um ein Planungsgespräch bitten, um zu überlegen, ob wir dann nicht unter Schließung unserer Fußballabteilung den Charlottentalplatz nicht besser nach Anpachtung in Eigenregie in einen Tennisplatz umwandeln würden und dann zum Schluss wenigstens eine leistungsfähige Tennisanlage hätten.

Um es zu betonen: Dies wollen wir nicht!

*Wir deuten diese Möglichkeit nur an, weil der Bau eines neuen Tennenplatzes im Charlottental wegen der hierdurch bedingten fehlenden Attraktivität der **Todesstoß** für unsere Fußballabteilung wäre und damit „fortgeworfenes Geld“ für die Stadt Siegen.“*

Zum Angebot des Vereins „Hand- und Spanndienste“ zu leisten muss darauf verwiesen werden, dass für die Arbeiten im Zusammenhang mit der Kieselrotbeseitigung sehr hohe Sicherheitsanforderungen an die Arbeitskräfte und für die im Umfeld angesiedelte Bebauung gestellt werden. Außerdem sind fast alle Arbeiten maschinenintensiv, so dass „Hand- und Spanndienste“ im Verhältnis zu den Gesamtkosten nur als sehr gering einzustufen sind.

Synergieeffekte entstehen durch die Kieselrotsanierung dadurch, dass Oberflächenmassen aufgenommen und entsorgt werden. Bezüglich der Frage gemeinsamer Ausschreibungen wird auf die Ausführungen zur Glückauf-Kampfbahn verwiesen.

Aufgrund der zuvor auszugsweise dargestellten Verlautbarungen des Siegerer SC in seinem Schreiben vom 27. Juni 2002 kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Beschlussempfehlung zur Modernisierung des Sportplatzes Charlottental nicht gegeben werden.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
Glückauf- Kampf- 000.000		481.000	478.000	<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforder- lich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 312.000 167. 000 390.000 583.000	Haushaltsstelle 1.560.3616.1 1 .560.3610.2 1. 560.9416.1 1.5 60.9410.2
--	-----------------------------------	-------------------------------	---	--

In Vertretung

Dr. Rohr
 Stadtrat

1 Anlage

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Sport, Bäder
Bearbeitet von: Herrn Paul

Datum
23.08.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Sport- und Bäderausschuss	09.09.2002
Haupt- und Finanzausschuss	11.09.2002
Rat	25.09.2002

Betreff:

Modernisierung des Sportplatzes Charlottental

Beschlussvorschlag:

Es wird um Beratung und Beschlussfassung gebeten.

1. Alternative

Die Kieselrotsanierung wird durchgeführt.

Die Kosten betragen 295.000 €

Das Spielfeld erhält eine Kunstrasenfläche.

Die Kosten betragen 431.000 €

Gesamtkosten **726.000 €**

2. Alternative

Die Kieselrotsanierung wird durchgeführt.

Die Kosten betragen 295.000 €

Das Spielfeld wird mit Tennenbelag wieder hergestellt.

Die Kosten betragen 181.000 €

Gesamtkosten **476.000 €**

3. Alternative

Die Kieselrotsanierung und die Modernisierung werden nicht durchgeführt.
Die Spielfelddecke wird im Rahmen der laufenden Unterhaltung aufgearbeitet.

Der Verein Siegener SC erhält ein Nutzungsrecht auf der Sportanlage Glückauf-Kampfbahn.

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Zuschussgeber zu verhandeln, dass die Fördermittel für die Kieselrotsanierung und für die Modernisierung auf die Sportanlage Helsbachtal für 2003 übertragen werden.

4. Alternative

Die Kieselrotsanierung wird durchgeführt.
Die Kosten betragen

295.000 €

Das Grundstück, ca. 6500 m², wird vermarktet. Der Verkaufserlös wird zweckgebunden für die Sanierung/Modernisierung anderer Sportanlagen eingesetzt.

Der Verein Siegener SC erhält ein Nutzungsrecht auf der Sportanlage Glückauf-Kampfbahn.

Sachverhalt / Begründung:

Auf die Verwaltungsvorlage 2079/02 vom 01.07.2002, die Gegenstand der Beratung im Sport- und Bäderausschuss am 18.07.2002 war, wird hingewiesen. Der Sport- und Bäderausschuss hat folgenden Beschluss gefasst:

„Sportplatz Charlottental

- 1. Die Kieselrotsanierung und Modernisierung wird zurückgestellt.*
- 2. Aufgrund des Schreibens des Siegener SC vom 27. Juni 2002 sind weitere Untersuchungen notwendig und Verhandlungen mit dem Verein zu führen.*
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur nächsten Sitzung des Rates einen abschließenden – auch haushaltsverträglichen - Vorschlag zu unterbreiten“*

Die Verwaltung hat Verhandlungen mit dem Siegener SC geführt und ergänzende Untersuchungen vorgenommen. Zur Beratung werden folgende Alternativen vorgeschlagen:

1. Alternative

1.1 Die Kieselrotsanierung wird durchgeführt.

1.2 Das Spielfeld erhält eine Kunstrasenfläche.

Die Alternative 1 entspricht dem Beschluss des Sport- und Bäderausschusses vom 23.01.2002, dem Beratungsergebnis des Haupt- und Finanzausschusses vom 30.01.2002 sowie dem Diskussionsergebnis des Rates vom 06.02.2002. Vom Ausbaustandard und von den finanziellen Auswirkungen her handelt es sich um den weitestgehenden Vorschlag. Die Kosten und die Finanzierung würden sich wie folgt darstellen:

Kosten	Neu - Kunstrasen - gem. Vorlage SpBA v. 01.07.02	Alt - Tennenbelag –
Kieselrotsanierung	295.000 €	295.000 €
Modernisierung	<u>431.000 €</u>	<u>350.000 €</u>
Gesamtkosten	<u>726.000 €</u>	<u>645.000 €</u>

Die Kosten für die Wiederherstellung in Tenne setzten sich zusammen aus Neubaukosten 181.000 € und seinerzeit angenommenen Zusatzkosten für den Ausgleich des rund 1 m betragenden Gefälles von 169.000 €, zusammen 350.000 €.

Finanzierung	Neu			Alt		
	Zuschuss €	Eigenanteil €	Summe €	Zuschuss €	Eigenanteil €	Summe €
Kieselrotprogramm	236.000	59.000	295.000	236.000	59.000	295.000
Sportfördermittel	<u>86.000</u>	<u>345.000</u>	<u>431.000</u>	<u>86.000</u>	<u>264.000</u>	<u>350.000</u>
Summe	<u>322.000</u>	<u>404.000</u>	<u>726.000</u>	<u>322.000</u>	<u>323.000</u>	<u>645.000</u>

Eigenleistung des Siegener SC

Mit Schreiben vom 14.08.2002 hat der Siegener SC mitgeteilt, dass sich die Mitglieder des Vereins auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung verpflichtet haben durch Leistung von Sonderbeiträgen 50.000 € aufzubringen, falls die Modernisierung in Kunstrasen beschlossen werde.

Im Rahmen der Eruiierung von technischen Lösungsmöglichkeiten für den fachgerechten Wiederaufbau des Spielfeldes hat die städtische Vermessungsabteilung eine topographische Höhenaufnahme erstellt. Das Ergebnis dieser Vermessung weist aus, dass das Längsgefälle nicht durchgängig einen Meter beträgt. Teilweise liegt das Gefälle bei über einem Meter im hinteren Bereich und weit darunter im Zugangsbereich auf der Längsseite. Darüber hinaus hat der Platz unterschiedliches Gefälle in der Querrichtung.

Gemäß der für die Planung und den Bau von Sportplätzen geltenden DIN 18035 sind für Kunststoffrasenflächen maximale Gefälleverhältnisse von 0,8 % zulässig. Bei schwierigen topographischen Verhältnissen, wie sie im Charlottental anzutreffen sind, kann die Ausbildung des Spielfeldes als Pultdach zugelassen werden.

Der Siegener SC hat, wie er mitteilt, ein namhaftes und im Sportplatzbau erfahrenes Ingenieurbüro beauftragt, eine Planung für den Neubau des Charlottentalssportplatzes in Kunstrasen zu erstellen.

Das vom Ingenieurbüro erstellte Leistungsverzeichnis ist von der Verwaltung – Fachbereich 9/2 – fachtechnisch geprüft und als richtig festgestellt worden.

Der Siegener SC hat in seinem Schreiben vom 14.08.2002 erklärt, dass er mit Unterstützung eines qualifizierten Bauunternehmens in der Lage ist, einen erheblichen Teil der Leistungspositionen zu übernehmen.

Der Siegener SC verpflichtet sich, das komplette Planum (gesamter Uterbau für die Spielfeldfläche) für den Neuaufbau DIN-gerecht als Eigenleistung zu erstellen und schätzt die finanzielle Größenordnung dafür auf rd. 100.000 €. Der Verein ist bereit, sich zur Durchführung dieses Leistungsumfanges, in dem die 50.000 € aus der Sonderabgabe der Vereinsmitglieder enthalten sind, ausdrücklich schriftlich zu verpflichten.

Von der Stadt wären dann die gesamten Oberflächenarbeiten, insbesondere das Aufbringen der Tragschicht und des Kunstrasens zu leisten. Die Bauleitung für diesen Bauabschnitt kann die Stadt – Abteilung 9/2 – übernehmen, so dass für den Neubau des Platzes keine Architektenhonorare für die Stadt Siegen anfallen würden.

Aufgrund der angebotenen Eigenleistung ergibt sich folgende Kosten- und Finanzierungssituation:

Kosten Neubau

Modernisierung in Kunstrasen	<u>431.000 €</u>
------------------------------	------------------

Finanzierung Neubau

Gesamtkosten	431.000 €
--------------	-----------

./. Zuschuss des Landes aus Sportfördermitteln	<u>86.000 €</u>
--	-----------------

Stadtanteil	345.000 €
-------------	------------------

./. Veranschlagung im Haushalt – Stadtanteil -	<u>95.000 €</u>
--	-----------------

Zwischensumme:	250.000 €
----------------	------------------

./. Eigenleistung Siegener SC	<u>100.000 €</u>
-------------------------------	------------------

Unterdeckung Haushaltsstelle 1.560.9411.0	<u>150.000 €</u>
---	-------------------------

Eine Finanzierungs-/Deckungsgrundlage für die Unterdeckung in Höhe von 150.000 € ist nicht vorhanden.

Hinweis:

Der VfB Weidenau hat mit Schreiben vom 15.08.2002 eine Eigenbeteiligung für die Modernisierung der Glückauf-Kampfbahn in Form von Arbeits- und Sachleistungen in Höhe von rd. 50.000 € angeboten. Es ist aus technischer Sicht noch eingehend zu prüfen, ob sich diese Eigenleistung umsetzen lässt.

Sollte das nicht oder nur zum Teil der Fall sein, ist beabsichtigt, den Verein aufzufordern, die Eigenleistung in Höhe von 50.000 € in anderer Form zu erbringen.

Da die Maßnahme Glückauf-Kampfbahn in voller Höhe im Haushalt finanziert ist, könnte durch Umschichtung von Finanzmitteln die Unterdeckung beim Sportplatz Charlottental auf **100.000 €** reduziert werden.

Darüber hinaus werden durch die beabsichtigten Zusammenfassungen der Ausschreibungen jeweils für die Kieselrotsanierung und jeweils für den Neubau Kostenvorteile erwartet, die zu einer weiteren Verringerung der Unterdeckung führen können.

2. Alternative

2.1 Die Kieselrotsanierung wird durchgeführt

2.2 Das Spielfeld wird mit Tennenbelag wieder hergestellt.

Die Ausbaualternative 2 entspricht dem ursprünglichen Vorschlag der Verwaltung. Eine dem entsprechende Veranschlagung (ohne die Mehrkosten in Höhe von 169.000 €) ist im Haushalt 2002 vorgenommen worden. Die Kosten und die Finanzierung würden sich bei dieser Alternative wie folgt darstellen:

Kosten

Kieselrotsanierung	295.000 €
Modernisierung in Tenne	181.000 €
<hr/>	
Summe	476.000 €

Finanzierung

	Zuschuss €	Eigenanteil €	Summe €
Kieselrotprogramm	236.000	59.000	295.000
Sportfördermittel	86.000	95.000	181.000
<hr/>			
Summe	322.000	154.000	476.000

Die Kosten für die Kieselrotsanierung in Höhe von 295.000 € und die Kosten für den Neuaufbau in Tenne in Höhe von 181.000 € sind im Haushalt veranschlagt und somit in voller Höhe gedeckt.

3. Alternative

- 3.1 Die Kieselrotsanierung und die Modernisierung werden nicht durchgeführt. Die Spielfelddecke wird im Rahmen der laufenden Unterhaltung aufgearbeitet.
- 3.2 Der Verein Siegener SC erhält ein Nutzungsrecht auf der Sportanlage Glückauf-Kampfbahn.
- 3.3 Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Zuschussgeber zu verhandeln, dass die Fördermittel für die Kieselrotsanierung und für die Modernisierung auf die ebenfalls Kieselrot belastete Sportanlage Helsbachtal in Eiserfeld für 2003 übertragen werden.

Der Siegener SC hat in seinem Schreiben vom 27.06.2002, das der Vorlage vom 01.07.2002 beigelegt war, unter anderem folgendes zum Ausdruck gebracht:

„Sollte allerdings auf unserem Nachbarplatz in Weidenau Kunstrasen „installiert“ werden und unser Platz in Tenne verbleiben, wäre dies nicht nur der „Todesstoß“ für unsere gesamte Jugendarbeit, sondern für den Verein insgesamt“.

Weiterhin führt der Verein aus:

*„...weil der Bau eines neuen Tennenplatzes im Charlottental wegen der hierdurch bedingten fehlenden Attraktivität der Todesstoß für unsere Fußballabteilung wäre und damit „**fortgeworfenes Geld**“ für die Stadt Siegen“.*

Aufgrund dieser Äußerungen des Vereins stellt sich für die Verwaltung die Frage, ob überhaupt eine Ausbauempfehlung für den Sportplatz Charlottental gegeben werden kann. In der Alternative 3 schlägt die Verwaltung vor, weder die Kieselrotsanierung noch die Modernisierung, auch nicht in Tenne, durchzuführen. In Anbetracht der Prognose des Vereins, dass eine Wiederherstellung in Tenne bei gleichzeitigem Ausbau der Glückauf-Kampfbahn in Kunstrasen, zur Auflösung des Vereins führen könnte, zumindest aber die Auflösung der Fußballabteilung zur Folge haben werde, hält die Verwaltung eine Sanierung und Modernisierung nicht für angezeigt.

Der Sportplatz würde in diesem Fall einer Grundpflege durch die Platzwarte der Stadt unter Einsatz der entsprechenden Sportstättenunterhaltungsgeräte unterzogen. Im Wesentlichen würden in diesem Rahmen folgende Arbeiten ausgeführt:

Beseitigen von Unebenheiten, Auflockern des Tennenbelages, Nachbesandung der gesamten Platzfläche, Beseitigung des unerwünschten Aufwuchses.

Die Kosten könnten aus dem laufenden Sportstättenunterhaltungsetat 2003 gedeckt werden.

Bei dieser Alternative sollten Möglichkeiten gefunden werden, dem Siegener SC ein Nutzungsrecht für einen Teil seiner Mannschaften auf der mit Kunstrasen ausgestatteten Glückauf-Kampfbahn sowohl für Trainingszwecke als auch für die Austragung von Spielen einzuräumen.

Um in den Genuss der Zuschüsse zu kommen, wird die Verwaltung mit dem Zuschussgeber verhandeln, dass die Zuschussmittel sowohl für die Kieselrotsanierung als auch für die Modernisierung ein weiteres Mal übertragen und im Haushaltsjahr 2003 für die ebenfalls Kieselrot belastete Sportanlage Helsbachtal in Eiserfeld eingesetzt werden. Die Chancen einer solchen Übertragung sind allerdings bei der derzeitigen Haushaltslage des Landes gering.

4. Alternative

4.1 Die Kieselrotsanierung wird durchgeführt.

4.2 Das Grundstück, ca. 6.500 m², wird vermarktet. Der Verkaufserlös wird zweckgebunden für die Sanierung/Modernisierung anderer Sportanlagen eingesetzt.

4.3 Der Verein Siegener SC erhält ein Nutzungsrecht auf der Sportanlage Glückauf-Kampfbahn.

Bei der Realisierung der Kieselrotsanierung im Rahmen der Alternative 4 stellen sich Kosten und Finanzierung wie folgt dar:

Kosten

Kieselrotsanierung	295.000 €
--------------------	-----------

Finanzierung

	Zuschuss €	Eigenanteil €	Summe €
Kieselrotprogramm	236.000	59.000	295.000

Der Eigenanteil der Stadt würde lediglich 59.000 € betragen. Mit der Kieselrotbeseitigung wäre eine kontaminationsfreie Fläche geschaffen, die vermarktet werden könnte.

Der Erlös könnte dann zweckgebunden für die Sanierung und Modernisierung anderer Sportplätze eingesetzt werden.

Dem Siegener SC wird ein weitgehendes Nutzungsrecht auf der neuen Kunstrasenfläche in der Glückauf-Kampfbahn eingeräumt. Die Kunstrasenfläche lässt eine intensivere und häufigere Benutzung zu. Unter diesem Aspekt und der mittlerweile vierjährigen Erfahrung mit der Kunstrasenfläche im Leimbachstadion dürfte es möglich sein, sowohl den VfB Weidenau als auch den Siegener SC in der Glückauf-Kampfbahn unterzubringen. Eventuell zeigen sich dabei Synergieeffekte in der Form, dass im Jugendbereich Mannschaften als Spielgemeinschaften antreten können.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt- bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforder- lich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
------------------------------	-----------------------	-----------------------------	--	---

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 236.000 86.000 295.000 181.000	Haushaltsstelle 1.560.3617.0 1.560.3611.0 1.560.9417.0 1.560.9411.0
--	-----------------------------------	-------------------------------	--	---

Anlagen: 2

Vorteile, Nachteile und Wirtschaftlichkeitsvergleich Tennenplatz - Kunstrasenplatz

Das Ingenieurbüro für Freiraumplanung Vennegeerts hat nach Vorlagen der Kunstrasenhersteller und aufgrund von Ermittlungen des Deutschen Instituts für Sportwissenschaften in Köln folgende Feststellungen getroffen:

	Tenneplatz	Kunstrasenplatz
<i>Pflege</i>	Egalisieren, walzen, beregnen	Abkehren, Kehrsaugen
<i>Belastbarkeit</i>	Bei Regen, Tau und Frost Gefahr von Deckenschäden, Verletzungen bei Stürzen	Jederzeit bespielbar
<i>Linien</i>	Mindestens zehnmal im Jahr nachlinieren	Dauerlinierung
<i>Jahresnutzung Maximal</i>	Ca. 1.500 Stunden	Ca. 2.500 Stunden
<i>Spielverhalten</i>	Wetterabhängig, nicht immer bespielbar	Allwetterplatz, gut und gleichmäßig

Unter Einbeziehung von Baukosten, Verzinsung, Generalüberholung und Folgekosten ergeben sich unter Anlegung der vorstehenden Jahresnutzung folgende Kosten für eine Übungsstunde:

	Benutzungsdauer	
	10 Jahre	20 Jahre
Tennenbelag	48,99 €	34,55 €
Sandkunstrasen	36,41 €	25,20 €

I. Beigeordneter
Ba/Rei

Siegen, 28.08.2002

Beigeordneter II

Modernisierung Charlottental;

hier: Entwurf einer Verwaltungsvorlage vom 23.08.2002, eingegangen am 27.08.2002

• Stellungnahme •

Aus Sicht des Unterzeichners muss die Vorlage mit einem Beschlussvorschlag versehen werden. Dieser kann sich nur an der auch vom Sport- und Bäderausschuss in seiner Sitzung am 18.07.2002 geforderten **haushaltsverträglichen** Lösung orientieren. Eine über die im Haushalt etatisierten Ausgabeermächtigungen hinausgehende Mittelbereitstellung ist angesichts fehlender Gegenfinanzierungsmöglichkeiten und unter Berücksichtigung der allseits bekannten dramatischen Haushaltslage der Stadt nicht möglich.

Insofern muss unter den in der Vorlage dargestellten haushaltsverträglichen Alternativen nach sportfachlichen Gesichtspunkten und der gegebenen Bedarfslage abgewogen werden.

Sollte die Beschlussfassung auf eine den Haushalt zusätzlich belastende Variante (z. B. Alternative 1) hinauslaufen, muss klar sein, dass hierfür die Deckung in der benötigten Größenordnung von 100.000 € bis 150.000 € aus dem Sportetat besorgt werden muss. Dabei bietet sich als Möglichkeit lediglich eine entsprechende Reduzierung der Mittel für die Modernisierung des Leimbachstadions an.

Im Übrigen ist für den Unterzeichner die Plausibilität der jetzt dargestellten Kostenreduzierung von immerhin 169.000 € gegenüber den noch in der Vorlage vom 01.07.2002 genannten Ausbaurkosten nicht erkennbar. Daneben ist darauf hinzuweisen, dass die in der Vorlage aufgezeigte Alternative 4 hinsichtlich zuwendungsrechtlicher Fragen noch der Abstimmung mit den Bewilligungsbehörden bedarf. Hierbei sind insbesondere die Fragen zu klären, ob für den angedachten Verwendungszweck überhaupt eine Förderung erfolgt und daneben ein zu erzielender Veräußerungserlös nicht zwangsläufig zu einer entsprechenden Zuschussreduzierung führt (so genannte rentierliche Kosten im Zuwendungsrecht).

Sollte die Vorlage von Ihnen unverändert in die städtischen Gremien weitergegeben werden, bitte ich, meine Stellungnahme als Anlage beizufügen.

gez.

Reinhold Baumeister
Stadtkämmerer

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Sport, Bäder
Bearbeitet von: Herrn Kreutz

Datum
28.06.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Sport- und Bäderausschuss	18.07.2002
Haupt- und Finanzausschuss	11.09.2002

Betreff:

**Sanierung / Modernisierung der städtischen Warmwasserfreibäder Kaan-Marienborn und Geisweid;
hier: Planungen**

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen als Planungsausschuss beauftragt die Verwaltung,

- a) bis zu den Beratungen des Haushaltes **2003** eine Planung zur Sanierung / Modernisierung des Warmwasserfreibades Kaan-Marienborn einschließlich Kostenübersicht zu erarbeiten,
- b) bis zu den Beratungen des Haushaltes **2004** eine Planung zur Sanierung / Modernisierung des Warmwasserfreibades Geisweid einschließlich Kostenübersicht zu erstellen und
- c) jeweils die Möglichkeiten einer Gewährung von Zuwendungen zu prüfen.

Sachverhalt / Begründung:

Wie bereits im vorgestellten Bäderkonzept dargelegt wird, ist der baulich-technische Zustand der Warmwasserfreibäder so mangelhaft, dass ihr Betrieb akut gefährdet ist. Kurzfristige Schließungen der beiden Einrichtungen können nicht mehr ausgeschlossen werden. Losgelöst von der übrigen Bäderlandschaft ist daher eine Sanierung / Modernisierung der Warmwasserfreibäder vorrangig voranzutreiben. In Anbetracht der Tatsache, dass die Bäderkonzeption bei allen vorgeschlagenen Varianten eine Beibehaltung und Instandsetzung der beiden Bäder vorsieht, ist ein abschnittweises Vorgehen sinnvoll.

a) Warmwasserfreibad Kaan-Marienborn

Gegenwärtig zeichnet sich ein dringender Sanierungsbedarf im Bereich der technischen Einrichtungen (Heizung, Filteranlage etc.), des gesamten Rohrleitungsnetzes sowie des Beckens (vor allem des Beckenkopfes) ab. Bei den Planungen für eine Beckeninstandsetzung sollten unterschiedliche Varianten untersucht werden. Neben dem klassischen gefliesten Becken wäre auch eine Ausführung mit einer Edelstahlwanne denkbar.

Vorgesehen ist, mit den Planungen nach der Sommerpause 2002 zu beginnen. Während der Winterphase könnten vorbereitende Maßnahmen durchgeführt sowie Ausführungsplanung und Leistungsverzeichnisse erstellt werden. Das Verfahren zur Vergabe der Aufträge könnte im Frühjahr 2003 erfolgen, so dass mit einem Beginn der Bauarbeiten unmittelbar nach Beendigung der Badesaison 2003 zu rechnen wäre. Ein Abschluss der Sanierung / Modernisierung bis zum Beginn der Badesaison 2004 wäre möglich.

Die Abteilung 7/5 ist personell und fachlich in der Lage, die notwendigen Planungsleistungen zu erbringen. Zusätzliche Planungskosten entstehen deshalb nicht.

b) Warmwasserfreibad Geisweid

Bei dieser Einrichtung ist ein ähnlicher Sanierungsstau wie beim Freibad Kaan-Marienborn gegeben.

Angedacht ist hier, die anstehenden Maßnahmen zeitversetzt um ein Jahr durchzuführen. Dies würde bedeuten, dass zur Badesaison 2005 ein saniertes Freibad eröffnet werden könnte.

Unter dieser Voraussetzung wäre es der Abteilung 7/5 wiederum möglich, die Planungen selbst zu erstellen. Eine zusätzliche Kostenposition für diese Leistungen müsste auch hier nicht gebildet werden.

c) Finanzierung der Baumaßnahmen / Gewährung von Zuwendungen

Über die Finanzierung der Baumaßnahmen wäre im Rahmen der Beratungen der Haushalte 2003 und 2004 zu befinden.

Die Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Sportstättenbaus sehen grundsätzlich eine Bezuschussung von Modernisierungsmaßnahmen bei Freibädern vor. Details wären nach Vorliegen der Planungen zu untersuchen. Inwieweit es zu einer tatsächlichen Förderung kommen könnte, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt allerdings nicht einschätzbar.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Dr. Rohr
 Stadtrat

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 3
Zentrales Finanzcontrolling
Bearbeitet von Gerold Urrigshardt

Datum
26.08.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

11.09.2002

Rat

25.09.2002

Betreff:

Bericht über den Haushaltsvollzug per 31.07.2002

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Bericht über den Haushaltsvollzug per 31.07.2002 zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

ALLGEMEINES

Seit Februar 2002 ist ein EDV-gestütztes Verfahren verwaltungsweit im Einsatz, welches ermöglicht, die Budgetverantwortlichen zeitgemäß und umfassend über die Abwicklung ihrer Budgets zu informieren. Von der Sachbearbeiterebene werden die einzelnen Haushaltsstellen im ersten Halbjahr zweimonatlich und in der zweiten Jahreshälfte monatlich mit einer Prognose zum voraussichtlichen Jahresergebnis 2002 versehen.

Diese Daten werden aufsteigend zu Abteilungsbudgets / Institutsbudgets, Fachbereichsbudgets, Geschäftsbereichsbudgets und abschließend zum Gesamthaushalt automatisch aggregiert. Durch die Abteilungs-, Instituts- und Fachbereichsleiter sind Aussagen zu der Abwicklung der Budgets gegenüber dem jeweils zuständigen Geschäftsbereichscontrolling zu festgelegten Terminen zu treffen. Die Budgetverantwortlichen sind aufgefordert, bei Bedarf Konsequenzen aus der Abwicklung des Budgets aufzuzeigen und – sofern erforderlich – Gegensteuerungsmaßnahmen einzuleiten.

Zum 30.04., 31.07. und 31.10. des laufenden Jahres ist das Zentrale Finanzcontrolling durch die Geschäftsbereiche über die Abwicklung der Geschäftsbereichsbudgets zu informieren. Zu den vorgenannten Berichtszeitpunkten sind die Organisationseinheiten gehalten, die entsprechenden Fachausschüsse über den Haushaltsvollzug in Kenntnis zu setzen und bei relevanten Abweichungen Maßnahmen zur Gegensteuerung aufzuzeigen.

Das Zentrale Finanzcontrolling unterrichtet den HFA und den Rat zu den vorgenannten Berichtsterminen über die Abwicklung und das voraussichtliche Jahresergebnis des Gesamthaushaltes.

1. **VERWALTUNGSHAUSHALT**

Zu den Hauptgruppen (Einnahme- und Ausgabearten) des Verwaltungshaushaltes sind in dieser Vorlage folgende Daten tabellarisch dargestellt:

- AO-Soll-Stände 30.04.2002 und 31.07.2002;
- Prognosen zum Jahresergebnis (Stand 30.04.2002 und 31.07.2002);
- betragliche und prozentuale Abweichung der Prognose zum 31.07.2002 vom HH-Soll.

1.1. Verwaltungshaushalt - Einnahmen - (in Mio. €)

	HH-Soll	AO-Soll 30.04.02	Prognose 30.04.02 zum Jahres- ergebnis 2002	AO-Soll 31.07.02	Prognose 31.07.02 zum Jahres- ergebnis 2002	Ab- weichung der Prognose 31.07.02 vom HH-Soll	Ab- weichung der Prognose 31.07.02 vom HH-Soll in %
Steuern, allg. Zuweisungen	120,85	62,16	109,50	89,00	111,12	-9,73	-8,05%
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	42,29	23,78	41,19	28,32	41,54	-0,75	-1,77%
sonstige Finanzeinnahmen	25,00	3,30	25,80	8,07	25,36	0,36	1,44%
Einnahmen gesamt:	188,14	89,24	176,49	98,90	178,02	-10,12	-5,38%

1.1. a) **Steuern, allgemeine Zuweisungen**

Nach dem derzeitigen Kenntnisstand wird das voraussichtliche Jahresergebnis im Bereich der Steuern und allgemeinen Zuweisungen mit einem Einnahmedefizit von rd. 9,73 Mio. € abschließen. Gegenüber der Prognose zum 30.04.2002 (Defizit von rd. 11,35 Mio. €) ergibt sich eine Verbesserung der Annahme zum Jahresergebnis um rd. 1,62 Mio. €.

Gewerbsteuer nach Ertrag

Trotz des gegenüber dem 30.04.2002 (rd. 24,63 Mio. €) um rd. 1,92 Mio. € erhöhten Anordnungs-Solls zum 31.07.2002 in Höhe von rd. 26,55 Mio. € geht die Fachverwaltung von einem voraussichtlichen Jahresergebnis von rd. 27,0 Mio. € bei der Gewerbsteuer nach Ertrag aus.

Damit bestätigen sich die zum 30.04.2002 aufgezeigten Erwartungen, wodurch weiterhin von einem Einnahmerückgang im Jahresergebnis von rd. 6,0 Mio. € gegenüber dem geplanten Haushaltsansatz (33,0 Mio. €) auszugehen ist.

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Das aktuelle Anordnungs-Soll belief sich zum 31.07.2002 auf rd. 15,12 Mio. € (rd. 1,44 Mio. € aus der Abrechnung 2001 sowie rd. 6,42 Mio. € für das I. Quartal 2002 und 7,26 Mio. € für das II. Quartal 2002). Dies entspricht 46,24 % des Haushaltsansatzes.

Auf der Basis des Bewirtschaftungsstandes 31.07.2002 wird von einer voraussichtlichen Einnahme zum Jahresende in 2002 von insgesamt rd. 29,64 Mio. € ausgegangen. Dies bedeutet gegenüber der Prognose zum 30.04.2002 (27,5 Mio. €) eine Verbesserung von rd. 2,14 Mio. €. Verantwortlich hierfür ist die nicht zu erwartende Steigerung der Einnahmen im II. Quartal im Verhältnis zum I. Quartal. Dieser Sachverhalt zeigt, wie schwierig sich die Abgabe einer abschließenden unterjährigen Prognose dieser zentralen Einnahmequelle gestaltet.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Aufkommensentwicklung im III. und IV. Quartal 2002 und somit der Anteil der Stadt Siegen an der Einkommensteuer entwickeln wird.

1.1. b) Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb

Das prognostizierte Jahresergebnis bei den Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb schließt mit einem Defizit von rd. 1,77 % bzw. rd. 0,75 Mio. € ab. Hierfür sind, wie zum Haushaltsvollzug 30.04.2002 ausgeführt, zum Großteil Mindereinnahmen aus verschiedenen Gebühren- und Entgeltbereichen ursächlich. Gegenüber der zum 30.04.2002 abgegebenen Prognose (Mindereinnahmen von rd. 1,1 Mio. €) ergibt sich eine Verbesserung von rd. 0,35 Mio. €.

1.1. c) Sonstige Finanzeinnahmen

Im Bereich der sonstigen Finanzeinnahmen wird von einer Verbesserung im Jahresergebnis von rd. 0,36 Mio. € ausgegangen. Dieses positive Ergebnis ist im Wesentlichen auf prognostizierte Mehreinnahmen aus Beteiligungserträgen zurückzuführen.

Bei dem zu erwartenden Gesamtergebnis in diesem Einnahmebereich wird unterstellt, dass die dort größte Einnahmeposition – die Zuführung vom Vermögenshaushalt in Höhe von 8 Mio. € (Verkauf von RWE-Aktien) – im laufenden Haushaltsjahr realisiert werden kann.

Zur Erreichung dieser Einnahmeerwartung wird auf die im nicht öffentlichen Teil zu beratende Vorlage bezüglich der Optimierung der Verwertung der RWE-Aktien verwiesen.

1.2. Verwaltungshaushalt - Ausgaben – (in Mio. €)

	HH-Soll 2002	AO-Soll 30.04.02	Prognose 30.04.02 zum Jahres- ergebnis 2002	AO-Soll 31.07.02	Prognose 31.07.02 zum Jahres- ergebnis 2002	Ab- weichung der Prognose 31.07.02 vom HH-Soll	Ab- weichung der Prognose 31.07.02 vom HH-Soll in %
sonstige Personalausgaben	2,23	0,95	2,13	1,41	2,13	-0,10	-4,48%
Persönliche Ausgaben SN A	55,56	19,79	56,26	30,88	55,92	0,36	0,65%
sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	42,83	19,16	43,20	25,42	42,61	-0,22	-0,51%
Zuweisungen und Zuschüsse	36,18	22,03	36,85	30,42	36,94	0,76	2,10%
sonstige Finanzausgaben	76,63	39,87	75,19	42,92	75,72	-0,91	-1,19%
<u>Ausgaben gesamt:</u>	213,43	101,80	213,63	131,05	213,32	-0,11	-0,05%

1.2. a) Sonstige Personalausgaben

Die sonstigen Personalausgaben werden sich voraussichtlich im Jahresergebnis um rd. 0,1 Mio. € verringern. Damit bleiben die Prognosedaten in diesem Bereich stabil.

1.2. b) Personalausgaben SN A

Der Bürgermeister hat am 28.05.2002 eine sechsmonatige Wiederbesetzungssperre für alle frei werdenden Stellen eingerichtet, um den zum 30.04.2002 erkennbaren Tendenzen im Personalkostensektor entgegenzusteuern. Die nunmehr vorliegende Prognose der Personalverwaltung geht von einer Umsetzung dieses personalwirtschaftlichen Instrumentariums aus und prognostiziert das voraussichtliche Jahresergebnis im Bereich des SN A auf rd. 55,92 Mio. €.

Dies bedeutet zum einen im Gesamtergebnis einen vorhersehbaren Ausgabenmehrbedarf von 0,36 Mio. € gegenüber dem Planansatz und zum anderen eine Verbesserung von rd. 0,34 Mio. € gegenüber der Prognose vom 30.04.2002.

1.2. c) Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand

Für diesen Ausgabenbereich hat der Unterzeichner für verschiedene Gruppierungsziffern, wie bereits in der Vorlage zum Haushaltsvollzug 30.04.2002 angekündigt, am 18.06.2002 eine haushaltswirtschaftliche Teilsperre gemäß § 28 GemHVO verfügt und den Rat in seiner Sitzung am 17.07.2002 hierüber in Kenntnis gesetzt. Das mit der Sperre vorgegebene Einsparpotential für diese Gruppierungsziffern beträgt rd. 1,2 Mio. €.

Grundsätzlich ist diese Vorgabe einzuhalten. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass wegen bestehender Sachzwänge in Teilbereichen der Verwaltung die verfügte Sperre nur in unterschiedlichem Umfang eingehalten werden kann, und in anderen Organisationseinheiten nach dem derzeitigen Kenntnisstand Mehrausgaben erforderlich sein werden. Die Organisationseinheiten werden die Fachausschüsse über die entsprechenden Details in Kenntnis setzen.

1.2. d) Zuweisungen und Zuschüsse

Die von der Verwaltung ursprünglich vorgesehene teilwirtschaftliche Haushaltssperre umfasste neben den Gruppierungen der Sach- und Betriebsausgaben auch den Bereich der Zuweisungen und Zuschüsse (vorgesehenes Einsparpotenzial rd. 0,08 Mio. €). Der Rat hat aber in seiner Sitzung am 17.07.2002 beschlossen, die Sperre für diesen Bereich aufzuheben.

Die im Jahresergebnis für die Zuweisungen und Zuschüsse vorhersehbare Ausgabenausweitung von rd. 0,76 Mio. € ist – wie bereits in der Vorlage zum Haushaltsvollzug 30.04.2002 dargestellt – maßgeblich durch Mehrausgaben im Bereich der Betriebskostenzuschüsse für Kindertageseinrichtungen in Höhe von rd. 1,26 Mio. € bedingt.

1.2. e) Sonstige Finanzausgaben

Aufgrund des prognostizierten Einnahmerückganges bei der Gewerbesteuer nach Ertrag werden Minderausgaben bei der Gewerbesteuerumlage in Höhe von voraussichtlich rd. 0,74 Mio. € erwartet. Bei der Finanzierungsbeteiligung Fond Deutsche Einheit wird sich das Jahresergebnis um rd. 0,39 Mio. € gegenüber der Planvorgabe verbessern.

Die v. g. Verbesserungen werden durch Mehrausgaben in anderen Bereichen teilweise aufgezehrt, so dass für diese Ausgabeart im Jahresergebnis mit Minderausgaben von rd. 0,91 Mio. € zu rechnen sein wird.

1.3. Verwaltungshaushalt - Entwicklung des Zuschussbedarfes - (in Mio. €)

	HH-Soll	AO-Soll 30.04.02	Prognose 30.04.02 zum Jahres- ergebnis 2002	AO-Soll 31.07.02	Prognose 31.07.02 zum Jahres- ergebnis 2002	Ab- weichung der Prognose 31.07.02 vom HH-Soll	Ab- weichung der Prognose 31.07.02 vom HH- Soll in %
<u>Einnahmen</u>							
<u>gesamt:</u>	188,14	89,24	176,49	125,39	178,02	-10,12	-5,38%
<u>Ausgaben</u>							
<u>gesamt:</u>	213,43	101,80	213,63	131,05	213,32	-0,11	-0,05%
<u>Zuschuss(-) / Überschuss(+)</u>	-25,29	-12,56	-37,14	-5,66	-35,30	-10,01	39,58%

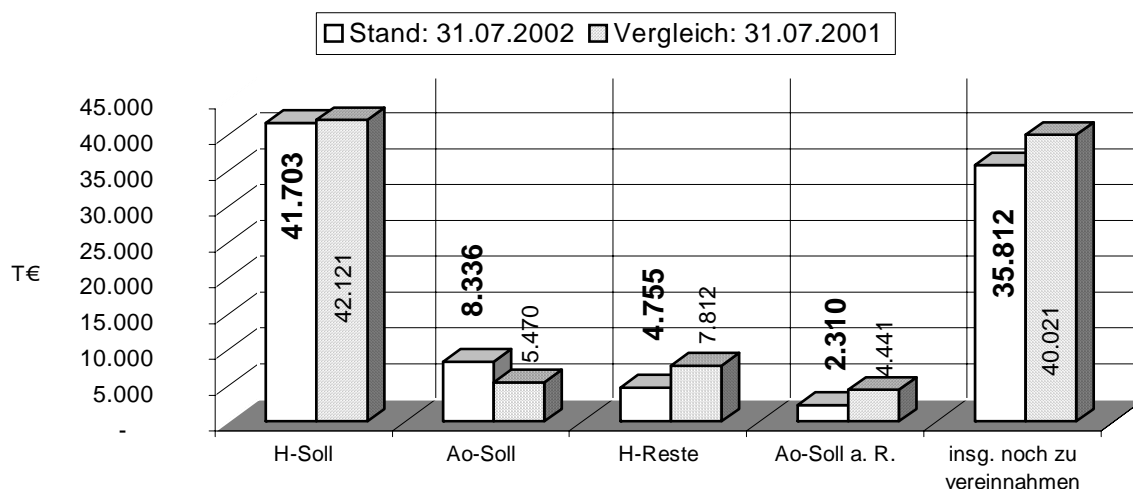
Der tabellarisch ausgewiesene Zuschussbedarf von rd. 25,29 Mio. € im Haushalts-Soll setzt sich aus dem zu finanzierenden Fehlbetrag aus Vorjahren in Höhe von rd. 23,70 Mio. € und einem für 2002 geplanten originären Defizit von rd. 1,59 Mio. € zusammen.

Auf der Grundlage der Prognosen der Organisationseinheiten aller Geschäftsbereiche zum 31.07.2002 erhöht sich das originäre Defizit in 2002 um voraussichtlich rd. 10,01 Mio. € auf rd. 11,60 Mio. €.

Wenn auch gegenüber der Prognose zum 30.04.2002 eine leichte Verbesserung eingetreten ist, so muss doch der bereits damals aufgezeigte Trend zur nachhaltigen Verwerfung städtischer Einnahmegrundlagen für das gesamte Haushaltsjahr 2002 bestätigt werden. Daneben lassen sich für 2003 abzeichnenden Perspektiven und Rahmenbedingungen für die kommunale Ebene und damit auch für die Stadt Siegen ein Szenario erkennen, das für eine Vielzahl von Städten und Gemeinden kaum noch beherrschbar sein wird.

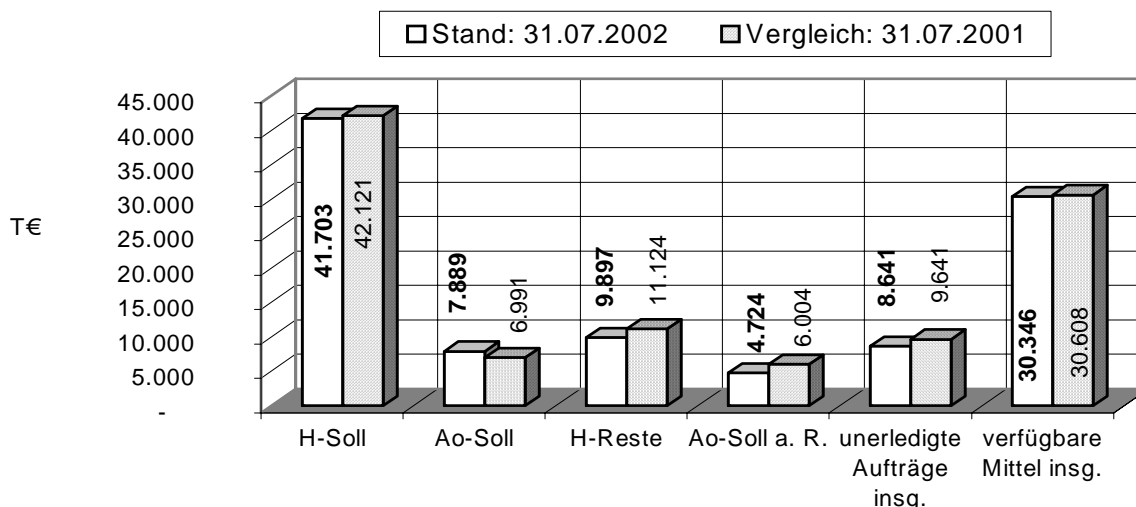
2. VERMÖGENSHAUSHALT

2.1 Vermögenshaushalt – E i n n a h m e n – (Tabelle in T€)



100% / 19,99% (12,99%) / 100% / 48,58% (56,85%) / 77,08% (80,15%)
(In Klammern: Werte zum 31.07.2001)

2.2 Vermögenshaushalt - A u s g a b e n – (Tabelle in T€)



100% / 19,92% (16,60%) / 100% / 47,73% (53,97%) / 16,75% (18,11%) / 58,81% (57,49%)
(In Klammern: Werte zum 31.07.2001)

2.3 Erläuterungen zur Abwicklung des Vermögenshaushaltes

Bis zur Genehmigung des Haushaltes durch den Landrat des Kreises Siegen-Wittgenstein – als untere staatliche Verwaltungsbehörde – am 22.05.2002 mussten die Vorschriften der vorläufigen Haushaltsführung beachtet werden.

Zum 31.07.2002 sind 41,19 % der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel durch getätigte Ausgaben und erteilte Aufträge gebunden. Im Vorjahr bestand, auch wenn die Genehmigung des Haushaltes ca. 6 Wochen später erfolgte, ein analoger Bewirtschaftungsstand (gebundene Mittel Stand 31.07.2001 = 42,51 %).

Neben den bis zum 31.07.2002 veranlassten Ausgaben (AO-Soll + AO-Soll auf Reste) von insgesamt 12,613 Mio. € (24,44 %) wurden Aufträge in einer Höhe von 8,641 Mio. € (16,75 %) erteilt.

Da sich einige Maßnahmen in 2002 noch in ihrer Startphase befinden, sind Prognosestellungen über das voraussichtliche Bewirtschaftungsergebnis im Vermögenshaushalt derzeit nicht angezeigt. Gleichwohl wird jedoch bereits jetzt von einem nicht unerheblichen Bestand an unbewirtschafteten Positionen zum 31.12.2002 ausgegangen, über deren weitere Verwendung (z. B. Haushaltsrest, Neuveranschlagung, Absetzung) am Jahresende entschieden werden muss. An dieser Stelle verweise ich auf die maßnahmenbezogene Berichterstattung der Organisationseinheiten in den jeweiligen Fachausschüssen.

Für die Untergruppe 935 – Vermögenserwerb – sowie die Gruppen 94, 95 und 96 (Baukosten, Planungskosten) gilt – sofern es sich um „Sammel-Haushaltstellen“ handelt – die verfügte haushaltswirtschaftliche Teilsperre in Höhe von 10 %. Das Einsparpotential durch dieses Instrumentarium wird für den Ausgabebereich des Vermögenshaushaltes auf maximal rd. 0,36 Mio. € geschätzt.

3. KASSENLAG

Wie bereits in der Verwaltungsvorlage zum Haushaltsvollzug per 30.04.2002 dargestellt, werden im laufenden Haushaltsjahr zur Gewährleistung eines gleichmäßigen Mittelabflusses und angesichts der Liquiditätslage der Stadtkasse im Ausgabebereich des Verwaltungshaushaltes quartalsweise 20 % der Haushaltsansätze zur Bewirtschaftung freigegeben.

Zum Jahresbeginn 2002 betrug das Kassenkreditvolumen zur Sicherung der Kassenliquidität rd. 48,57 Mio. €. Die in § 4 der Haushaltssatzung 2002 festgesetzte Obergrenze von 70 Mio. € für Kassenkredite wurde im 2. Quartal 2002 mehrfach tangiert. Zum Berichtszeitpunkt 31.07.2002 haben sich die Kassenkredite auf ein Niveau von rd. 64,59 Mio. € ausgeweitet. Gegenüber dem Stand des Vorjahres (31.07.2001) von rd. 57,78 Mio. € bedeutet dies eine Zunahme von rd. 11,78 %.

Die für die Kassenkredite aufzubringenden Zinssätze bewegen sich zum 31.07.2002 in einer Bandbreite zwischen 1,03 % und 3,34 %. Bis zum Berichtszeitpunkt wurden bereits rd. 1,6 Mio. € an Zinszahlungen zur Sicherung der Kassenliquidität aufgewendet. Der voraussichtlich aufzubringende Gesamtbetrag für Kassenkreditzinsen wird sich in diesem Haushaltsjahr auf rd. 1,9 Mio. € belaufen.

Nur aufgrund des derzeitigen günstigen Zinsniveaus ergeben sich somit voraussichtlich Mehrausgaben von „nur“ rd. 0,1 Mio. € für Kassenkreditzinsen gegenüber dem Haushaltsansatz.

In Vertretung

gez. Reinhold Baumeister

Reinhold Baumeister

I. Beigeordneter und Stadtkämmerer

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 3
Fachbereich Kämmerei
Bearbeitet von: Oda Fischer/Christoph Ermert

Datum
26.07.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

11.09.2002

Rat

25.09.2002

Betreff:

**Kenntnisnahme und Zustimmung zu den über- und außerplanmäßigen
Ausgaben des I. und II. Quartals 2002**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt von den über- und außerplanmäßigen Ausgaben des I. und II. Quartals des Haushaltsjahres 2002 Kenntnis, und zwar

im Verwaltungshaushalt (Anlage 1) 131.193,51 €

im Vermögenshaushalt (Anlage 2) 565.436,65 €

Sachverhalt / Begründung:

Nach den §§ 82 und 84 GO in Verbindung mit dem Ratsbeschluss über die Zuständigkeitsabgrenzung für die Genehmigung über- und außerplanmäßiger Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen vom 28.11.2001 sind die über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen dem Rat zur Kenntnisnahme vorzulegen, die nicht der vorherigen Zustimmung des Rates bedürfen.

Hiermit werden die im I. und II. Quartal 2002 entstandenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Verwaltungshaushaltes (Anlage 1) und des Vermögenshaushaltes (Anlage 2) zur Kenntnis vorgelegt.

Gemäß § 82 Abs. 1 GO ist die Deckung der über- bzw. außerplanmäßigen Ausgaben in jedem Einzelfall durch Mehreinnahmen oder Minderausgaben gegenüber der Haushaltsveranschlagung sichergestellt worden.

Die über-/außerplanmäßigen Ausgaben sind folgendermaßen abgedeckt:

1. Verwaltungshaushalt

Mehreinnahmen	77.080,51 €
Minderausgaben	<u>54.113,00 €</u>
Summe	131.193,51 €

2. Vermögenshaushalt

Mehreinnahmen	15.067,00 €
Minderausgaben	<u>550.369,65 €</u>
Summe	565.436,65 €

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Reinhold Baumeister
I. Beigeordneter und Stadtkämmerer

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Reinhold Baumeister
I. Beigeordneter und Stadtkämmerer

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 3
Zentrales Finanzcontrolling
Bearbeitet von Gerold Urrigshardt

Datum
26.08.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

11.09.2002

Betreff:

**Entwicklungen zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts
„Neues Kommunales Finanzmanagement (NKF)“**

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ausführungen zum Neuen Kommunalen Finanzmanagement zur Kenntnis.

Er beauftragt die Verwaltung, für interessierte Mitglieder des Rates und seiner Ausschüsse im vierten Quartal 2002 eine Informationsveranstaltung zu organisieren, in der

- die Grundlagen der Reform des Landes NW zur Einführung eines Neuen Kommunalen Finanzmanagements,
- die Modellkonzeption (Drei-Komponenten-System),
- erste Ergebnisse der Modellkommunen ,
- der zeitliche Fahrplan zum Gesetzgebungsverfahren des Landes NW

vorgestellt werden sollen.

Sachverhalt / Begründung:

Entwicklung des Gemeindehaushaltswesens in der Bundesrepublik Deutschland

Eine Neuorientierung für öffentliche Haushaltswirtschaft und Rechnungswesen hat sich durch das Haushaltsrechts-Fortentwicklungsgesetz vom 22.12.1997 ergeben, mit dem das Haushaltsgrundsätzegesetz novelliert wurde. Durch Beschluss der Innenministerkonferenz (IMK) vom 08.05.1998 wurde der Unterausschuss zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts (UARG) unter dem Vorsitz des Landes Baden-

Württemberg eingesetzt. Der Unterausschuss erhielt den Auftrag, Musterentwürfe für ein neues Haushaltsrecht auszuarbeiten und vorzulegen.

Nach dem Eckpunktepapier der IMK zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts soll auf der Grundlage des doppischen Haushalts- und Rechnungswesens ein Ressourcenverbrauchskonzept erarbeitet werden, das also umfassende Möglichkeiten eröffnet.

Hierzu zählen u.a.

- die Darstellung des Haushaltsplans auf der Basis des Ressourcenverbrauchs,
- eine leistungsfähige Kosten- und Leistungsrechnung,
- produktorientierte Kosten-, Qualitäts- und Leistungskennzahlen,
- die periodengerechte Darstellung des Gesamtressourcenverbrauchs mit Gesamtvermögensrechnung,
- eine zahlungsvorgangsorientierte Liquiditätssteuerung,
- ein unterjähriges Controllingsystem für die Verwaltungssteuerung,
- die Konsolidierung von Abschlüssen mit ausgegliederten Organisationseinheiten und Unternehmen.

Die Länder Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen haben sich für die alleinige Anwendung des doppischen Rechnungswesens ausgesprochen. Die nachfolgenden aufgeführten Modelle sind alle am doppischen Rechnungsstil ausgerichtet.

Land Baden-Württemberg: Stadt Wiesloch mit dem Speyerer Verfahren, Stadt Heidelberg, Karlsruhe, Landeshauptstadt Stuttgart u. a. mit Modellprojekten

Freistaat Bayern: Landeshauptstadt München, Stadt Passau, Kulmbach, Gemeinde Halbergmoos

Land Niedersachsen: Stadt Uelzen mit einem Modellprojekt

Land Hessen: Dreieich, Lahn-Dill-Kreis, Darmstadt-Dieburg

Land Nordrhein-Westfalen: Modellprojekt zur Einführung eines doppischen Kommunalhaushalts mit sieben Kommunen (Stadt Brühl, Stadt Dortmund, Landeshauptstadt Düsseldorf, Kreis Gütersloh, Gemeinde Hiddenhausen, Stadt Moers, Stadt Münster)

Die Länder gehen in ihren Reformbemühungen mit unterschiedlicher Geschwindigkeit und in Teilaspekten unterschiedlichen Konzeptionen voran.

Übereinstimmend wird jedoch die Auffassung vertreten, dass das bisherige kommunale Haushalts- und Rechnungswesen nur begrenzt in der Lage ist, die für die Steuerung und Kostenkontrolle einer modernen, bürgerorientierten Verwaltung erforderlichen Daten zur Verfügung zu stellen.

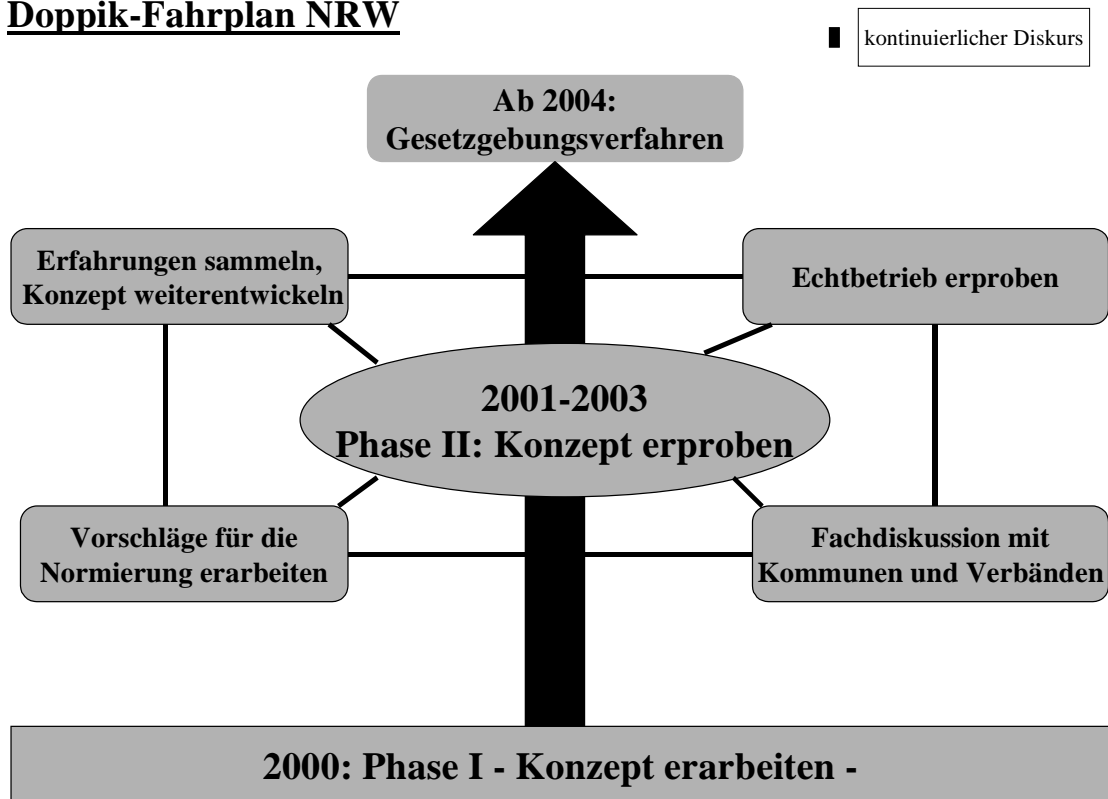
Daher wird die Ablösung durch ein an den Steuerungsanforderungen der Kommunen ausgerichtetes System mit den integrierten Bestandteilen Vermögensrechnung, Ergebnisrechnung, Finanzrechnung sowie Kosten- und Leistungsrechnung von allen o. g. Modellprojekten angestrebt.

Ziel der Innenministerkonferenz ist es, bis 2003/2004 Musterentwürfe zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts zu erstellen, die den vorgenannten Anforderungen Rechnung tragen.

Das Modellprojekt des Landes NW

Grundsätzlich ist es Sache der Länder, das kommunale Haushaltsrecht zu gestalten und festzulegen. Das Land NW sieht die verbindliche Einführung des „Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF)“ nach Abschluss des für 2004 vorgesehenen Gesetzgebungsverfahrens vor.

Doppik-Fahrplan NRW



In der Projektphase I haben das Innenministerium des Landes NW und die Unternehmensberatung Mummert & Partner die Ausarbeitung des Konzeptes durch fünf Modellkommunen (Stadt Brühl, Stadt Dortmund, Stadt Düsseldorf, Stadt Moers, Stadt Münster) fachlich begleitet. Mit der Erarbeitung des in der ersten Fassung 800 Seiten umfassenden Konzeptes haben die beteiligten Kommunen seit 1999 die Grundlagen für ein neues kommunales Haushalts- und Rechnungswesen selbst erarbeitet, welches an kommunalen Interessen ausgerichtet ist.

Nach der Veröffentlichung des Konzeptes im August 2000 hat die Projektphase II begonnen, in der im wesentlichen die theoretischen Inhalte des Konzeptes in der Praxis erprobt werden sollen. An der Projektphase II nehmen neben den Kommunen der Projektphase I zusätzlich die Gemeinde Hiddenhausen und der Kreis Gütersloh teil.

In allen sieben Modellkommunen, mit Ausnahme der Gemeinde Hiddenhausen (vollständige Umstellung in 2003 / 21.000 Einwohner), ist das Konzept in Teilbereichen (einzelne Organisationseinheiten) mit den Komponenten Planung, Bewirtschaftung und Jahresabschluss in 2002 eingeführt worden.

Während dieses Prozesses befinden sich die Modellkommunen im interkommunalen Austausch, um eine ständige Anpassung der Konzeption an die Erfordernisse der Praxis zu erreichen.

In 2002 ist bereits eine überarbeitete Konzeption (Betriebswirtschaftliche Grundlagen / 524 Seiten) zur Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements erschienen.

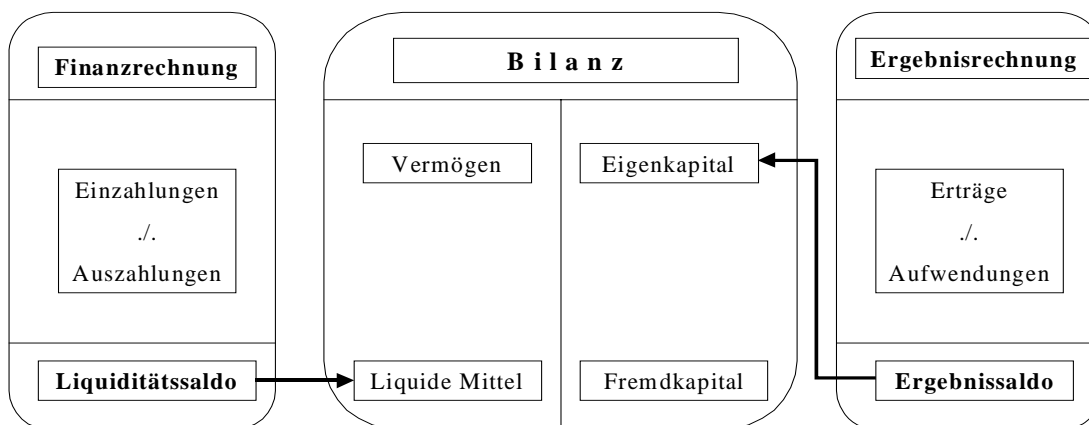
Zum 30.06.2003 soll die Projektphase II abgeschlossen sein, und im Anschluss daran sollen die erzielten Ergebnisse in einem Abschlussbericht veröffentlicht werden.

Die im Modellprojekt des Landes NW gewonnenen Erfahrungen und Vorstellungen fließen dann in die landes- und bundesweit geführte Diskussion und in das Gesetzgebungsverfahren für das neue doppelte kommunale Haushaltsrecht ein. Die Modellkommunen gehen derzeit davon aus, den gesteckten Zeitplan einhalten zu können.

Das Konzept der Modellkommunen geht von drei Komponenten des zukünftigen Haushalts- und Rechnungssystems,

- **der Bilanz,**
 - **dem Ergebnisplan und der Ergebnisrechnung,**
 - **dem Finanzplan und der Finanzrechnung**
- aus.

Das 3-Komponenten-System



Ergebnisplan und Ergebnisrechnung entsprechen der kaufmännischen Gewinn- und Verlustrechnung. Beide weisen Aufwendungen und Erträge nach und stellen somit die Ressourcenverbräuche vollständig und periodengerecht dar. Dies ist auch der Grund dafür, den zukünftigen Haushaltsausgleich an dem Saldo der Ergebnisrechnung festzumachen. Das Konzept sieht vor, dass z. B. Rückstellungen für Pensionen und unterlassene Bauunterhaltung als Aufwand bzw. Abschreibungen in die Ergebnisrechnung einfließen und somit in der entsprechenden Periode erwirtschaftet werden müssen, um den Haushaltsausgleich sicherzustellen.

Der **Finanzplan** und die **Finanzrechnung** beinhalten alle Einzahlungen und Auszahlungen, aus denen sich das Liquiditätssaldo ergibt, welches in Form des Kassenbestandes (liquide Mittel) in die zu erstellenden Bilanzen einfließt (entspricht im Wesentlichen der heute im kameralen System angewandten Einnahme- und Ausgabeplanung/-rechnung).

Die **Bilanz** weist das Vermögen, die Schulden und das Eigenkapital aus.

Auf dieser dargestellten Datengrundlage des Drei-Komponenten-Systems soll zukünftig der Jahresabschluss der Kernverwaltung erstellt werden. Daneben sieht das Konzept einen Konzernbericht vor, in dem zusätzlich zum Jahresabschluss der Kernverwaltung die Abschlüsse der Beteiligungen und ausgelagerter Organisationseinheiten einfließen. Das in diesem Jahr erschienene und überarbeitete Konzept sieht hierfür mittlerweile grobe Regeln für den Konsolidierungskreis nach festgelegten Konsolidierungsverfahren vor und beschreibt die anzuwendenden Konsolidierungsmethoden. Da die Erprobungsphase der Konzeptes zur Erstellung eines Abschlusses für die Kernverwaltung noch bis 30.06.2003 andauert, kann erst anschließend ein Konzernabschluss nach den bisherigen Vorstellungen angefertigt werden. Es ist eines der Hauptanliegen der Reform, den **Gesamtüberblick** über die finanzielle Situation der Kommune zu verbessern bzw. zurückzugewinnen.

Die Modellkommunen des Landes NW sehen vor, den zukünftigen Haushalt in bereits jetzt gebildete 40 Produktbereiche zu gliedern, die eine verbindliche Mindestgliederung darstellen sollen.

Den Kommunen soll es überlassen bleiben, unterhalb der Produktbereichsebene weitere Unterteilungen nach Produktgruppen und Produkten vorzunehmen. Das Land NW wird hierzu einen Produkt-Musterplan vorstellen, der nach den bisherigen Überlegungen aber nicht bindend sein soll, um kommunalspezifischen Eigenheiten Rechnung tragen zu können. Das Innenministerium hat in die Reformdiskussion die organisationsbezogene Gliederung des Haushaltes eingebracht. Nach diesem Ansatz sind die Produktbereiche und Produktgruppen den Organisationen zuzuordnen und darzustellen.

In der Projektphase II des Modellprojektes wird aufgrund der Entscheidung der beteiligten Modellkommunen der produktorientierte Gliederungsansatz in der praktischen Ausführung erprobt. Hierfür spricht nach deren Ansicht die verstärkte Fokussierung der politischen Beratungen und Entscheidungen auf die Leistungen und Ziele des Verwaltungshandelns. Durch diese Vorgehensweise wird die mit der Verwaltungsreform einhergehende Outputorientierung und das veränderte/angestrebte Zusammenwirken von Rat (Was soll erledigt werden?) und Verwaltung (Wie soll die Aufgabe erledigt werden?) konsequent umgesetzt.

Entwicklung auf städtischer Ebene

Mit seiner Organisationsverfügung vom 06.11.2001 hat der Bürgermeister den sich abzeichnenden Reformbestrebungen der Landesregierung NW Rechnung getragen und die Projektgruppe Neues Kommunales Finanzmanagement eingesetzt.

Die städtische Projektgruppe wird sich in den kommenden Jahren neben der Einführung der neuen Finanzsoftware mit den Thematiken

- Erfassung und Bewertung des städtischen Vermögens,

- Fort- und Weiterbildung bzw. Ausbildung des Personals,
- Überarbeitung des Produktkataloges des Haushaltsbuches 2000 der Stadt Siegen vor dem Hintergrund der Vorgaben des Landes NW (Modellprojekt NKF)

beschäftigen.

Die bisherigen Erfahrungen der Modellkommunen zeigen, dass frühzeitig mit der Inventarisierung des Vermögens begonnen werden muss (erheblicher Aufwand), damit die im zweiten Schritt zu bewertenden Vermögensgegenstände rechtzeitig in die ersten Teilbilanzen der Organisationseinheiten / Produktbereiche und zusammenfassend in die Eröffnungsbilanz der Gesamtverwaltung einfließen können.

Aus diesem Grunde werden die Organisationseinheiten der Verwaltung noch in diesem Jahr aufgefordert, der Projektgruppe mitzuteilen, wie (Datenverarbeitungsgrundlage/Kriterien) die Vermögensgegenstände inventarisiert sind und ob bzw. wie diese bereits evtl. bewertet wurden. Somit wird ein erster zusammenfassender Überblick über die Datenerfassung im Bereich des städtischen Vermögens geschaffen und weiterer Handlungsbedarf ersichtlich bzw. abgeleitet.

In 2003 soll dann mit der Erfassung des unbeweglichen Vermögens, und hier zunächst mit den städtischen Immobilien und Liegenschaften (auch vor dem Hintergrund des einzurichtenden Zentralen Gebäudemanagements erforderlich), nach den von dem Modellprojekt des Landes NW vorgegebenen Verfahren begonnen werden.

In Ausrichtung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement ist das Personal der Bereiche Kämmerei, Kasse, RPA und des Geschäftsbereichscontrolling besonders intensiv und umfassend aus- und fortzubilden. Hier gilt es, im Rahmen der Projektgruppenarbeit die genauen Bedarfe zu ermitteln und in die Planungen der Personalentwicklung zeitgerecht einfließen zu lassen. Erfahrungen der Modellkommunen zeigen, dass zur konkreten Umsetzung dieser „Jahrhundertreform“ zum einen eigenes Personal umfassend vorbereitet werden muss und evtl. die Einstellung externer Fachkräfte (z.B. Bilanzbuchhalter) erforderlich ist.

Das Haushaltsbuch 2000 der Stadt Siegen wies in seinem Produktplan 96 Produkte aus und muss vor dem Hintergrund der bisherigen Entwicklungen des Modellprojektes überarbeitet werden. In diesen Prozess wird die Projektgruppe das Geschäftsbereichscontrolling aller Geschäftsbereiche und die Organisationseinheiten zu gegebener Zeit einbeziehen.

Projektgruppe NKF des Facharbeitskreises Haushaltswesen der Kommunalen Daten-Zentrale Westfalen-Süd (KDZ)

Ein Teil der städtischen Projektgruppenmitglieder gehören der „Projektgruppe NKF“ des Facharbeitskreises Haushaltswesen der KDZ an. An dieser Projektgruppe sind darüber hinaus neben der KDZ der Kreis-Siegen Wittgenstein, der Kreis Olpe, die Stadt Kreuztal, die Gemeinde Neunkirchen, die Stadt Lennestadt, die Gemeinde Wenden und die Stadt Laasphe beteiligt.

Eine der Zielsetzungen der Projektgruppe der KDZ war es, bis zum 30.06.2002 eine einvernehmliche Entscheidungsfindung zur Anschaffung einer neuen Finanz-Software für das gesamte Verbandsgebiet der KDZ herbeizuführen.

Zum anderen sollen zukünftig gemeinsame Strategien zur Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements entwickelt und Synergieeffekte genutzt werden.

Die Projektgruppe hat dem Verwaltungsrat der KDZ für seine Sitzung am 07.06.2002 zur Anschaffung einer neuen Finanzsoftware eine umfangreiche Entscheidungsvorlage vorgelegt. Auf dieser Grundlage hat sich der Verwaltungsrat der KDZ für die Anschaffung der Finanzsoftware Kommunales Integriertes Rechnungs- und Planungssystem (K-IRP) entschieden.

Von den sieben Modellkommunen des Landes NW arbeiten derzeit vier mit der Finanzsoftware K-IRP, da diese

- neben dem kameralen ein doppisches Modul,
- eine Anlagenbuchhaltung zur Erfassung und Bewertung des Vermögens,
- eine Kostenrechnung,
- eine produktorientierte Haushaltsgliederung

in einem integrierten System vorhält und somit den Anforderungen des Modellprojektes des Landes NW Rechnung trägt.

Die KDZ beabsichtigt in der zweiten Jahreshälfte 2002 ihren eigenen Haushalt 2003 mit der zur Verfügung stehenden neuen Software auf kameraler Basis zu planen.

Darüber hinaus sieht die KDZ in 2003 vor, bei den ihr angeschlossenen Kommunen bereits Einführungsprojekte zu starten, die die Planung des Haushaltes 2004 auf kameraler Basis und einen vollständigen Einsatz der neuen Finanzsoftware ab dem 01.01.2004 ermöglichen.

Die Stadt Siegen plant, in Abstimmung mit der KDZ, den frühestmöglichen Einsatz der neuen Software und somit die Ablösung der derzeit genutzten und mittlerweile über 20 Jahre alte HKR-Software.

Es ist zwingend erforderlich, dass sich die Verwaltung zeitnah und zielgerichtet auf den Reformprozess zur Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements schon jetzt vorbereitet und rechtzeitig erforderliche Maßnahmen einleitet.

Hierzu bedarf es der intensiven Einbindung der politischen Gremien. Nur ein zwischen Politik und Verwaltung abgestimmtes Verfahren wird einen homogenen und möglichst reibungslosen Reformprozess zur Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements gewährleisten.

Als ersten Schritt schlägt die Verwaltung hierzu vor, im vierten Quartal dieses Jahres eine Informationsveranstaltung für alle interessierten Mitglieder des Rates und seiner Ausschüsse durchzuführen, in der das Modellprojekt „Neues Kommunales Finanzmanagement (NKF)“ des Landes NW umfassend vorgestellt wird.

In Vertretung

gez. Reinhold Baumeister

Reinhold Baumeister

I. Beigeordneter und Stadtkämmerer

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 7 / Stadtplanung
Bearbeitet von: Herrn Brede

Datum
19.08.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Bauausschuss	02.09.2002
Haupt- und Finanzausschuss	11.09.2002
Rat	25.09.2002

Betreff:

I. Bebauungsplan Nr. 247 "Giersberg-Ost";

- hier:** ➤ **Ergänzungsvorlage der Verwaltungsvorlage Nr. 1854 / 2002 vom 25.02.2002**
- **Auf § 31 GO NW wird hingewiesen**
 - **Teilung des Bebauungsplangebietes in Teil A (östlicher Teil) und Teil B (westlicher Teil)**
 - **Beschluss des Bebauungsplangebietes Nr. 247 "Giersberg-Ost" Teil A als Satzung**

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Stadt Siegen beschließt, die Beschlussvorschläge Ziff. 1.3 und 1.4 der Vorlage Nr. 1854 / 2002 vom 25.02.2002 nicht zu beschließen.
2. Der Rat der Stadt Siegen beschließt, im Anschluss an die Beschlüsse 1.1, 1.2 sowie 1.5 der Vorlage Nr. 1854 / 2002 vom 25.02.2002
 - 2.1 das Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 247 "Giersberg-Ost" in die Teile A (östlicher Teil) und B (westlicher Teil) gemäß Anlage 1 (Lageplan) zu teilen;
 - 2.2 den Bebauungsplan "Giersberg-Ost" Teil A (östlicher Teil) gemäß § 10 Bau-gesetzbuch als Satzung.

Sachverhalt / Begründung:

Das Verwaltungsgericht Arnsberg hat in seinem Beschluss vom 21.05.2002 die aufschiebende Wirkung der Klage des Antragstellers (Naturschutzbund Deutschland - NABU) wiederhergestellt. Somit ist die am 24.01.2002 angeordnete sofortige Vollziehung des Ausnahmebescheides des Kreises Siegen-Wittgenstein vom 07.09.2001 aufgehoben.

Die Stadt Siegen geht davon aus, dass eine vollziehbare Ausnahmegenehmigung Voraussetzung ist für die Rechtssicherheit des Bebauungsplanes und dass nicht dem späteren Bauherrn die Einholung der Ausnahmegenehmigung für sein Vorhaben "Hausbau" obliegt.

Hierbei könnte es zu einem unkalkulierbaren Haftungsrisiko für die Stadt Siegen als Satzungsgeber kommen.

Seitens der Stadt Siegen wird auch unter Berücksichtigung des Verwaltungsgerichts-Urteils vom 21.05.2002 (Eilverfahren) die Auffassung vertreten, dass ein Satzungsbeschluss für den westlichen Teil des Planbereiches nur gefasst werden kann, wenn eine Vollziehbarkeit der Ausnahmegenehmigung des Kreises Siegen-Wittgenstein gegeben ist.

Deshalb wird für den unbestrittenen östlichen Teil des Plangebietes ohne Biotop der Satzungsbeschluss vorgeschlagen.

Die Teilung des Gebietes erfolgt unter dem Aspekt der unbestimmten Zeitschiene für das Klageverfahren beim Verwaltungsgericht Arnsberg, dem für die Ausnahmegenehmigung aufschiebende Wirkung zukommt.

Ziel der Stadt Siegen ist weiterhin, für das gesamte Plangebiet Satzungsrecht zu erreichen. Mit dieser Maßgabe sollte das verwaltungsgerichtliche Verfahren fortgesetzt werden.

Durch die vorgeschlagenen Verfahren kann dem Verwaltungsgericht Arnsberg verdeutlicht werden, dass die Stadt Siegen ein ernsthaftes Interesse daran hat, zumindest kurzfristig einen großen Teil des geplanten Baugebietes zu realisieren, ohne damit die Gesamtplanung aufgeben zu wollen.

Die mit der Teilung des Plangebietes verbundenen Nachteile, die sich im Plangebiet Teil A (östlicher Teil) ergeben, sind für eine Interimszeit bis zur Realisierung der Gesamtplanung "Giersberg-Ost" hinnehmbar.

Die vorgesehene Teilrealisierung des Plangebietes wird jedenfalls dazu führen, dass die im Vordergrund stehenden bevölkerungspolitischen Aspekte im positiven Sinn gefördert werden.

Verkehrerschließung

Die Erschließung des östlichen Teils erfolgt - wie in der Begründung ausgeführt - über die Planstraße 1, die im Norden an die Giersbergstraße (K 5) mit einem Kreiselschienenanschluss angeschlossen wird.

Da nach der Teilung vorläufig keine Durchfahrtsmöglichkeit für den Fahrzeugverkehr mehr besteht, wird die Planstraße 1 mit einer provisorischen Wendefläche versehen unter teilweiser Inanspruchnahme der Stellplätze vor dem geplanten Kindergarten und ca. 100 m² der Kindergartenfläche.

Eingriffe in Natur und Landschaft

Die Ausgleichsregelung für den Gesamtplan bleibt von der Teilung unberührt, da für den Teil A (östlicher Teil) die Abgrenzung und Zuordnung der Ausgleichsflächen und Maßnahmen so gewählt ist, dass im Teil A ein entsprechendes Ausgleichsverhältnis wie im Gesamtplan besteht.

Ver- und Entsorgung

Die geplante Versorgung des Plangebietes Teil A (östlicher Teil) erfolgt - wie in der Begründung beschrieben - durch Anschluss an die vorhandenen Netze. Das geplante Entwässerungskonzept sah bereits eine separate Entwässerung der östlichen und westlichen Planbereiche vor.

Somit ändert sich an diesem Konzept nichts; das in der Begründung beschriebene System wird beibehalten.

Kosten für Teil A (östlicher Teil)

Die überschlägig ermittelten Kosten für die städtebaulichen Maßnahmen zur Realisierung dieses Bebauungsplanes betragen voraussichtlich 5,9 Mio. €. Darin enthalten ist der Straßenbau mit Beleuchtung und Begrünung, der Kanalbau und der Ausbau der Ausgleichsflächen (jeweils ohne Grundstückswert). Die Mittel zur Finanzierung des Stadtanteiles sind im Haushaltsplan bereitzustellen. Der verbleibende Kostenanteil wird durch Erschließungsbeiträge und durch Ausgleichszahlungen zu decken sein.

Die Ausgleichskosten für die Versiegelung der Verkehrsflächen werden im Rahmen der Erschließungsbeiträge refinanziert. Für die Erhebung der Ausgleichszahlungen für die Versiegelung der Bauflächen ist nach der beschlossenen Satzung gemäß § 135 c BauGB vom 03.12.2001 zu verfahren.

Flächenaufteilung / städtebauliche Daten

<i>Gesamtplangebietsgröße</i>	<i>37,2 ha</i>
-------------------------------	----------------

Teil A (östlicher Teil)	24,6 ha
Teil B (westlicher Teil)	12,6 ha

Wohneinheiten (WE) östlicher Teil

eingeschossig	132 WE
zweigeschossig	<u>215 WE</u>
	347 WE

Neue Wohnbaufläche	96.500 m ²	278 m ² /WE
Wohneinheiten	347 WE	

Die Angaben in Prozent der Flächenanteile für das gesamte Plangebiet gelten nicht für die Teilbereiche. Hier gibt es Verschiebungen innerhalb der Bereiche.

An der Planstraße 1 wird im Norden ein Wertstoffdepot errichtet.

Die mit der Gebietsteilung verbundene Reduzierung des geplanten Straßennetzes führt nicht zu einer Änderung der Grundzüge der Planung im Sinne des Städtebaurechtes, so dass auf eine erneute Offenlegung des Planentwurfes verzichtet werden kann.

Soweit Anregungen von Trägern öffentlicher Belange (TÖB) und Privaten für den Gesamtplan (Teile A und B) gegeben worden sind, gelten diese auch für das Teilplangebiet A (östlicher Teil). Ausgenommen hiervon sind lediglich die Anregungen, die ausschließlich den Biotopschutz im Planbereich B (westlicher Teil) betreffen.

Der Verwaltungsvorschlag zur Berücksichtigung der einzelnen Anregungen gilt insoweit auch für die Beschlussfassung zum Teil A (östlicher Teil).

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	Jährliche Folgekosten	FINANZIERUNG Eigenanteil	FINANZIERUNG Objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich

VERANSCHLAGUNG

<input type="checkbox"/> im VermH 2002	<input type="checkbox"/> im VerwH 2002	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
--	--	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Brune
Stadtbaurat

Anlagen : 1

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 7 / Stadtplanung
Bearbeitet von: Planungsgemeinschaft Ante /
Backfisch / Stein
Herrn Lüster (FB 7/1)

Datum
10.06.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Bezirksausschuss VI-Eiserfeld	20.06.2002
Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie	11.07.2002
Bauausschuss	02.09.2002
Haupt- und Finanzausschuss	11.09.2002
Rat	25.09.2002

Betreff:

Bebauungsplan Nr. 250 "Im Boden" im Stadtteil Oberschelden;

hier: ➤ Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
➤ Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB
➤ Abwägung der Ergebnisse der Bürgerbeteiligung
➤ Abwägung der Ergebnisse der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TÖB) sowie die Abstimmung mit den Nachbargemeinden
➤ Beschluss des Planentwurfes und seine öffentliche Auslegung
➤ Vorstellung des Entwurfes der örtlichen Bauvorschriften im Bereich des Bebauungsplanentwurfes Nr. 250 "Im Boden"

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

1. Gem. § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 250 "Im Boden" im Stadtteil Oberschelden. Das Plangebiet (siehe Übersichtsplan Anlage 1) wird begrenzt durch die Straße "Am Tredenbergr", die Johannes-Spies-Straße und die freie Landschaft.

2. die im Rahmen der Bürgerbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Anregungen zu dem vorliegenden Bebauungsplanentwurf Nr. 250 "Im Boden" gemäß den als Anlage 5 beigefügten Stellungnahmen 1 - 17 (Abwägung) zu behandeln;
3. gem. § 3 Abs. 2 BauGB den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 250 "Im Boden" mit Begründung einschl. Umweltbericht und seine öffentliche Auslegung;
4. der Rat der Stadt Siegen nimmt den Entwurf der örtlichen Bauvorschriften (Anlage 7) zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, das Verfahren zur Erlassung der Satzung gem. § 86 BauO NW durchzuführen.

Sachverhalt / Begründung:

Bereits seit den 70er Jahren wird das Gebiet "Im Boden" als zukünftiges Bauland diskutiert. Im wirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Siegen ist dieses Gebiet als Allgemeines Wohngebiet dargestellt.

Das Wohnbauflächenkonzept der Stadt Siegen aus dem Jahre 2001 sieht das Gebiet "Im Boden" als potentielle Wohnbaufläche vor. Es ist Ziel der Wohnungspolitik, dass mittel- und langfristig die Stadt Siegen in ihrer Funktion als Wohnstandort gestärkt und attraktiv entwickelt werden soll. Hierzu sollen auch kleinere Baugebiete in den einzelnen Ortsteilen für den Bedarf der dort ansässigen Bevölkerung geschaffen werden. Trotz rückläufiger Bevölkerungszahlen in Siegen ist die Nachfrage nach Bauland für Ein- und Zweifamilienhäuser ungebrochen. Der Wunsch, insbesondere von jungen Familien mit Kindern, nach Wohnmöglichkeiten "im Grünen" führt dazu, dass viele Familien das günstigere Angebot an Bauflächen in den ländlichen Nachbargemeinden nutzen.

Auf der Grundlage einer Standortuntersuchung der Universität Siegen, Fachbereich Städtebau, hat der Bauausschuss in seiner Sitzung am 05.03.2001 beschlossen, dass auf der Variante I dieser Untersuchung mit ca. 10 zusätzlichen Baugrundstücken aufzubauen ist und gemäß dieser Maßgabe das Bebauungsplanverfahren eingeleitet werden soll.

Am 20.11.2001 hat der Vergabeausschuss des Rates der Stadt Siegen beschlossen, die Planungsgemeinschaft Ante / Backfisch / Stein aus Siegen mit der Erarbeitung des Bebauungsplanentwurfes der Grünordnungs- und Landschaftsplanung sowie der Erschließungsplanung für den Bebauungsplan Nr. 250 "Im Boden" zu beauftragen. Nach der verwaltungsinternen Abstimmung im Februar 2002 mit unterschiedlichen städtebaulichen Vorentwürfen ist der Bebauungsplanvorentwurf einschl. Eingriffs- / Ausgleichsbilanzierung und Umweltbericht für die Bürger- und Trägeranhörung erarbeitet worden. Die Erschließungsplanung ist unmittelbar in den Planentwurf integriert worden. Für das "Neubaugebiet" im Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 250 "Im Boden" sind darüber hinaus örtliche Bauvorschriften gem. § 86 BauO NRW im Entwurf erarbeitet worden. Hierdurch soll für das Neubaugebiet, das im bisherigen Außenbereich liegt, im Anschluss an die bestehende Wohnbebauung ein Rahmen für eine regionaltypische Baugestaltung abgesteckt werden. Somit soll am Ortsrand von Oberschelden im unmittelbaren Übergang zur freien Landschaft einer zu heterogenen Ausgestaltung der Gebäude und Freiflächen entgegengewirkt werden. Der Entwurf der örtlichen Bauvorschriften (Anlage 7) wird in der Sitzung vorgestellt.

Der Termin der frühzeitigen Bürgerbeteiligung zu dieser Bauleitplanung gem. § 3 Abs. 1 BauGB ist in der örtlichen Presse am 03.04.2002 ortsüblich bekannt gemacht worden. Die Unterrichtung der Bürger geschah in der Weise, dass die städtebaulichen Planentwürfe und der Entwurf der örtlichen Bauvorschriften in der Zeit vom 11.04.2002 bis einschl. 25.04.2002 im Rathaus Geisweid zur Einsicht, Erläuterung und Erörterung öffentlich ausgehängt wurden.

Diese Informationsmöglichkeit stieß auf reges Interesse. Über 50 Bürgerinnen und Bürger haben die städtebaulichen Planungen eingesehen und sich erläutern lassen. Weiterhin ist eine Vielzahl von Schreiben / Anregungen eingegangen.

Die Träger öffentlicher Belange sowie die Nachbargemeinden der Stadt Siegen sind mit Schreiben vom 05.04.2002 gem. § 4 Abs. 1 BauGB beteiligt worden.

Die vorgebrachten Anregungen und Hinweise der Bürger und Träger öffentlicher Belange (TÖB) sowie der Nachbargemeinden sind als Anlage 6 dieser Verwaltungsvorlage beigelegt und sind ebenso wie die Abwägungen Bestandteil der Vorlage.

Im Bebauungsplanentwurf einschl. Begründung mit Umweltbericht sind gegenüber dem Vorentwurf der Bürger- und Trägeranhörung folgende wesentliche Änderungen und Ergänzungen für die Offenlage aufgenommen worden:

- Erweiterung des Geltungsbereiches nördlich der Straße "Am Tredenbergr" (um die Flurstücke 17, 194, 193 und 15). Hier wird ein Wohnbereich für die Errichtung von drei bis vier Wohnhäusern festgesetzt, die die vorhandene Erschließungsstraße "Am Tredenbergr" nutzen können. Im rückwärtigen Bereich wird durch eine private Grünfläche der Ortsrand eingegrünt und der bauliche Eingriff kompensiert. Dieser Teilbereich ist zwar nicht im wirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Siegen als Wohnbaufläche dargestellt, widerspricht jedoch nicht dem Entwicklungsgebot des § 8 Abs. 2 BauGB, da die Grundzüge der Art der Bodennutzung sich nur unwesentlich ändern und in anderen Teilbereichen des Plangebietes gegenüber der Darstellung des Flächennutzungsplanes zurückgeblieben wird. Darüber hinaus sind die Darstellungen des Flächennutzungsplanes nicht parzellenscharf dargestellt.
- Die detaillierte Zuordnung der Ausgleichsflächen für die baulichen Eingriffe in Natur und Landschaft durch den Straßenbau und die zukünftige Wohnbebauung wird entsprechend festgesetzt und gekennzeichnet. Die Ausgleichsmaßnahmen für den Straßenbau werden über die Erschließungsbeitragssatzung der Stadt Siegen und die Kostenerstattungsbeiträge für die privaten baulichen Eingriffe durch die Satzung der Stadt Siegen zur Erhebung von Kostenerstattungsbeiträgen für naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen nach § 135 a bis 135 c BauGB vom 03.12.2001 abgerechnet.
- An der Straße "Im Boden" im Bereich des geplanten Kinderspielplatzes wird eine Versorgungsfläche zur Errichtung einer Trafostation des RWE festgesetzt.
- Um die Neubauten bezüglich ihrer Höhenentwicklung besser in den Landschaftsraum einzubinden, ist eine talseitige Traufhöhe von 6,50 m festgesetzt.
- Die Planstraße 3 (Stichweg im südöstlichen Planbereich) ist als verkehrsberuhigter Wohnweg rechtwinklig an die Johannes-Spies-Straße angebunden. Diese verkehrsgerechte Anbindung ist innerhalb der festgesetzten Straßenverkehrsflächen möglich.

- Im Kapitel 8 der Begründung "Ver- und Entsorgung" sind die Aussagen zur Versickerung des Niederschlagswassers im Gebiet entsprechend den Vorabstimmungen mit dem Staatlichen Umweltamt und der Wasserbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein sowie dem Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen (ESi) ergänzt, um den Anforderungen des § 51 a Landeswassergesetz zu entsprechen.
- Die Grünordnungsplanung einschl. Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung ist entsprechend der überarbeiteten Planung angepasst.
- Redaktionelle Änderungen und Ergänzungen des landschaftspflegerischen Fachbeitrages und des Umweltberichtes.

Weitere Einzelheiten zur Planung sind der Begründung (Anlage 4) zu entnehmen.

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN ☒ ja bei Realisierung der Maßnahme ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	Jährliche Folgekosten	FINANZIERUNG Eigenanteil	FINANZIERUNG Objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich

VERANSCHLAGUNG

<input type="checkbox"/> im VermH 2002	<input type="checkbox"/> im VerwH 2002	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
--	--	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Brune
Stadtbaurat

Anlagen

- Anlage 1 Übersichtsplan B-Plan
- Anlage 2 Städtebaulicher Vorentwurf (Struktur einer möglichen Bebauung)
- Anlage 3 Planentwurf B-Plan Nr. 250 "Im Boden" (Plan DIN A4 verkleinert und Legende als DIN A4-Kopien)
- Anlage 4 Begründung zum B-Plan Nr. 250 "Im Boden" mit Umweltbericht
- Anlage 5 Abwägung / Stellungnahmen zu den eingegangenen Anregungen der Bürger- und Trägerbeteiligung (TÖB)
- Anlage 6 Schreiben der Bürger und der Träger öffentlicher Belange (TÖB) mit Anregungen
- Anlage 7 Entwurf der örtlichen Bauvorschriften (Gestaltungssatzung)

B e g r ü n d u n g

einschl. Umweltbericht

zum Bebauungsplan Nr. 250 "Im Boden"
im Stadtteil Siegen-Oberschelden

1. Allgemeine Vorbemerkungen und Planungsanlass

Bereits seit den 70er Jahren - noch vor der Eingemeindung Oberscheldens in die Stadt Siegen - wird das Plangebiet "Im Boden" als potentielles Bauland diskutiert. Im Flächennutzungsplan der Stadt Siegen ist es als Wohnbaufläche dargestellt und seit 1986 liegt ein Bebauungsplanentwurf für das Gebiet vor. Teile der vorgesehenen Bebauung wurden schließlich auf der Rechtsgrundlage einer Abrundungssatzung gem. § 34 BauGB realisiert.

Die ungeklärte Erschließungsfrage - erforderlicher Ausbau möglicher Zufahrtsstraßen, Verlegung des Hauptsammlers - ließ die Planungen immer wieder ruhen.

In den letzten Jahren wurde nun von den Bürgern Oberscheldens verstärkt die Nachfrage nach Wohnbauland gestellt und eine Weiterführung der Planung intensiv angeregt.

1999 wurde von Städtebaustudenten des Fachbereiches Architektur der Universität Gesamthochschule Siegen eine Standortuntersuchung zu potentiellen Baugebieten in Oberschelden erarbeitet, die verschiedene Varianten zu Erschließung und Bebauung des Plangebietes "Im Boden" zum Ergebnis hatte. Die Variante I bildet die Grundlage für die weiterführende Planung, den Bebauungsplan Nr. 250 "Im Boden".

Im Wohnbauflächenkonzept der Stadt Siegen vom August 2001 ist dieser Bereich als potentielle Wohnbaufläche dargestellt und soll in den nächsten Jahren zur Bedarfsabdeckung für den Stadtteil Oberschelden entwickelt werden.

Geplant ist nunmehr ein qualitätsvolles Wohngebiet in attraktiver Wohnlage, das sowohl die vorhandenen landschaftlichen Elemente als auch die gewachsenen Bebauungsstrukturen Oberscheldens berücksichtigt und in die Planung miteinbezieht.

Vorgesehen sind rd. 45 Baugrundstücke zwischen 400 m² und 700 m², die über die Verlängerung der Straße "Im Boden" und zwei neue Erschließungsstraßen, die an den "Tredenber" bzw. an die Johannes-Spies-Straße anbinden, erschlossen werden.

2. Lage im Ort

Das Baugebiet "Im Boden" liegt im Stadtteil Oberschelden. Die bebaute Ortslage von Oberschelden wird in südwestlicher Richtung durch ein neues Wohngebiet erweitert.

Geltungsbereich

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 250 "Im Boden" wird wie folgt begrenzt:

Im Norden	durch die nördliche Grenze der Straße "Am Tredenber" und die Flurstücke 117 und 36,
im Osten	durch die Flurstücke 337, 526, 297, 298 und 10 sowie die bebauten Grundstücke Johannes-Spies-Straße 7 - 17,
im Süden	durch die freie Landschaft (Flurstück 341, 31 und 30) und
im Westen	durch die freie Landschaft (Flurstücke 77 tw - 81 tw., 82, 47 und 38).

3. Übergeordnete Planungen

Raumordnung und Landesplanung

Im genehmigten Gebietsentwicklungsplan - Teilabschnitt Siegen-Wittgenstein / Olpe - vom 10.10.1989 werden Splittersiedlungen sowie Ortsteile mit weniger als 2.000 Einwohnern grundsätzlich nicht flächig als Wohnsiedlungsfläche dargestellt.

Der Verzicht auf die zeichnerische Darstellung im Gebietsentwicklungsplan hat jedoch keinen Einfluss auf die bedarfsgerechte Eigenentwicklung dieser Ortsteile. Vielmehr kann es zur Sicherung der städtebaulichen Ordnung erforderlich werden, potentielle Bauflächen für die Eigenentwicklung im Flächennutzungsplan als Bauflächen darzustellen und daraus Bebauungspläne zu entwickeln.

Insofern stehen den Zielsetzungen des Bebauungsplanes keine übergeordneten Rahmenbedingungen entgegen.

Flächennutzungsplan

Im Flächennutzungsplan der Stadt Siegen im Bereich des Stadtteiles Oberschelden ist das Plangebiet "Im Boden" bis auf den kleinen Teilbereich nördlich der Straße "Am Tredenber" als Wohnbaufläche dargestellt. Gemäß § 8 (2) BauGB wird somit der Bebauungsplan aus dem Flächennutzungsplan entwickelt.

4. Städtebauliche Bestandsaufnahme

Infrastruktur

Der Stadtteil Oberschelden mit ca. 1.250 Einwohnern hat im Ort keine Einkaufsmöglichkeiten. Die Nahversorgung wird durch mobile Verkaufswagen und Einkaufsmöglichkeiten in Gosenbach sowie Niederschelden sichergestellt. Öffentliche und soziale Infrastruktureinrichtungen, wie Kindergarten, Spiel- und Bolzplatz, Feuerwehr, Friedhof, Bürgerhaus, Kapellenschule und CVJM-Haus, sind im Ort vorhanden und werden vielfältig genutzt.

Geprägt wird das Dorfleben durch 11 Vereine, deren reges Vereinsleben unterschiedliche Möglichkeiten für kulturelle, soziale, sportliche, karitative und andere Aktivitäten bieten. Hierdurch ist die soziale Bindung im Ort ausgeprägt und Neubürger haben gute Möglichkeiten zur Integration.

Umliegende Bebauung

Der bauliche Ursprung der Gemeinde Oberschelden liegt in einer Talsohle und bildet mit überwiegend landschaftstypischen Fachwerk- bzw. Schieferhäusern ein harmonisches Ortszentrum. Im Laufe der baulichen Entwicklung wuchs Oberschelden in die Seitentäler und die angrenzenden Hänge wurden bebaut.

Durch die heute angebotene Vielfalt von Bautypen und Baumaterialien wird die Bebauung zu den Ortsrändern hin zunehmend inhomogen. Auch die an das Plangebiet angrenzende Bebauung an den Straßen "Im Boden", "Am Trendenberg" sowie an der Johannes-Spies-Straße ist durch eine Vielzahl von Dachformen und -farben, unterschiedliche Bautypen und Fassadenmaterialien charakterisiert.

Prägend ist eine eingeschossige Bauweise, die hangseitig zweigeschossig wirkt oder ist sowie eine Dachneigung zwischen 30° und 45° mit überwiegend parallel zum Hang verlaufenden Firstrichtungen.

Gegenwärtige Nutzung

Das Plangebiet ist heute im Wesentlichen als Wiesen- bzw. Weidefläche genutzt. Ein Teilbereich im Norden des Plangebietes wird als Obstwiese genutzt, im Osten befindet sich eine landschaftsprägende und als erhaltenswert eingestufte Weißdornhecke.

Durch das Gebiet führen eine Reihe von überwiegend unbefestigten landwirtschaftlichen Wegen.

5. Planung

Städtebauliches Konzept

Die Gesamtplanung ermöglicht die Entwicklung des Baugebietes in mehreren Bauabschnitten.

Im nördlichen Teilbereich bindet eine neue Erschließungsstraße an die vorhandene Straße "Am Tredenber" an. Sie wird weitgehend parallel zu den Höhenlinien geführt und endet in einer Wendeanlage. Beidseitig der neuen Erschließungsstraße liegen 12 Baugrundstücke, die mit eingeschossigen Einzel- oder Doppelhäusern bebaut werden können. Östlich der neuen Erschließungsstraße wird eine vorhandene Wegeparzelle zur Erschließung (GFL-Recht) von zwei weiteren Baugrundstücken genutzt. Aufgrund von Anregungen der Grundstückseigentümer während der Bürgerbeteiligung ist eine Bauzeile nördlich der Straße "Am Tredenber" in den Geltungsbereich aufgenommen worden. Hier können zusätzlich 3 - 4 Häuser errichtet werden.

Im südlichen Teil des Plangebietes wird die vorhandene Straße "Im Boden" - zunächst auf der vorhandenen Wegeparzelle - weitergeführt und schwenkt dann in einem Bogen auf einen vorhandenen befestigten landwirtschaftlichen Weg.

Entlang dieser Verlängerung der Straße "Im Boden" werden 18 Baugrundstücke von ca. 400 m² bis 700 m² Größe erschlossen. Die Grundstücke in Süd- bzw. Südwesthanglage weisen die kleineren Grundstücksgrößen auf, da hier eine optimale Freiraumnutzung möglich ist. Zudem soll eine finanzielle öffentliche Förderung ermöglicht werden.

Im östlichen Bereich des Plangebietes, südlich der Johannes-Spies-Straße, wird durch den Ausbau einer vorhandenen, bisher unbefestigten Wegeparzelle ein dritter Teilbereich erschlossen. Durch die neue Erschließungsstraße, die ebenfalls in einer Wendeanlage endet, können 7 Baugrundstücke erschlossen werden.

Im gesamten Plangebiet ist eine eingeschossige (bedingt durch die Hanglage auch ausnahmsweise zweigeschossige) Bebauung mit Einzel- oder Doppelhäusern vorgesehen. An den nördlichen und südlichen Grenzen des Plangebietes, die den neuen Ortsrand von Oberschelden bilden, ist eine intensive Eingrünung geplant. Diese soll einerseits einen harmonischen Übergang von der bebauten Ortslage in die unbebaute Landschaft gewährleisten und andererseits einen Teil des Ausgleichs des durch die Bebauung verursachten Eingriffs übernehmen.

Zentral im Plangebiet befindet sich eine vorhandene und als erhaltenswert eingestufte Weißdornhecke. Das städtebauliche Konzept sieht die Erhaltung dieser Hecke sowie eine Weiterführung dieses Grünbereichs nach Osten vor. Hier sollen ergänzende Pflanzungen vorgenommen werden, die ebenfalls einen Teil des grünordnerischen Ausgleichs übernehmen. Innerhalb dieses Grünzuges ist ein Kinderspielfeld geplant, da sich erfahrungsgemäß überwiegend junge Familien im Plangebiet ansiedeln werden. Darüber hinaus ist ein Fußweg durch den Grünzug vorgesehen, der das nördliche und südliche Teilgebiet miteinander verbindet und die vorhandenen Fußwegebeziehungen sinnvoll ergänzt.

Erschließungskonzept

Äußere Erschließung

Sie erfolgt über die Straße "Am Tredenber" und die Johannes-Spies-Straße.

Innere Erschließung

Das Erschließungskonzept sieht drei neue Erschließungsstraßen vor, die zum Teil auf vorhandenen Wegeparzellen geführt werden. Die nördliche Erschließungsstraße als verkehrsberuhigte Anliegerstraße bindet an den Tredenbergr an, verläuft in einer Breite von 5,50 m überwiegend parallel zu den Höhenlinien und endet in einer Wendeanlage ("Wendehammer").

Die südliche Erschließungsstraße bindet an die vorhandenen Straßen "Im Boden" bzw. Johannes-Spies-Straße an. Da durch sie einerseits mehr Baugrundstücke erschlossen werden und andererseits begrenzt auch Durchgangsverkehr zu erwarten ist, wird sie in einer Gesamtbreite von 6,75 m mit einem einseitigen Gehweg / einem Schrammbord ausgebaut. Am Ende der geplanten Bebauung ist hier eine Wendeanlage mit einem Durchmesser von 19,00 m vorgesehen.

An dieser Erschließungsstraße sind unter Berücksichtigung der privaten Zufahrten öffentliche Stellplätze in Verbindung mit Baumpflanzungen im Rahmen des Endausbaues vorgesehen. So wird eine zusätzliche verkehrsberuhigende Wirkung in der Straße erzielt.

Die östliche Erschließungsstraße, die den Bereich südlich der Johannes-Spies-Straße erschließt, wird in einer Breite von 5,50 m verkehrsberuhigt ausgebaut. Auch hier ist am Ende eine Wendeanlage (Wendehammer) vorgesehen.

Die vorhandenen Fußwege im Plangebiet innerhalb der öffentlichen Grünflächen bleiben erhalten und werden durch eine neue Fußwegeverbindung durch die geplante Grünzone ergänzt.

Die neuen ausgewiesenen öffentlichen Straßenverkehrsflächen sind so dimensioniert, dass mit Grund und Boden sparsam umgegangen wird.

Neben den neuen Straßen im Baugebiet muss auch die vorhandene Johannes-Spies-Straße im Bestand ausgebaut werden. Der Ausbau beginnt bei Haus Nr. 7 (B-Plangrenze). Der Teilbereich der Straße "Am Tredenbergr", der im Bebauungsplan liegt (ab Haus Nr. 7 a), ist ebenfalls noch nicht endgültig ausgebaut.

ÖPNV-Anbindung

Das Wohngebiet ist über die Buslinien "Stadtbus" und "Regionalbus" des Busverkehrs Ruhr-Sieg GmbH, hier: Bus Westfalen Süd, ausreichend an den öffentlichen Nahverkehr angeschlossen. Die Haltepunkte werden bzw. sind benutzerfreundlich mit Wartehäuschen ausgestattet und sind fußläufig aus dem Baugebiet zu erreichen.

Stellplätze und Garagen

Die nach der Landesbauordnung Nordrhein-Westfalen notwendigen Stellplätze bzw. Garagen sind auf den einzelnen Baugrundstücken oder in der näheren Umgebung nachzuweisen. Die inneren Erschließungsstraßen bieten nicht den Raum, den privaten Stellplatzbedarf mit abzudecken.

Art der baulichen Nutzung

Das geplante Wohngebiet wird entsprechend der geplanten Nutzung als "Allgemeines Wohngebiet" (WA) festgesetzt.

Zulässig sind gem. § 4 Abs. 2 BauNVO

- Wohngebäude,
- die der Versorgung des Gebietes dienenden Läden, Schank- und Speisewirtschaften sowie nicht störende Handwerksbetriebe,
- Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke.

Nicht zulässig sind die Nutzungen nach § 4 Abs. 3 BauNVO

- Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
- sonstige nicht störende Gewerbebetriebe,
- Anlagen für Verwaltungen,
- Gartenbaubetriebe,
- Tankstellen und die Nutzung,
- Anlagen für sportliche Zwecke nach § 4 Abs. 1 aus Nr. 3.

Diese Nutzungen sollen ganz ausgeschlossen werden, da sie sich von ihrem Charakter her nicht in das geplante Wohngebiet einfügen und z. T. mit erheblichem und im Plangebiet nicht erwünschten Besucherverkehr verbunden sind.

Anzahl der Wohneinheiten

Die Zahl der Wohnungen je Wohngebäude wird auf max. zwei Wohnungen je Wohngebäude beschränkt. In Oberschelden stellen Einfamilienhäuser die ortsübliche Bauweise dar. Im neuen Plangebiet wird mit der Begrenzung der Zahl der Wohneinheiten diese vorherrschende Struktur aufgenommen und eine höhere Verdichtung - als im Ort üblich ist - vermieden.

Maß der baulichen Nutzung

Im Bebauungsplan ist die Grundflächenzahl (GRZ) von 0,4 und die Geschossflächenzahl (GFZ) von 0,8 festgesetzt.

Die Festsetzung von Baugrenzen und der überbaubaren bzw. nicht überbaubaren Grundstücksflächen gewährleistet einerseits dem einzelnen Bauwilligen einen individuellen Spielraum zur Bebauung seines Grundstücks und sichert andererseits zusammenhängende Grünbereiche auch auf den privaten Gartenflächen. Solche zusammenhängende Gartenbereiche steigern die Wohnumfeldqualität und übernehmen gleichzeitig ökologische Funktionen (z. B. Lebensraum für Kleintiere etc.).

Aus diesem Grund sind Garagen auch nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.

Vollgeschosse

Im gesamten Plangebiet ist ein Vollgeschoss zulässig. Durch die Hanglage wirken die Gebäude in der Regel zur Talseite hin zweigeschossig. Falls das Untergeschoss bedingt durch die Hanglage bauordnungsrechtlich ein Vollgeschoss wird, so kann das im Plangebiet ausnahmsweise zugelassen werden. Staffelgeschosse sind ausgeschlossen, um eine ortstypische Baugestaltung und Höhenentwicklung zu gewährleisten.

Darüber hinaus soll durch die Festsetzung von talseitigen Traufhöhen (6,50 m) der Rahmen für ein homogenes Erscheinungsbild der Siedlung im Landschaftsraum abgesteckt werden.

Diese Festsetzungen unterstützen eine Baugestaltung, wie sie in Oberschelden üblich ist.

Bauweise

Im gesamten Plangebiet sind nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig; innerhalb der Neubauflächen nur Einzelhäuser und im bereits bebauten Teil beide Bauweisen.

Die neue Bebauung fügt sich somit in die Bauweise der umliegenden Bebauung ein und bildet einen harmonischen Ortsrandabschluss.

Freiflächen

Zur Durchgrünung des Plangebietes auch auf den privaten Grundstücksflächen wurde festgesetzt, dass je 100 m² nicht überbaubarer Grundstücksfläche ein großkroniger, standortheimischer Laubbaum oder ein Obstbaum anzupflanzen ist.

6. Örtliche Bauvorschriften (Gestaltungssatzung)

Die örtlichen Bauvorschriften gem. § 86 Landesbauordnung Nordrhein-Westfalen werden als eigenständige Satzung für einen Teilbereich (Neubaugebiet) des Bebauungsplanes erlassen.

Es soll Folgendes geregelt werden:

- Baugestaltung,
- Dachgestaltung bezüglich Form, Neigung, Materialien, Farbe, Solar-, Glas- und Gründächer,
- Einfriedungen und Stützmauern,
- Freiflächengestaltung,
- Werbeanlagen.

7. Immissionsschutz

Die L 907 verläuft ca. 100 m bis 180 m vom Plangebiet entfernt am Ortsrand Oberscheldens. Die BAB 45 führt in einem Abstand von ca. 1.000 m am nördlichen und nordöstlichen Ortsrand der Gemeinde vorbei.

Um eine mögliche Beeinträchtigung des Plangebietes durch diese beiden Lärmquellen zu untersuchen, wurde ein schalltechnisches Gutachten vom RWTÜV Essen erstellt.

Die festgestellten Beurteilungspegel liegen jedoch zur Tageszeit 5 dB(A) und zur Nachtzeit 2 dB(A) unterhalb der Orientierungswerte von 55/45 dB(A) der DIN 18005 für Allgemeine Wohngebiete - Schallschutz im Städtebau -.

Die Zunahme des Verkehrs durch die neue Wohnbebauung wirkt sich auf die vorhandene benachbarte Wohnbebauung nur unwesentlich aus; eine unzumutbare Belastung ist nicht zu erwarten.

Schallschutzmaßnahmen planerischer, aktiver oder passiver Art sind daher im Plangebiet nicht erforderlich.

8. Ver- und Entsorgung

Um die notwendige Versorgung des Baugebiets "Im Boden" zu gewährleisten, werden die neuen Leitungen für Wasser, Gas, Strom und Fernmeldewesen an das vorhandene Leitungsnetz angeschlossen. Eine Anpassung der Kapazitäten an den neuen Bedarf wird von den Betreibern der Netze vorgenommen.

Für die Leitungsnetze stehen sowohl die öffentlichen Verkehrsflächen als auch die im Bebauungsplan festgesetzten Leitungstrassen auf den privaten Grundstücksflächen zur Verfügung.

Zur Unterbringung einer Trafostation für die Elektrizitätsversorgung wird in der Mitte des Plangebietes unmittelbar an der Straße "Im Boden" eine entsprechende Versorgungsfläche festgesetzt.

Niederschlagswasserbehandlung

Die Entwässerung des Plangebietes wurde in Form eines Vorentwurfes grundsätzlich untersucht. Es wurden untersucht:

Versickerung von Niederschlagswasser
Trennsystem
Mischsystem

Eine Versickerung des Niederschlagswassers im Gebiet ist aufgrund der Untergrundverhältnisse und der Topographie (steile Hanglagen) nicht möglich.

Beim Trennsystem ergibt sich das Problem, dass der vorhandene Vorfluter in großen Teilbereichen verrohrt ist und die vorhandenen Rohrleitungen hydraulisch nicht ausreichend sind.

Nach Abstimmung mit den zuständigen Fachbehörden wurde daher das Mischsystem gewählt.

Die geplanten Kanäle werden an 4 Stellen an das vorhandene Kanalnetz angeschlossen. Die Fläche des Neubaubereiches ist nach dem genehmigten Zentralabwasserplan (ZAP) der Stadt Siegen bei der Bemessung des Kanalnetzes einbezogen. Der genehmigte ZAP sieht für den Stadtteil Oberschelden die Entwässerung im Mischsystem vor.

Für die Entwässerung von tiefer liegenden Gebäuden (talseitig) sind keine Leitungstrassen für so genannte "Gartenkanäle" unterhalb der Bebauung vorgesehen.

Diese Leitungen müssen ggf. von den Anliegern gebaut und betrieben werden. Alternativ zu diesen Leitungen müssten tiefer liegende Gebäude bzw. Gebäudeteile über Hebeanlagen an den Kanal in der Straße angeschlossen werden.

9. Boden / Altlasten / Denkmalschutz

Verdachtsmomente für eine Belastung der Böden im Plangebiet durch Altlasten liegen gemäß dem Kataster über Altstandorte und Altablagerungen nicht vor.

Denkmalpflegerische Belange werden durch den Bebauungsplan nicht berührt. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass bei Bodeneingriffen jeglicher Art bisher nicht bekannte Bodendenkmäler neu entdeckt werden können. Die Entdeckung ist der Gemeinde als Unterer Denkmalbehörde unverzüglich anzuzeigen. In der Planlegende des Bebauungsplanes ist ein entsprechender Hinweis enthalten.

Das Bebauungsplangebiet liegt über dem auf Eisenerz verliehenen, inzwischen erloschenen Bergwerksfeld "Fortunatus" sowie über dem auf Eisenerz verliehenen, inzwischen erloschenen Bergwerksfeld "Oberschelden II". Nach Angabe der Abteilung 8 Bergbau und Energie in NRW der Bezirksregierung Arnsberg ist hier kein Bergbau umgegangen und demnach ist nicht mit bergbaulichen Einwirkungen auf das Plangebiet zu rechnen.

10. Städtebauliche Daten gemäß Bebauungsplanentwurf

Größe des Plangebietes	79.184 m ²
Wohnbauflächen gesamt (WA)	50.621 m ²
davon vorhandene Bebauung	21.130 m ²
Öffentliche Verkehrsfläche gesamt	10.576 m ²
Verkehrsfläche Straße	6.768 m ²
Verkehrsberuhigter Bereich	2.759 m ²
Fußwege	974 m ²
Wirtschaftsweg	75 m ²
Grünfläche gesamt	17.929 m ²
Öffentliche Grünfläche gesamt	9.855 m ²
Spielplatz	1.162 m ²

Ausgleichsfläche	8.638 m ²
Private Grünfläche / Streuobstwiese	3.148 m ²
Private Grünfläche / Durchgrünung	4.984 m ²
Versorgungsfläche / Trafo	55 m ²
Einzel-/Doppelhäuser	ca. 44
Wohneinheiten	ca. 65
Mögliche Einwohnerzahl (EW)	ca. 170
Siedlungsdichte brutto	21 EW/ha
Siedlungsdichte netto	36 EW/ha

11. Umweltbericht mit integriertem landschaftspflegerischen Fachbeitrag

Anlass und Zielsetzung

Die Stadt Siegen beabsichtigt, eine etwa 4,6 ha große Fläche in der Gemarkung Oberschelden unmittelbar westlich der geschlossenen Bebauung als Wohnfläche auszuweisen. Diese Nutzung entspricht den Darstellungen im Flächennutzungsplan der Stadt Siegen.

Das geplante Vorhaben beeinträchtigt den Naturhaushalt und das Landschaftsbild im Plangebiet.

Das Plangebiet wird aus städtebaulichen und erschließungstechnischen Gründen in Richtung Osten auf Teile des Innenbereichs erweitert. Eingriffe in diesem erweiterten Teil des Gebietes lösen dort allerdings keine Verpflichtung zur Kompensation aus. Trotz dieses weiter gefassten Geltungsbereiches ist keine Umweltverträglichkeitsprüfung bzw. allgemeine Vorprüfung der Umweltverträglichkeit entsprechend des Gesetzes zur Umsetzung der UVP-Änderungsrichtlinie, der IVU-Richtlinie und weiterer EG-Richtlinien zum Umweltschutz vom 27.07.2001 für den Bebauungsplan erforderlich, da der untere Schwellenwert von 20.000 m² versiegelter Grundfläche der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-G) nicht erreicht wird.

Um dennoch im Rahmen des Aufstellungsverfahrens darzulegen, welche ggf. betroffenen Schutzgüter ein Konfliktpotenzial enthalten und mit welchen Maßnahmen dem begegnet werden kann, wird der nachfolgende Umweltbericht vorgelegt.

Im Rahmen dieses Berichtes sind keine ins Einzelne gehenden Untersuchungen oder Gutachten zugrunde zu legen. Gleichwohl wird auf die bisherigen, für das Vorhaben vorliegenden Untersuchungen zurückgegriffen, aus denen bereits wesentliche Hinweise insbesondere zu evtl. Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung von Auswirkungen ersichtlich sind.

Aufbauend auf diese Untersuchungen sind außerdem bereits konkrete Maßnahmen entwickelt worden, die geeignet sind, unvermeidbare Auswirkungen des Vorhabens im Sinne der Eingriffsregelung zu kompensieren.

Die Ausweisung des Wohngebietes ist unvermeidlich geworden, um den dringenden Bedarf an privatem Wohnraum in Oberschelden zu befriedigen und eine weitere geordnete Entwicklung der Bebauung sowohl im bereits feststehenden Innenbereich als auch im zusätzlich zu erschließenden Außenbereich sicherzustellen. Die Prüfung mehrerer Standorte in der Gemarkung Oberschelden ist über eine Standortuntersuchung der Universität Siegen bereits erfolgt. Aufgrund dieser Untersuchung wurde entschieden, dass die vorgesehene Wohngebietsausweisung die sinnvollere Standortvariante von zwei Varianten in der engeren Wahl ist.

Die Zielsetzung des Umweltberichtes ist es, die Merkmale des Vorhabens aufzuzeigen, den Standort zu beschreiben und die Merkmale der möglichen Auswirkungen des Vorhabens zu erfassen. Damit enthält der Umweltbericht auch wesentliche Inhalte einer allgemeinen Vorprüfung nach § 3 c Abs. 1 Satz 1 UVPG.

Merkmale des Vorhabens

Die bebaute Ortslage von Oberschelden wird in westlicher Richtung um insgesamt ca. 4,6 ha erweitert. Auf etwa 3,0 ha werden Wohnhäuser errichtet, die von vielfältig gestalteten Gärten umgeben sind; von dieser Fläche werden rd. 1,4 ha mit Straßenflächen, Zufahrten, Terrassen sowie Gebäuden dauerhaft versiegelt. Auf etwa 1,6 ha bleibt der heutige Zustand unverändert erhalten (z. B. auf dem Obsthof mit Weißdornhecke) oder die zur Zeit als Grünland genutzten Flächen werden durch Pflanzen weiterer Obstbäume ökologisch aufgewertet, um die Eingriffe durch Versiegelung zu kompensieren.

Das oberflächlich abfließende Niederschlagswasser wird über das Mischsystem den Abwasserbehandlungsanlagen zugeführt. Wegen des starken Gefälles und ungeeigneter Untergründe ist weder eine vollständige noch eine teilweise Versickerung möglich.

Zwar wird das bestehende Natur- und Landschaftspotenzial aufgrund der vorgesehenen Nutzung als Wohngebiet verändert. Durch die vorgesehenen Begrünungsmaßnahmen werden diese Auswirkungen aber angemessen ausgeglichen.

Für die verbleibenden, unvermeidbaren und nicht weiter zu minimierenden Auswirkungen ist vorgesehen, über Kompensationsmassnahmen auf unmittelbar angrenzenden Flächen den Naturhaushalt und das Landschaftsbild in der Gemarkung Oberschelden erheblich zu verbessern.

Standort des Vorhabens

Das Planungsgebiet umfasst eine Fläche von ca. 4,6 ha im Außenbereich, hinzu kommen noch etwa 3,3 ha schon bebaute Flächen im bestehenden Innenbereich. Daher liegt die östliche Grenze des Plangebietes in der westlichen Ortslage von Oberschelden, im Norden ist streckenweise die Straße „Am Tredenbergr“ die Grenze; über diese Straße hinaus werden noch vier weitere Bauplätze auf knapp 0,6 ha einbezogen. Im Süden und Westen grenzt das Gebiet an die offene Feldflur. Die Fläche liegt auf nach Nordosten, Osten und Südosten exponierten Hängen im Bereich der nordöstlichen Abdachung des Giebelwaldes am Westrand des Siegerlandes. Die Hänge besitzen Neigungen von 10 % bis über 25 %. Die Höhenlage beträgt 330 m bis 370 m ü. NN.

Auf den unterschiedlich stark geneigten Hängen sind gering bis mäßig entwickelte Braunerdeböden entstanden. Meist sind sie frisch bis mäßig trocken, in Mulden auch feucht ausgeprägt. Es sind durchweg potenzielle Wuchsorte eines natürlichen Buchenwaldes der tiefer gelegenen Bergländer, der hier bereits zunehmend Stieleichen und Hainbuchen enthalten kann.

Das Klima ist atlantisch geprägt und somit regenfeucht mit mäßig warmen bis kühlen Sommern und milden Wintern. Die Winde wehen überwiegend aus westlichen Richtungen.

Die Flächen werden z. Z. intensiv landwirtschaftlich, zum Teil auch als private Kleingärten genutzt. Erholungsnutzung findet in dem Gebiet insofern statt, als die Wirtschaftswege in Verlängerung der Straßen „Am Tredenbergr“ und Johannes-Spies-Straße von Spaziergängern in Richtung der westlich von Oberschelden gelegenen Feldflur und Wälder frequentiert werden.

Der geplante Standort des Vorhabens weist eine vergleichbare Ausstattung mit natürlichen Schutzgütern auf, wie sie in der näheren und weiteren Umgebung verbreitet vorkommen. Insofern werden keine besonders seltenen und daher schützenswerten Strukturen in Anspruch genommen. Biotoptypen mittlerer bis leicht überdurchschnittlicher Wertigkeit bleiben aus der vorgesehenen Nutzung ausgespart.

Landschaftsschutzgebiete, geschützte Landschaftsbestandteile, Naturschutzgebiete und Biosphärenreservate sind nicht betroffen.

Wasserschutzgebiete, Heilquellenschutzgebiete und gesetzliche Überschwemmungsgebiete befinden sich ebenfalls nicht in dem Vorhabensraum.

Das Gebiet ist nicht als archäologisch bedeutende Landschaft eingestuft. Es gibt keine bekannten Bodendenkmale. Auch sonstige Denkmale bzw. Denkmalensembles sind nicht vorhanden.

Merkmale der möglichen Auswirkungen

Die möglichen Auswirkungen des Vorhabens unterteilen sich in

- Auswirkungen auf den Naturhaushalt und das Landschaftsbild (u. a. auf die Schutzgüter Vegetation, Fauna, Boden, Geologie, Wasser, Klima)
- Auswirkungen auf die Menschen bzw. anthropogen empfundene Wertinhalte (u. a. Immissionsschutz/Gesundheitsvorsorge, Denkmalschutz, Landschaftsbild) und
- Auswirkungen auf Sachgüter (z. B. wegfallende Nutzungsvorteile der heute vorhandenen Land- und Forstwirtschaft)

Bei dieser Unterteilung kann man auch **zwischen naturbezogenen, menschenbezogenen und wirtschaftsbezogenen Schutzgütern** unterscheiden. All diese Schutzgüter stehen in Wechselwirkungen zueinander. Daher haben direkte Auswirkungen eines Vorhabens auf ein bestimmtes Schutzgut sehr häufig indirekte Auswirkungen auf andere Schutzgüter zur Folge.

Merkmale der Auswirkungen auf die natürlichen Schutzgüter

Die natürlichen Schutzgüter umfassen die lebendigen und nicht lebendigen Faktoren des Naturhaushaltes, die vordergründig unabhängig von menschlichen Einflüssen betrachtet werden. In der heutigen Siegerländer Landschaft sind sie in der Realität doch von der aktuellen menschlichen Nutzung geprägt. Sie stellen allerdings auch die Lebensgrundlage der Menschen dar, insofern ist eine Rückkopplung bzw. ein Beziehungsgeflecht zu den menschenbezogenen und wirtschaftsbezogenen Schutzgütern stets gegeben.

Die Auswirkungen des Vorhabens auf die vorhandene **Vegetation** sind zunächst deutlich sichtbar, da die aktuell vorhandene Vegetation auf den Eingriffsflächen entfallen wird. Da sie weder völlig vermieden noch weiter minimiert werden können, wird die Vegetation auf möglichst umfangreichen Flächen innerhalb des Gebietes aufgewertet, darüber hinaus wird die Vegetation auf entsprechend umfangreichen Flächen außerhalb der eigentlichen Baugrundstücke ebenfalls aufgewertet. Den Flächen mit dauerhafter Verschlechterung der Vegetationsstrukturen (d. h. meist Wegfall und Versiegelung) werden Flächen mit Verbesserung der Vegetationsstrukturen gegenübergestellt. Damit wird den Auswirkungen wirksam begegnet.

Entsprechendes gilt für die **Fauna**. Während die unvermeidlichen Auswirkungen auf die Offenlandfauna (insbesondere Vögel und Insekten) nur teilweise in der Gemarkung ausgleichbar sind, werden durch neu geschaffene Strukturen andere Gruppen erheblich gefördert. Die Auswirkungen auf die Fauna werden daher teilweise ausgeglichen. Allerdings ist anzumerken, dass dem Gelände zwischen Ortsrand im Osten und Gehölzstrukturen im Plangebiet selbst bereits heute für Offenlandarten keine besondere Bedeutung zukommt, so dass dieser teilweise Ausgleich voraussichtlich genügen wird.

Während die Auswirkungen direkt auf **Oberflächengewässer** zweitrangiger Natur sind, wird der **Grundwasserhaushalt** durch die Versiegelung direkt verändert. Dieser Auswirkung wird begegnet, indem der verstärkte Oberflächenabfluss über geeignete Bauwerke abgepuffert wird. Der vorhandene Untergrund ist nicht geeignet, das anfallende Niederschlagswasser in nennenswertem Umfang zu versickern.

Die Versiegelung hat auch auf das Schutzgut "**Boden**" Auswirkungen, die unvermeidbar sind und allenfalls örtlich durch Verwendung wasserdurchlässiger Bodenbefestigung etwas minimiert werden können. Die Anordnung der Erschließung, insbesondere der Wendeanlagen, und die vorgesehene Parzellierung des Gebietes wurde auch deshalb gewählt, um die Eingriffe in das Schutzgut "Boden" weiter zu minimieren; hierdurch werden größere Einschnitte in das geneigte Gelände weitgehend vermieden und der anfallende Aushub möglichst innerhalb des Gebietes umgelagert, d. h. in rechtlich zulässiger Weise verwertet.

Die trotzdem geringfügig anfallenden, überschüssigen Bodenmassen werden auf zugelassenen Bodendeponien im Kreisgebiet abgelagert. Auswirkungen auf die **Geologie** als natürlich vorhandenes Schutzgut liegen nicht vor.

Die Auswirkungen auf das Schutzgut "**Klima**" sind aus den folgenden Gründen unerheblich:

Das Planungsgebiet ist einerseits - zusammen mit den westlich angrenzenden, höher gelegenen Freiflächen - ein Kaltluftentstehungsgebiet, andererseits wird der Abfluss dieser Kaltluft durch die vorhandenen Gehölzstrukturen (Obsthof) und die schon bestehende Bebauung östlich des Gebietes gebremst. Die vorgesehene, offene Bebauung wird die direkte Frischluftzufuhr der östlich angrenzenden Ortslage nicht merklich verschlechtern oder gar unterbinden. Auch eine Zunahme der Nebelhäufigkeit oder weitere Klimaveränderungen sind nicht zu erwarten.

Merkmale der Auswirkungen auf die menschbezogenen Schutzgüter

Die menschbezogenen Schutzgüter umfassen diejenigen Faktoren, die die Lebensqualität der Bevölkerung beschreiben. Sie sind auch als Gesamtheit der Wohlfahrtsfunktionen aufzufassen. Daher unterliegen diese Schutzgüter häufig stark subjektiven Einschätzungen und sind nur in einigen Fällen, z. B. bei Immissionsschutzfragen, über Grenzwerte objektiv fassbar.

Anfangs werden Auswirkungen auf das **Landschaftsbild** trotz der vorhandenen Vorbelastung der angrenzenden Ortslage auftreten. Sie können jedoch zum einen durch die Begrenzung der Höhe der vorgesehenen Bebauung, zum anderen durch eine wirksame Eingrünung der Bauwerke zu einem großen Teil minimiert werden, so dass zwar eine restliche, aber unerhebliche Beeinträchtigung des Landschaftsbildes bleibt.

Die Auswirkungen auf die **Wohnnutzung** in der östlich des Gebietes gelegenen, vorhandenen Ortslage von Oberschelden sind zumindest bauzeitlich gegeben, da in dieser Zeit die Baustellen sichtbar sind und zeitweise Baulärm auftreten wird. Mittel- bis langfristig heben sich diese Auswirkungen wegen der dann gleichartigen Nutzung auf bzw. sind nicht mehr als Auswirkungen zu bezeichnen.

Immissionen von anderen Verursachern können von vorhandenen Verkehrsstraßen ausgehen. Dies sind die L 907, welche ca. 100 m bis 180 m vom Plangebiet entfernt am Ortsrand Oberscheldens verläuft, und die BAB 45, die in einem Abstand von ca. 1.000 m am nördlichen und nordöstlichen Ortsrand der Gemeinde vorbeiführt.

Um eine mögliche Beeinträchtigung des Plangebiets durch diese beiden Verkehrsstraßen zu untersuchen, wurde ein schalltechnisches Gutachten angefertigt. Die festgestellten Beurteilungspegel liegen jedoch zur Tageszeit und zur Nachtzeit unterhalb der Orientierungswerte der DIN 18005 für Allgemeine Wohngebiete. Daher sind Schallschutzmaßnahmen planerischer, aktiver oder passiver Art im Plangebiet nicht erforderlich.

Der Zunahme des Anliegerverkehrs insbesondere in der Johannes-Spies-Straße wird entsprochen, indem diese Straße etwas breiter angelegt wird und einseitig einen Gehweg erhält.

Bau-, Kultur- und Bodendenkmäler sind nicht betroffen.

Die **Freizeit- und Erholungsnutzung** wird bauzeitlich etwas stärker, langfristig aber kaum beeinträchtigt, da das neue Gebiet nur unwesentlich näher an die von Spaziergängern frequentierten Freiräume im Westen von Oberschelden heranrückt. Nach erfolgter wirksamer Eingrünung ist die erholungsbezogene Wahrnehmung des westlichen Ortsrandes im Vergleich zum heutigen Zustand sogar etwas verbessert.

Während die **Fischerei** nicht betroffen wird, ist eine **jagdliche Nutzung** auf den neuen Wohnbauflächen nicht mehr möglich. Diese Auswirkung wird teilweise minimiert, indem am nördlichen, westlichen und südlichen Rand des Gebietes Pflanzungen auf den öffentlichen und privaten Grundstücken das neue Wohngebiet gegen die angrenzende Feldflur abschirmen und die jagdliche Beeinträchtigung auf diesen Flächen in Grenzen halten.

Merkmale der Auswirkungen auf die wirtschaftsbezogenen Schutzgüter

Die wirtschaftsbezogenen Schutzgüter umfassen die in volkswirtschaftlichem Sinne produktiven Faktoren einschl. den ihnen zugeordneten infrastrukturellen Einrichtungen. Sie beruhen vielfach sogar auf den natürlichen Schutzgütern (z. B. Boden / Vegetation als Grundlage für die Land- und Forstwirtschaft).

Daher wird es Auswirkungen des Vorhabens auf die **landwirtschaftliche Nutzung** des Gebietes geben, da fortan dort keine solche Nutzung mehr möglich sein wird und auch kein angemessener Ausgleich angeboten werden kann. Eine Minimierung dieser Auswirkung ist bereits im Vorfeld erfolgt, indem die ursprünglich geplante Größe des Gebietes reduziert wurde.

Die Auswirkungen auf die **Forstwirtschaft** sind nur geringfügig. Auswirkungen auf die **wasserwirtschaftliche Nutzung**, auf die **Energiewirtschaft** und auf den **Verkehr** sind nicht zu erwarten. Die Auswirkungen auf die **Wohnnutzung** im wirtschaftlichen Sinne sind erwartungsgemäß positiv, da das Vorhaben zum Zwecke deren weiterer Entwicklung angestrengt wird.

Voraussichtlich zu erwartende Auswirkungen auf die Schutzgüter - tabellarische Auflistung

Pflanzen:	1. Entfallen der vorhandenen Pflanzenarten auf den Bau- und Verkehrsflächen 2. Biotopverlust
Tiere:	3. Verlust von Lebensräumen insbesondere für Vögel und Insekten
Grundwasser:	4. höherer Oberflächenabfluss statt Versickerung ins Grundwasser 5. Verringerung der Grundwasserneubildungsrate
Boden:	6. völliger Verlust der bodenökologischen Funktionen auf versiegelten Flächen 7. Beeinträchtigung der bodenökologischen Funktionen auf nicht versiegelten, aber von Baumaßnahmen betroffenen Flächen (z. B. Umlagerung, Verdichtung)
Klima:	8. Verkleinerung des Kaltluftentstehungsgebietes und Einengung der Ventilationsbahn der Kalt- und Frischluft
Landschaft:	9. Beeinträchtigung durch Verlust der Eigenart und von Freiraumfläche und Sichtbeziehungen
Wohnfunktion:	10. bauzeitlich Lärmimmissionen durch Baumaschinen, später durch Verkehr
Erholungsfunktion:	11. bauzeitlich Beeinträchtigung, später keine Auswirkungen
Jagd:	12. sowohl bauzeitlich als auch später keine Jagd im Plangebiet möglich
Bau-, Kultur- und Bodendenkmäler:	13. keine Auswirkungen, da keine Denkmäler vorhanden
Landwirtschaft:	14. sowohl bauzeitlich als auch später keine Landwirtschaft im Plangebiet möglich
Wechselwirkungen:	15. Veränderung von Artengemeinschaften der Pflanzen und Tiere 16. Veränderung des Wasserhaushalts

Zusammenfassende Darstellung zur Abschätzung der Erheblichkeit der Auswirkungen

Die räumliche Ausdehnung der Auswirkungen beschränkt sich auf das neue Wohngebiet, außerdem wird hiervon zeitweise die Bevölkerung von Oberschelden betroffen, im Wesentlichen aber nur am westlichen Ortsrand. Kommunale Grenzen werden von den Auswirkungen nicht überschritten.

Die dauerhaften Auswirkungen betreffen hauptsächlich natürliche Schutzgüter wie Tier- und Pflanzenwelt sowie den Boden und die daran gekoppelten wirtschaftsbezogenen Schutzgüter, insbesondere das Schutzgut "Landwirtschaft".

In den meisten Fällen sind die Auswirkungen zu Beginn des Vorhabens am deutlichsten ausgeprägt und werden im Laufe der Zeit (u. a. durch wirksames Einwachsen des begrüntes Geländes) auf ein vertretbares Maß reduziert oder verschwinden völlig.

Dauerhafte, unter heutigen Gesichtspunkten unumkehrbare Auswirkungen werden die Versiegelung von bis zu 1,4 ha Bodenfläche sein. Das gesamte Gebiet von 4,6 ha entfällt auf Dauer für landwirtschaftliche Nutzung. Auch eine Jagd kann dort nicht mehr ausgeübt werden.

Die voraussichtliche Neuversiegelung innerhalb des gesamten Geltungsbereichs des Bebauungsplanes „Im Boden“ liegt unterhalb eines in der neueren Gesetzgebung festgelegten Schwellenwertes von 2,0 ha Versiegelung, ab welchem eine Umweltverträglichkeitsprüfung bzw. zunächst eine Vorprüfung der Umweltverträglichkeit des Vorhabens erfolgen muss.

Die Stadt Siegen legt dennoch diesen Umweltbericht freiwillig vor, um die möglichen Auswirkungen der Festsetzungen des Bebauungsplanes auf Menschen, Tiere und Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft, Kulturgüter und sonstige Sachgüter sowie auf Wechselwirkungen zwischen den vorgenannten Schutzgütern darzustellen.

Der Umweltbericht kommt zu dem Ergebnis, dass die Festsetzungen auf die meisten Schutzgüter keine nachteiligen Auswirkungen haben werden. Entweder bleiben die Schutzgüter dank der Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen von vornherein unberührt oder werden im Zuge der Ausgleichsmaßnahmen in ihrer Funktion wiederhergestellt. Wenn auch für einige wenige Schutzgüter kein vollständiger rechnerischer Ausgleich erzielt wird, so sind diese Defizite in ihrem Umfang unerheblich.

Insgesamt kann jedenfalls festgestellt werden, dass im Rahmen der Realisierung der Planung keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt zu erwarten sind.

Integrierter landschaftspflegerischer Fachbeitrag zu dem Bebauungsplan „Im Boden“

Der Ist-Zustand der Vegetation und Flächennutzung im Gebiet wird kurz beschrieben, anschließend werden den unterschiedlichen Biotoptypen in einer Tabelle Wertzahlen zugewiesen. Diese Bewertung beruht auf einem für das Gebiet der Stadt Siegen geltenden zehnstufigen Bewertungsschema, bei welchem 10 den höchsten und 0 den niedrigsten ökologischen Wert repräsentiert. Während der maximale Wert im Gebiet nicht angetroffen wird, erhalten die versiegelten Wirtschaftswege die Wertzahl 0.

Das Plangebiet wird größtenteils intensiv landwirtschaftlich genutzt, und zwar vorwiegend als Wiese (Wertzahl 4) und Weide (Wertzahl 3). Eine kleine Parzelle ist mit Fichten (Wertzahl 2) bestanden. Mehrere Parzellen werden als Kleingärten (Wertzahl 4) genutzt, dort ist vorwiegend Spalierobst nichtheimischer Sorten angepflanzt worden. Mit Hochstauden bewachsene Wegraine (Wertzahl 5) sind im Gebiet nur in geringem Umfang vertreten, z. B. in einer Einschnittstrecke der Straße „Am Tredenbergr“.

Von größerer Bedeutung für den Naturhaushalt und das Landschaftsbild sind mehrere Einzelbäume einheimischer Arten, z. B. Vogelkirsche (*Prunus avium*), die jeweils Wertzahl 5 erhalten. Einige Feldgehölze im südlichen Plangebiet sowie eine von einer Weißdornhecke umgebene Obstwiese mit Zwetschgenbäumen im zentralen Plangebiet werden mit Wertzahl 6 eingestuft.

Ökologische Bilanzierung der von dem Vorhaben betroffenen Flächen

Tabelle 1: Bewertung der Biotoptypen im Plangebiet

Biotoptyp	Wertzahl
Obsthof / Weißdornhecke	6
Feldgehölz heimischer Arten	6
Hochstauden / ausdauernde Ruderalfluren	5
Einzelbaum, heimische Art	5
Kleingarten mit Obstgehölzen, strukturreich	4
Intensiv genutzte Frischwiese	4
Intensiv genutzte Fettweide	3
Grasbewachsene Wirtschaftswege	3
Strukturreiches Gartenland, innerorts	3
Nadelgehölz / Fichten	2
Versiegelte Straßen-, Platz- und Gebäudeflächen	0

Aktueller Zustand/Wertigkeit in Wertstufen (WS) des Geländes

a) öffentliche Flächen (Erschließung und Grünzug, u. a. Hecke und Obsthof)

Planstraße 1	856 m ² x WS 4	3.424 Wertpunkte
Planstraße 2	500 m ² x WS 0	
	50 m ² x WS 5	250 Wertpunkte
	480 m ² x WS 4	1.920 Wertpunkte
	990 m ² x WS 3	2.970 Wertpunkte
Planstraße 3	598 m ² x WS 3	1.794 Wertpunkte
Weißdornhecke	1.335 m ² x WS 6	7.984 Wertpunkte
Feldgehölz	780 m ² x WS 6	4.680 Wertpunkte
Fichten	380 m ² x WS 2	760 Wertpunkte
Fettweide, int.	4.930 m ² x WS 3	14.790 Wertpunkte
Kleingärten m.		
Spalierobst	1.700 m ² x WS 4	6.800 Wertpunkte
Gesamt geplante öffentliche Fläche		45.372 Wertpunkte

b) private Flächen

➤ private Baugrundstücke an der Planstraße 1

Fettweide, int.	3.725 m ² x WS 3	11.175 Wertpunkte
Frischwiese, i.	7.401 m ² x WS 4	29.604 Wertpunkte

➤ private Baugrundstücke an der Planstraße 2

Fettweide, int.	4.585 m ² x WS 3	13.755 Wertpunkte
Frischwiese, i.	4.074 m ² x WS 4	16.296 Wertpunkte

➤ private Baugrundstücke an der Planstraße 3

Fettweide, int.	4.386 m ² x WS 3	13.158 Wertpunkte
Kleingarten mit Spalierobst	715 m ² x WS 4	2.860 Wertpunkte

➤ private Baugrundstücke „Am Tredenbergr“

Frischwiese, int.	2.029 m ² x WS 4	8.116 Wertpunkte
Kleingarten mit Spalierobst	800 m ² x WS 4	3.200 Wertpunkte
Feldgehölz	250 m ² x WS 6	1.500 Wertpunkte
Hochstauden	222 m ² x WS 5	1.110 Wertpunkte

➤ private Ausgleichsflächen an Planstr. 2 u. 3

Fettweide, int.	2.065 m ² x WS 3	6.195 Wertpunkte
Frischwiese, i.	1.020 m ² x WS 4	4.080 Wertpunkte

➤ private Ausgleichsflächen „Am Tredenbergr“

Frischwiese, int.	1.771 m ² x WS 4	7.084 Wertpunkte
Kleingarten mit Spalierobst	700 m ² x WS 4	2.800 Wertpunkte
Gesamt, geplante private Flächen		120.933 Wertpunkte

**Gesamtes Gebiet (außerhalb des Geltungsbereichs nach § 34 BauGB)
46.342 m² mit 166.305 Wertpunkten**

Geplanter Zustand/Wertigkeit in Wertstufen (WS) des Geländes

Die Erschließung über drei projektierte Planstraßen beansprucht 3.350 m². Hier- von sind heute bereits ca. 500 m² versiegelt (s. o.). Die öffentlichen Verkehrsflä- chen im Außenbereich werden durch das Anpflanzen von 20 hochstämmigen Bäumen auf ca. 500 m² gestalterisch aufgelockert.

Die Parzelle mit der Weißdornhecke sowie das tal- und bergseitig angrenzende Gelände mit einer fußläufigen Querverbindung der Planstraßen 1 und 2 wird ebenfalls öffentlich. Von dem unterhalb angrenzenden Kinderspielplatz ist nur eine ca. 440 m² große Teilfläche Gegenstand dieser Bilanz, da der restliche Spielplatz innerhalb des Geltungsbereichs gem. § 34 BauGB liegt und Eingriffe dort nicht kompensiert werden müssen.

Zur Zeit als Kleingarten, Fichtenbestand und Intensivgrünland genutzte Flächen werden auf insgesamt 6.119 m² zu öffentlichen Flächen mit einem Streuobstbestand umgewandelt. Höherwertige Strukturen, z. B. Feldgehölze, werden in ihrem Bestand gesichert.

Das gesamte **öffentliche Gelände** bemisst sich auf 12.599 m². **Es wird ein Überschuss von 8.252 Wertpunkten erzielt, der den privaten, nicht voll ausgeglichenen Flächen zugeordnet wird.** Die räumliche Zuordnung dieser Überschussfläche erfolgt auf Teilen der zwei zur Zeit als Fettweide genutzten Parzellen Nr. 211 und 212 unmittelbar westlich der Weißdornhecke und umfasst 1.375 m², auf welchen 14 hochstämmige Obstbäume angepflanzt werden.

Von den verbleibenden privaten 33.743 m² sollen 5.556 m² als ökologische Ausgleichsfläche zu einem äußeren Grüngürtel mit dem Charakter einer Streuobstwiese umgewandelt werden, die direkt den angrenzenden privaten Bauplätzen auch eigentumsrechtlich als Kompensationsfläche zugeordnet sind. Die dann verbleibenden 28.186 m² werden überbaut mit einer GRZ = 0,4. Damit ergeben sich $28.186 \times 0,4 = 11.274$ m² als vollversiegelt. Von den restlichen 16.912 m² werden 14.372 m² als strukturreicher Ziergarten mit Wertstufe 3 bilanziert, auf weiteren 2.540 m² werden mindestens 3 bis über 5 m breite Streifen mit einheimischen Bäumen und Sträuchern gepflanzt.

Eine Zusammenstellung dieser Ermittlungen ergibt folgendes Bild:

a) öffentliche Flächen (Erschließung und Grünzug)

Planstraße 1	631 m ² x WS 0	0 Wertpunkte
Planstraße 2	1.821 m ² x WS 0	0 Wertpunkte
Planstraße 3	573 m ² x WS 0	0 Wertpunkte
20 hochstämm. Bäume	500 m ² x WS 5	2.500 Wertpunkte
Spielplatz (ant. Außenbereich)	440 m ² x WS 3	1.320 Wertpunkte
Weißdornhecke	1.335 m ² x WS 6	8.010 Wertpunkte
Feldgehölz	780 m ² x WS 6	4.680 Wertpunkte
Öff. Wege, unversiegelt, wassergeb. Decke mit Obstbäumen bepfl.	400 m ² x WS 1	400 Wertpunkte
Grünlandfläche, öff.	6.119 m ² x WS 6	36.714 Wertpunkte
Gesamt geplante öffentliche Fläche		53.624 Wertpunkte

b) private Flächen

private Baugrundstücke außerhalb des Geltungsbereichs von § 34 BauGB, GRZ 0,4

überbaubar	11.274 m ² x WS 0	0 Wertpunkte
struktureiche		
Gartenflächen	14.372 m ² x WS 3	43.116 Wertpunkte
Einheim. Bäume und Sträucher	2.540 m ² x WS 5	12.700 Wertpunkte
Neue Streuobst- wiese auf pr. Fl.	5.556 m ² x WS 6	33.336 Wertpunkte
Gesamt private Flächen		89.152 Wertpunkte

**Gesamtes Gebiet (außerhalb des Geltungsbereichs nach § 34 BauGB)
46.342 m² mit 142.776 Wertpunkten**

Gesamtbilanz:

Soll	166.305 Wertpunkte
Planung	142.776 Wertpunkte
Defizit	23.529 Wertpunkte

Durch die Ausgleichsmaßnahmen wird innerhalb des Bebauungsplangebietes ein Ausgleich von 86 % erreicht.

Aufgrund der Tatsache, dass es bisher kein wissenschaftlich bzw. rechtlich abgesichertes Öko-Bewertungsmodell gibt und dass die Funktionsstörungen im Wirkungsgefüge des Naturhaushaltes, die durch die vom Bebauungsplan ermöglichten Eingriffe bewirkt werden, grundsätzlich nicht vollständig - auch nicht wertgleich - beherrschbar sind, werden unter dem abwägungsrelevanten Gesichtspunkt der dringend notwendigen Bereitstellung von neuen Wohnbauflächen die Belange des Naturhaushaltes, des Landschaftsbildes und des Schutzgutes "Mensch" in ausreichender Weise gewürdigt.

Darüber hinaus liegen Maßnahmen, wie Dach- und Fassadenbegrünungen, die Verwendung von ökologischen Baustoffen und Solaranlagen sowie die Regenwassernutzung im Interesse eines jeden umweltbewussten Bauherrn. Diese Maßnahmen wurden zwar nicht in die mathematische Gegenüberstellung von Eingriffen und Kompensationsmaßnahmen eingestellt, sind aber im ökologischen Ansatz eine Vorbildfunktion zum sparsamen und umweltschonenden Umgang mit Ressourcen. Sie sind daher mit in die vergleichende Gegenüberstellung von Eingriffen und Kompensationsmaßnahmen einzubeziehen.

Die Ausgleichsmaßnahmen stehen in einem vernünftigen Verhältnis zur Baulandausweisung / Versiegelung und sind naturschutzrechtlich und städtebaulich sinnvoll.

Allgemeinverständliche Zusammenfassung des Umweltberichts mit Darstellung der landschaftspflegerischen Maßnahmen zur Vermeidung, Minimierung und Ausgleich von Eingriffen des Vorhabens

Der Bebauungsplan „Im Boden“ am westlichen Ortsrand von Oberschelden umfasst außerhalb des bereits bebauten Innenbereichs rd. 4,6 ha, von denen rd. 1,4 ha dauerhaft versiegelt werden und rd. 1,6 ha zu vielfältig angelegten Ziergärten gestaltet werden. Die restlichen 1,6 ha werden zum Ausgleich der Eingriffe mit Bäumen und Sträuchern bepflanzt oder in ihrem heute schon recht wertvollen Bestand erhalten und gesichert. Die lockere Anordnung der Bebauung ermöglicht diese großzügigen Begrünungen. Außerdem können die Frischluftströme von der oberhalb gelegenen Lurzenbach auch weiterhin nach Oberschelden hineingelangen.

Daher beschränken sich die voraussichtlichen Auswirkungen des Vorhabens auf Flächen des eigentlichen neuen Wohngebietes. Die Anlieger der angrenzenden Bebauung werden von dem Vorhaben lediglich bauzeitlich betroffen, die spätere, geringfügige Zunahme des örtlichen Verkehrs ist unerheblich.

Zu Beginn der Bautätigkeit werden die Auswirkungen des Vorhabens am deutlichsten ausgeprägt sein. In demselben Maße, wie sich das Baugebiet mit den vorgesehenen inneren und randlichen Begrünungen und Anpflanzungen entwickelt, werden sich die weitaus meisten Auswirkungen im Laufe der Zeit auf ein vertretbar geringes, unerhebliches Maß verkleinern oder völlig wegfallen.

Die dauerhaften Auswirkungen des Vorhabens betreffen hauptsächlich die Tier- und Pflanzenwelt sowie den Boden. Bezogen auf die aktuelle Nutzung der Flächen werden dort Landwirtschaft und Jagd fortan nicht mehr möglich sein.

Zur Zeit ist das außerorts gelegene Plangebiet vorwiegend als Wiese oder Weide genutzt. Einige Obstbaumbestände werden wie Kleingärten bewirtschaftet, ein mit einer Weißdornhecke umfriedeter Obsthof ist jedoch landschaftsprägend und auch für die Natur von größerer Bedeutung und soll daher erhalten werden.

Dieser von der Stadt Siegen freiwillig vorgelegte Umweltbericht kommt zu dem Ergebnis, dass die Festsetzungen des Bebauungsplanes auf Menschen, Tiere und Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft, Kulturgüter und sonstige Sachgüter entweder überhaupt keine oder nur geringfügige Auswirkungen haben werden. Das wird erreicht, indem die Auswirkungen entweder vermieden oder möglichst klein gehalten werden. Unvermeidbare Eingriffe werden mit geeigneten Maßnahmen ausgeglichen und werden damit in ihrer Funktion ganz oder größtenteils wiederhergestellt. Die nicht vollständig ausgleichbaren Auswirkungen sind ihrem Umfang nach unerheblich.

Das zusammenfassende Ergebnis des vorgelegten Umweltberichtes lautet, dass bei der Umsetzung des Bebauungsplanes „Im Boden“ keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt zu erwarten sind.

12. Bodenordnung

Die Flächen des Plangebietes befinden sich überwiegend in Privatbesitz. Neben den Verkehrsflächen und Wirtschaftswegen sind zwei Flurstücke (Flurstücke 186 und 212) im Besitz der Stadt Siegen. Zur Realisierung des Bebauungsplanes für das Gebiet "Im Boden" ist gemäß Baugesetzbuch eine Umlegung erforderlich. Ferner können gemäß BauGB Maßnahmen, wie Ausübung des Vorkaufsrechtes, Grenzregelung und auch Enteignung, in Betracht kommen.

13. Kosten

Die überschläglichen Kosten für die Umsetzung des Bebauungsplanes betragen zum derzeitigen Zeitpunkt rd. 1,0 Mio. €.
Darin enthalten sind

- Straßenbau und Fußwege mit Beleuchtung und Begrünung
- Herstellung Spielplatz
- Kanalbau (ohne Auswechslung bzw. Neudimensionierung vorhandener Kanäle)
- Eingriffe in Natur und Landschaft durch Verkehrsflächen

Die Mittel zur Finanzierung der anteiligen öffentlichen Kosten sind im Haushalt der Stadt Siegen bereitzustellen.

Die Kosten für den Versiegelungsausgleich der Verkehrsflächen werden durch Erschließungsbeiträge refinanziert.

Ausgleichskosten für die Versiegelung durch Bauflächen werden im Rahmen des Umlegungsverfahrens geregelt oder über die Satzung der Stadt Siegen zur Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen für naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen nach §§ 135 a - 135 c BauGB vom 03.12.2001 refinanziert.

Siegen, im Juni 2002

Stadt Siegen
Fachbereich 7 / Stadtplanung
I. A.

Ulrike Rohr

Aufgestellt und bearbeitet:

1. Planungsgemeinschaft
Ante / Backfisch / Stein

2. Fachbereich 7 / Stadtplanung
Herr Lüster

Anlage 5

Bauleitplanung der Stadt Siegen im Stadtteil Oberschelden

Bebauungsplan Nr. 250 "Im Boden"

Abwägung / Stellungnahmen
zu den eingegangenen Anregungen
der Bürger und Träger öffentlicher Belange
(siehe Anlage)

I. Anregungen aus der Bürgerschaft

1. Stellungnahme zum Schreiben / Einwohnerantrag gem. § 25 GO (Verzicht auf den Bebauungsplan Nr. 250 "Im Boden") mit 148 Unterschriften vom 25.04.2002

Als Einwohnerantrag gemäß Gemeindeordnung sind die Anregungen in der Sitzung des Rates vom 22.05.2002 aus formalen Gründen (vorgeschriebenen 4.000 Unterschriften und Vertretungsbefugnis fehlen) abgelehnt worden. Die 10 Gründe zur Ablehnung dieser Bebauungsplanung werden jedoch als Anregungen gem. § 3 BauGB gewürdigt.

Die vorhandenen Erschließungsstraßen sind als örtliche Wohnsammelstraßen leistungsfähig und können den entsprechenden Verkehr, der durch das Neubaugebiet entsteht, aufnehmen. Die dörflichen Wohnsammelstraßen "Am Tredenbergr" und "Johannes-Spies-Straße" sind außerhalb des Geltungsgebietes des Bebauungsplanes endgültig fertig gestellt und abgerechnet. Die Verkehrszunahme durch die ca. 65 Wohneinheiten kann von dem vorhandenen Verkehrsnetz aufgenommen werden. Nach vollständiger Erschließung und Bebauung des Plangebietes "Im Boden" muss in der Spitzenstunde mit etwa zusätzlich 27 Fahrbewegungen (Hin- und Rückfahrten) gerechnet werden. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass etwa zwei Drittel über die "Johannes-Spies-Straße" und ein Drittel über die Straße "Am Tredenbergr" abgewickelt werden; bekanntlich werden auch die asphaltierten Wirtschaftswege, die sich westlich an das Neubaugebiet anschließen, als Ortsverbindungen zur Oberschelder Straße (L 907) als Schleichweg / Abkürzung genutzt.

Das Schlagwort "beengte Geländebeziehungen" ist weder erläutert noch kann dies nachvollzogen werden. Die vorliegende Planung trägt bezüglich der Erschließung als auch der Bebauung der vorhandenen Geländegehalt Rechnung, so dass familiengerechte Wohnbaugrundstücke von 400 m² bis 700 m² Größe entstehen können.

Die Bebauung ist durch die Lage im Gebiet als auch durch Höhenfestsetzungen so platziert, dass sie den westlichen Höhenrücken / Horizont nicht überragt. Durch die Festsetzung von privaten und öffentlichen Grünflächen mit entsprechenden Erhaltungs- und Pflanzgeboten wird das Neubaugebiet in den Landschaftsraum eingebunden.

Bekanntlich ist dieses Neubaugebiet seit 1980 im wirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Siegen als Wohnbaulandreserve dargestellt. Die Standortuntersuchung der Universität Siegen, Fachbereich Architektur, der beiden potentiellen Baugebiete "Im Boden" und "Vor der Hohler" in Oberschelden hat gezeigt, dass das Baulückenpotential im Ort den Bedarf nicht decken kann und dass beide Gebiete gleichrangig für die Eigenentwicklung des Ortes mit kleinteiligen Bauflächen eingeschätzt werden. Auf der Grundlage dieses Untersuchungsergebnisses hat sich der Bauausschuss der Stadt Siegen als erste Maßnahme für das Gebiet "Im Boden" entschieden, da der Bebauungsplan gem. § 8 Abs. 2 BauGB aus dem Flächennutzungsplan entwickelt werden kann.

Finanzielle Belastungen für Anwohner bzw. Einwohner, die keine Grundstücke im Geltungsbereich des Bebauungsplanes haben, werden durch das Neubaugebiet nicht ausgelöst. Hinsichtlich der Zahlung von Erschließungsbeiträgen wird auf die Erschließungsbeitragssatzung der Stadt Siegen verwiesen.

Bei der vorliegenden Bauleitplanung handelt es sich nicht um einen Flächennutzungsplan, sondern um einen Bebauungsplan gem. §§ 8 und 9 BauGB, der die rechtsverbindlichen Festsetzungen für die städtebauliche Ordnung dieses Plangebietes enthält. Durch den Bebauungsplan Nr. 250 "Im Boden" sowie die nachfolgende Umlegung und Erschließung wird u. a. jungen Familien aus Oberschelden die Möglichkeit geboten, in ihrem Stadtteil ein Einfamilienhaus zu errichten.

Ein Verlust von Lebensqualität als auch Schäden für das Naherholungsgebiet "Lurzenbach" werden durch diesen Bebauungsplan nicht initiiert. Die Zunahme des Verkehrs, der sich kontinuierlich mit der Neubebauung erhöhen wird, bewegt sich in einem für Dorfstraßen angemessenen Rahmen. Nach Fertigstellung dieses Neubaugebietes wird sich das Verkehrsaufkommen im Stadtteil Oberschelden um ca. 12 % durch das Neubaugebiet erhöhen.

Die Relationen der Größe des Plangebietes und der wirklichen Einwohnerzahl zeigt, dass es sich hier um ein aufgelockertes dörfliches Neubaugebiet am Siedlungsrand handelt; das Verhältnis von geplanten und vorhandenen Wohnbauflächen, die überplant werden, beträgt ca. 50 / 50. Die öffentlichen und privaten Grundflächen zum Ausgleich, Erhaltungsfestsetzungen und Ortsrandeingrünungen sind ca. 1,8 ha groß. Wie die Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung für diesen Bebauungsplan zeigt, wird der Eingriff in Natur und Landschaft ausreichend ausgeglichen. Darüber hinaus werden die vorhandenen Grünbestände erhalten und durch diese Planung langfristig in ihrem Bestand gesichert.

Durch dieses Baugebiet soll im Stadtteil Oberschelden der hier ansässigen Bevölkerung Bauland bereitgestellt werden, um breiten Schichten der Bevölkerung, auch jungen Familien mit Kindern die Bildung von Wohneigentum zu ermöglichen.

Wie bereits ausgeführt, wird durch die grünordnerischen Festsetzungen der neue Siedlungsbereich als Ortsrandarrondierung in den Landschaftsraum eingebettet. Darüber hinaus wird über die planungsrechtlichen Festsetzungen als auch die örtlichen Bauvorschriften der Rahmen für eine regional-typische Baugestaltung des Siegerlandes abgesteckt, so dass dieses Neubaugebiet am westlichen Ortsrand von Oberschelden harmonisch an die vorhandene Bebauung angefügt wird.

Die Anregung (als Einwohnerantrag bezeichnet) - Verzicht auf den Bebauungsplan Nr. 250 "Im Boden" - wird zurückgewiesen.

2. Stellungnahme zum Schreiben des Einwenders Johannes-Spies-Straße 17 vom 23.04.2002

Es mag zwar richtig sein, dass sich subjektiv die bisherige Wohnlage der Wohnbaugrundstücke am heutigen Ortsrand verschlechtert, jedoch soll durch die vorliegende Planung die auch von den Einwendern dargelegte Wohnqualität weiteren siedlungswilligen Familien und Bauinteressenten ermöglicht werden. Bekanntlich erstreckt sich in dörflichen Stadtteilen eine Siedlungsentwicklung für über 40 Baugrundstücke über einen Zeitraum von ca. 10 Jahren, so dass diese Siedlungsentwicklung kontinuierlich voranschreitet. Durch die Grünordnungsplanung und den Bau von Wendeanlagen am Ende der Erschließungsstraßen wird der Ortsrand hier städtebaulich zum Abschluss gebracht.

Der Baustellenverkehr für Erschließungs- und Neubaumaßnahmen ist nur vorübergehend und von den Anliegern zu tolerieren.

Die vorhandenen Erschließungsstraßen im Plangebiet sind noch nicht endgültig fertig gestellt und abgerechnet. Jedoch sollte jedem Anlieger bewusst sein, der an einer nicht fertig gestellten Straße wohnt oder gebaut hat, dass provisorische Erschließungsanlagen / Baustraßen entsprechend den Anforderungen der Bebauung und des Verkehrs hergestellt und ausgebaut werden. Hinsichtlich des Erschließungsbeitrages wird auf die Erschließungsbeitragssatzung der Stadt Siegen verwiesen.

Der Bauausschuss hat sich gemäß den Ergebnissen der Standortuntersuchungen möglicher Neubaugebiete in Oberschelden für das Plangebiet "Im Boden" entschieden. Die Größe des Plangebietes und der hieraus resultierende Verkehr kann durch das angrenzende Straßennetz aufgenommen werden und liegt unterhalb empfohlener Belastungszahlen, die solche dörflichen Sammelstraßen aufnehmen können.

Die Planungsdiskussionen bezüglich einer möglichen "Westerwald-Autobahn" oder eines Gewerbeparkes Oberschelden / Seelbach berühren die vorliegende Bebauungsplanung zur Zeit nicht. Wenn zukünftig solche Planungen in Angriff genommen werden, haben diese das Neubaugebiet "Im Boden" zu berücksichtigen.

3. Stellungnahme zum Schreiben der Einwenderin "Im Boden 8 a" vom 24.04.2002

Die allgemeinen Ausführungen zur "Zukunftsphilosophie" der Einwenderin werden zur Kenntnis genommen. Es ist jedoch nicht so, dass das Naherholungsgebiet "Lurzenbach" durch die Ortsrandarrondierung des Neubaugebietes "Im Boden" beeinträchtigt wird. Bekanntlich sind bei der Aufstellung eines Bebauungsplanes eine Vielzahl von Aspekten zu berücksichtigen, die eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung und eine dem Wohl der Allgemeinheit entsprechende sozial gerechte Bodennutzung gewährleisten. Die Bauleitplanung soll dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln. Zu berücksichtigen sind jedoch auch die Wohnbedürfnisse der Bevölkerung bei Vermeidung einseitiger Bevölkerungsstrukturen und die Eigentumsbildung weiter Kreise der Bevölkerung, insbesondere durch die Förderung Kosten und Flächen sparenden Bauens und die Bevölkerungsentwicklung.

Diese allgemeinen Maßgaben sind sowohl bei der vorliegenden Bebauungsplanung als auch den vorbereitenden Planungen (Gebietsentwicklungsplan, Flächennutzungsplan, Wohnbauflächenkonzept) in die Abwägung eingestellt worden. Insofern kann von "Klüngelei" oder dem "Drängen Einzelner" nicht die Rede sein. Die umweltschützenden Belange sind in die Planung, hier insbesondere die Grünordnungsplanung mit Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung, eingeflossen. Die Sicherung vorhandener Grünstrukturen im Plangebiet und die Neuanlage von Ausgleichsflächen und Streuobstwiesen am Siedlungsrand des Plangebietes zeigen, dass der Ausgleich unmittelbar im Plangebiet stattfindet und hierfür potentielle Wohnbauflächen in Anspruch genommen werden.

4. Stellungnahme zum Schreiben der Einwender "Im Boden 8 a" vom 24.04.2002

Der seit 1980 wirksame Flächennutzungsplan der Stadt Siegen stellt das Gebiet als Siedlungserweiterungsfläche für ein Wohngebiet dar.

Zu den Anregungen bezüglich Verkehr, Landschaftsbild, Bedarf und Wohnbauflächenkonzept wird auf die 3 vorangegangenen Stellungnahmen verwiesen.

Der Vorwurf, dass hier eine Siedlung "aus dem Boden gestampft wird", die das Wohl der meisten Oberschelder Bürger gefährdet, wird zurückgewiesen. Der Bebauungsplan, der den Rahmen absteckt für eine Siedlungserweiterung von ca. 40 bis 45 Ein- und Zweifamilienhäusern, bietet die Möglichkeit, dass hier mittelfristig die ortsansässige Bevölkerung Wohneigentum bilden kann. Bekanntlich wachsen solche Neubaugebiete in den dörflichen Stadtteilen kontinuierlich und gerade durch Bereitstellung von Wohnbauflächen in Stadtrandlagen von Siegen kann dem Wegzug von Bauwilligen in die ländlichen Nachbargemeinden entgegengewirkt werden.

Die Aussagen bezüglich eines neuen Gewerbegebietes und der Planung einer Autobahn und zu dem Einwohnerantrag werden zur Kenntnis genommen, sind jedoch nicht relevant für dieses Planverfahren.

Bei einem Bebauungsplan handelt es sich um eine Angebotsplanung, die keinen Grundstückseigentümer zum Bau verpflichtet. Vorhandene Grünflächen und Obstgärten können selbstverständlich im Rahmen des Bestandschutzes erhalten bleiben. Die Bodenordnung, insbesondere für die Umsetzung der Erschließung, wird im Rahmen der Umlegung geregelt. Das Flurstück 36, das als Streuobstwiese angelegt ist, wurde nicht in den Geltungsbereich des Bebauungsplanes aufgenommen, da es weder einen Erschließungsvorteil durch die Planung hat noch als Ausgleichsfläche dienen kann.

Die Anregung - Verzicht auf den Bebauungsplan Nr. 250 "Im Boden" - wird zurückgewiesen.

5. Stellungnahme zum Schreiben des Einwenders "Gosenbacher Straße 6" vom 25.04.2002

Der Einwender bittet, das Flurstück 82 der Flur 10 der Gemarkung Oberschelden in den Bebauungsplan aufzunehmen.

Zwar hat der wirksame Flächennutzungsplan den östlichen Planbereich dieses Flurstückes als Wohnbaufläche angeschnitten, diese Planung ist jedoch nicht parzellenscharf und für den Bürger verbindlich. Bereits die Voruntersuchung der Universität Siegen belegte, dass die Bebauung nur soweit den Hang hinauf "wachsen" soll, dass der westliche Horizont nicht überschritten wird. Durch die Anordnung der Wendeanlage, westlich der vorhandenen Weißdornhecke und Einbettung durch die Grünflächen kann der Siedlungsrand hier städtebaulich und grünordnerisch sinnvoll zum Abschluss gebracht werden.

Das Flurstück 82 der Flur 10 der Gemarkung Oberschelden wird nicht in den Bebauungsplan aufgenommen.

6. Stellungnahme zum Schreiben des Einwenders "Johannes-Spies-Straße 23" vom 23.04.2002

Es ist richtig, dass in allen Ortsteilen und so auch in Oberschelden Baulücken vorhanden sind. Die Aktivierung dieser Baulückenpotentiale kann zum einen den mittel- und langfristigen Bedarf für die Eigenentwicklung des Stadtteiles Oberschelden nicht decken und zum anderen stehen diese Grundstücke zum überwiegenden Teil dem Markt aus Eigentümerinteresse (Vorhaltung für die Familie, große Hausgärten, u. ä.) nicht zur Verfügung.

Von dem ehemaligen Hofgrundstück Stockhammer (Eigentum der Stadt Siegen) am Anfang der Johannes-Spies-Straße werden Teilflächen für die Beseitigung der straßenbaulichen Engstelle benötigt.

Bei der Topographie des Plangebietes handelt es sich um eine für das Siegerland typische Geländegestalt, bei der nicht mit außergewöhnlich hohen Erschließungskosten für die Eigentümer bzw. Bauinteressenten gerechnet werden muss. Die Planung und hier insbesondere die Erschließungsplanung für die Straßen und Wege berücksichtigt selbstverständlich den natürlichen Geländeverlauf. Durch den endgültigen Ausbau der vorhandenen Erschließungsstraßen, die bisher schon bebaute Grundstücke andienen, kommen selbstverständlich Erschließungskosten gemäß der Erschließungsbeitragsatzung der Stadt Siegen auf diese Grundstückseigentümer zu.

Die Flächen dieser bebauten Grundstücke werden durch die vorliegende Planung nicht in Anspruch genommen. Das zusätzliche Verkehrsaufkommen durch das Neubaugebiet "Im Boden" kann durch das dörfliche Straßennetz aufgenommen werden. Wie bereits ausgeführt, werden die noch nicht endgültig ausgebauten Teilstücke der Erschließungsstraßen im Zuge der Umsetzung dieser Planung endgültig fertig gestellt. Engstellen in den dörflichen Erschließungsstraßen tragen wesentlich zur Verkehrsberuhigung bei und mindern die Fahrgeschwindigkeiten, ohne dass verkehrsberuhigte Maßnahmen erforderlich werden.

Die Bauland- und Wohnungspolitik der Stadt Siegen in den letzten Jahren zeigt, dass durch kleinere Neubaugebiete auch in den dörflichen Stadtteilen Wanderungsverluste der Wohnbevölkerung der Stadt Siegen beschränkt werden können. So können junge Familien mit Kindern relativ preisgünstig Wohnbaugrundstücke im Stadtgebiet finden. Zu berücksichtigen ist auch, dass sich die Wohnungsstruktur (Wohnfläche pro Bewohner, Anzahl der Bewohner) verändert und die Nachfrage nach dem "Haus im Grünen" nach wie vor stark ist. Unter diesen Voraussetzungen stellt der Bebauungsplan Nr. 250 "Im Boden" eine Angebotsplanung dar, die mittelfristig den Bedarf und den Zuwachs der Eigenentwicklung des Stadtteiles Oberschelden mit seinen ca. 1.250 Einwohnern decken kann.

Der zeitlich schwer abzuschätzende Planungsverlauf für die Umsetzung dieses Baugebietes, hier insbesondere die Umlegung, ist ebenfalls in diese Betrachtung einzubeziehen.

Die Anregung, die Planung im "Im Boden" einzustellen, wird nicht berücksichtigt.

7. Stellungnahme zum Schreiben der Einwender "Im Boden 31" vom 24.04.2002

Die Erschließungsstraßen des Neubaugebietes sind die Straße "Am Treden-berg" und die "Johannes-Spies-Straße". Die Querspange der Straße "Im Bo-den" ist ein Wohnweg, der aufgrund der vorliegenden Bebauungsplanung nicht verändert werden soll, da er keine Erschließungsfunktion für den Neu-bauteil des Plangebietes hat. Ausgebaut werden soll die Straße "Im Boden" in Verlängerung der Johannes-Spies-Straße. Im Bereich der bebauten Orts-lage können die vorhandenen Erschließungsstraßen verkehrs- und bedarfs-gerecht innerhalb der städt. Flurstücksparzellen ausgebaut werden. Grunderwerb hierfür ist in diesem Bereich nicht erforderlich.

Das Verkehrsaufkommen, das mit der Erschließung und der Besiedlung des Gebietes einhergeht, bewegt sich in einem Rahmen, der für ein dörfliches Wohngebiet in Ortsrandlage typisch ist. Durch diese Planung werden zwar letztendlich ca. 27 Fahrbewegungen in der Spitzenstunde erzeugt, die auf den jeweiligen Erschließungsstraßen abgewickelt werden. Eine Wohnqualitätsminderung nach objektiven Kriterien kann hieraus jedoch nicht abgeleitet werden.

Der Stadtteil Oberschelden ist ausreichend an den ÖPNV angebunden. Die Versorgung mit Kindergartenplätzen für den Stadtteil Oberschelden ist auch für das Neubaugebiet "Im Boden" gesichert.

Die vorhandenen Grünstrukturen des Plangebietes werden aufgenommen und planungsrechtlich gesichert und das geplante Fußwegenetz nimmt die vorhandenen Wirtschaftswege auf, so dass das westlich gelegene Erho-lungsgebiet "Lurzenbach" gut zu erreichen bleibt.

Wie bereits in den Stellungnahmen Nr. 4 und 6 ausgeführt, stehen die Baulü-cken im Ort dem freien Markt nicht zur Verfügung.

Sofern Planungen für ein neues Gewerbegebiet oder die so genannte "Wes-terwald-Autobahn" und Windkraftanlagen in Angriff genommen werden, müs-sen diese die geplante Ortsrandarrondierung berücksichtigen und die allge-meinen Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse berücksichtigen.

Unter Würdigung der Planungsempfehlungen der Standortuntersuchung möglicher Neubaugebiete durch die Universität Siegen hat sich der Bauaus-schuss der Stadt Siegen in seiner Sitzung im Mai 2001 für die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens im Bereich "Im Boden" ausgesprochen. Hier kann das Plangebiet unmittelbar aus dem wirksamen Flächennutzungsplan gem. § 8 Abs. 2 BauGB entwickelt werden. Neben dem Planverfahren läuft parallel die Bauleitplanung für den Bereich "Am Siegenberg". Zu beachten ist hierbei auch, dass städtebauliche Planungen bis zu ihrer Realisierung einen entsprechenden Vorlauf haben, insbesondere wenn Umlegungen mit vielen Grundstückseigentümern anstehen, so dass diese Planungen nicht kurzfristig umgesetzt werden können.

Die Anregungen gegen den Bebauungsplan Nr. 250 "Im Boden" (als Wider-spruch bezeichnet) werden zurückgewiesen.

8. Stellungnahme zum Schreiben vom 16.04.2002 von vier Grundstückseigentümern im Bereich "Am Tredenbergr"

Anregung um Aufnahme der Grundstücke in der Flur 9 der Gemarkung Oberschelden Flurstücke Nr. 17, 194, 193 und 15 in den Bebauungsplan.

Städtebaulich macht es Sinn, den Ortsrand hier nördlich der Straße "Am Tredenbergr" um eine Bauzeile zu erweitern; unter Nutzung der vorhandenen Erschließungsstraße können hier drei bis vier neue Wohnhäuser errichtet werden. Die Flurstücke werden insgesamt in den Geltungsbereich des Bebauungsplanes aufgenommen, so dass die Einbindung westlich und nördlich durch private Grünflächen mit entsprechenden Anpflanzungen gewährleistet ist und hier der Ortsrand landschaftsräumlich angemessen zum Abschluss gebracht wird.

Die Flurstücke 17, 194, 193 und 15 der Flur 9 der Gemarkung Oberschelden werden in den Bebauungsplan Nr. 250 "Im Boden" aufgenommen.

9. Stellungnahme zum Schreiben der Anwohner "Scheldebachstraße 5" vom 19.04.2002

Es wird zur Kenntnis genommen, dass eine positive Anregung zu der vorliegenden Planung der Stadt Siegen vorgetragen wird.

II. Trägerbeteiligung (TÖB)

10. Stellungnahme zum Schreiben des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesverband NW eV, vom 30.05.2002

Es ist Ziel der Stadtentwicklung, auch in den ländlichen Stadtteilen Baulandflächen für die Eigenentwicklung und den örtlichen Bedarf bereitzustellen. Größere Neubaugebiete (Kohrweg, Giersberg-Ost) befinden sich in zentralerer Lage zur Kernstadt. Es ist zwar richtig, dass durch die Verkehrszunahme von kleineren Neubaugebieten in Stadtrandlage vorhandene Straßen zusätzlich belastet werden. Sofern Bauflächen nicht in den dörflichen Stadtteilen bereitgestellt werden, wandert die bauwillige Wohnbevölkerung zum Teil in die Nachbargemeinden ab, nutzt jedoch die Infrastruktur des Oberzentrums und belastet für die Anfahrt der Infrastruktureinrichtungen und Arbeitsplätze das städt. Verkehrsnetz.

Selbstverständlich müssen für die Erreichbarkeit neuer Siedlungsflächen Erschließungsstraßen und Ver- und Entsorgungsleitungen gebaut werden. Die Mobilisierung von Baulückenpotentialen bei stärkerer Ausnutzung der vorhandenen Erschließungsinfrastrukturen ist sowohl aus eigentumsrechtlichen als auch aus planungs- und ordnungsrechtlichen Gründen nicht zu erreichen.

Die vorgeschlagenen Ausgleichsmaßnahmen außerhalb des Plangebietes sind eine allenfalls rechnerische Ergänzung des gebietsinternen Ausgleichs, die aber aus verschiedenen Gründen (s. u. Punkt 14 der Abwägung) nicht vorgenommen werden. Eine Umwandlung von Waldflächen in Grünland bedarf einer Waldumwandlungsgenehmigung und ist für diesen Zweck nur auf solchen Flächen möglich, die mit allen Baumarten fehlbestockt wären. Selbst die angesprochenen Fichtenriegel in angrenzenden Tälern könnten mit Erlengruppen wieder aufgeforstet werden, statt sie dauerhaft von Gehölzen freizustellen. Allenfalls Umwandlungen z. B. fehlbestockter Nadelwaldbestände in Laub- oder Mischwaldbestände wären aus forstwirtschaftlicher Sicht akzeptabel. Somit ist dieser Hinweis gegenstandslos.

Die Anpflanzungen von Bäumen und Sträuchern und auch die Anlage von strukturreichen Ziergärten sind selbstverständlich ein im Kreisgebiet allgemein anerkannter Ausgleich. In der Wertigkeitsskala, die als mathematisches Hilfsmodell verstanden werden muss und in ihrer gegenwärtigen Form keinesfalls wissenschaftlich abgesichert ist (s. u. Punkt 14.1), sind z. B. intensives Weideland und strukturreiche Ziergärten gleichwertig, so dass für die Bebauung von Weideflächen lediglich für die eigentliche Bebauung ein Ausgleich zu erbringen wäre, die nicht versiegelten Gartenflächen ums Haus aber bereits an Ort und Stelle ausgeglichen wären.

Dieser Ausgleich wird durch eine erhebliche Aufwertung erzielt, die zum einen mit artenreichen Gehölzstreifen zwischen den Grundstücken (Artenlisten entwickelt aus der kreisweit empfohlenen Broschüre, s. u. Punkt 14.2) erreicht wird, zum anderen durch die Anlage eines ca. 10 m breiten Obstweissensaumes um das Baugebiet mit einheimischen Obstsorten. Die beschriebenen Strukturen der Ausgleichsmaßnahmen greifen bereits vorhandene, werthaltige Bestände, wie einzelne Bäume, Obstgärten, und die in ihrem Bestand zu erhaltende Weißdornhecke auf und ergänzen diese in umfassender sinnvoller Weise.

Die Ausführungen bezüglich des Ausgleichsbedarfes für die baulichen Eingriffe auf den öffentlichen Flächen, hier insbesondere für den Bau der Straßen und Wege, wird völlig falsch dargestellt. Wie in der Begründung dargestellt, wird im Planteil nunmehr entsprechend zeichnerisch festgesetzt, welche Kompensationsfläche den Eingriffsarten zugeordnet wird. Hierbei geht es darum, dass die Zuordnungen für die baulichen Eingriffe der privaten Baumaßnahmen und der öffentlichen Erschließungsflächen eindeutig zugeordnet werden müssen, da die Abrechnungen aufgrund unterschiedlicher Satzungen der Stadt Siegen erfolgen. Da sich in dem Geltungsbereich umfangreiche öffentliche Grünflächen befinden, kann so der Ausgleich für den Straßen- und Wegebau zu 100 % auf den zukünftigen städt. Flächen realisiert werden. Das Defizit für die Privatmaßnahmen wird entsprechend zugeordnet und kann nachfolgend über die Kostenerstattungssatzung für Ausgleichsmaßnahmen abgerechnet werden.

11. Stellungnahme zum Schreiben des Staatlichen Umweltamtes Siegen vom 08.05.2002

Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Anregungen vorgebracht werden.

Der Altlastenhinweis, dass das Kataster über Altstandorte und Altablagerungen nach § 31 Abs. 1 Landesabfallgesetz keine Hinweise auf das Vorhandensein von Altlastenverdachtsflächen besteht, wird in die Begründung aufgenommen.

12. Stellungnahme zum Schreiben der Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung Bergbau und Energie in NRW vom 02.05.2002

Der Hinweis, dass das Plangebiet über einem inzwischen erloschenen Bergwerksfeld liegt und dort kein Bergbau umgegangen ist und auch somit nicht mit bergbaulichen Einwirkungen zu rechnen ist, wird ebenfalls mit in die Begründung aufgenommen.

13. Stellungnahme zum Schreiben des RWE Net, Regionalzentrum Sieg, vom 02.05.2002

Dem Erfordernis, für die elektrische Versorgung des Baugebietes eine 10 kV-Transformatorstation unterzubringen, wird mit der Festsetzung einer entsprechenden Versorgungsfläche in zentraler Lage des Plangebietes im Bereich des Kinderspielplatzes Rechnung getragen. Der Zugang von der öffentlichen Straße "Im Boden" ist gegeben.

Bei den im Plan festgesetzten Fußwegen handelt es sich um öffentliche Verkehrsflächen im Eigentum der Stadt Siegen, so dass keine Geh-, Fahr- und Leitungsrechte zugunsten der RWE Net AG festzusetzen sind.

14. Stellungnahme zum Schreiben des Kreises Siegen-Wittgenstein, Der Landrat, vom 02.05.2002

Es wird zur Kenntnis genommen, dass Belange des Kreises Siegen-Wittgenstein durch diese Bauleitplanung nicht berührt werden.

Zu 1.:

Der Hinweis des Kreises Siegen-Wittgenstein zielt ausschließlich auf die mathematische Bewertung der Ausgleichsbilanzierung. Eine rechnerische Vollkompensation könnte durch den im Umweltbericht allgemein angesprochenen Waldumbau oder auch durch Einrechnen von Wertpunkten aus dem Ökokonto der Stadt Siegen erzielt werden. Allerdings sind auch mathematisch nicht erfassbare, private Initiativen in dieser Richtung, nämlich Dach- und Fassadenbegrünung, Regenwassernutzung, Solaranlagen etc., in die Ausgleichsbewertung miteinzustellen.

Angesichts der Tatsache, dass es bislang keine wissenschaftlich abgesicherten Kriterien für ein bestimmtes korrektes Bewertungsmodell gibt und dass die Funktionsstörungen im Wirkungsgefüge des Naturhaushaltes, die durch die vom Plan ermöglichten Eingriffe bewirkt wurden, grundsätzlich nicht vollständig - auch nicht wertgleich - behebbar sind, werden auch unter dem abwägungsrelevanten Gesichtspunkt der dringend notwendigen Beschaffung von neuen Wohnbauflächen (s. S. 4, Punkt 1 der Begründung) die Belange des Umweltschutzes in ausreichender Weise gewürdigt.

Ein rein mathematisches Ausgleichsdefizit von 14 % ist in Abwägung zwischen den Belangen "Schaffung von Wohnbauflächen" und den damit verbundenen Eingriffen in Natur und Landschaft vertretbar.

Die Abwägungsgründe sind in der Begründung zum Bebauungsplan hinreichend beschrieben und nachvollziehbar.

Weitergehende Darstellungen und Erläuterungen sind nicht erforderlich.

Zu 2.:

Die Pflanzenauswahl zur Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern ist aus der genannten Broschüre entwickelt, berücksichtigt dabei aber auch die vielfach innerörtliche Lage der mit den genannten Gehölzen zu bepflanzenden Streifen, besonders zwischen bebauten Grundstücken. Daher sind die vorwiegend einheimischen Baum- und Straucharten um einzelne, in heimischen Hausgärten öfter angepflanzte Zierarten ergänzt worden, um diesen Charakter zu unterstreichen. Bewusst wurde auf Koniferen verzichtet. Da die einheimischen Arten überwiegen, wird die angestrebte Wertigkeit auch erzielt.

Die Pflanzqualitäten werden im B-Plan ergänzt; für die Obstbäume sind sie bereits dort aufgeführt.

Zu 3.:

Die aus Südosteuropa eingeführte Walnuss (*Juglans regia*) wird aus der Artenliste II gestrichen.

Zu 4.:

Überschüssiges, nicht zu vermeidendes Erdmaterial wird auf einer zugelassenen Kreisdeponie entsorgt. Ein entsprechender Hinweis wird in den Umweltbericht eingearbeitet und ist bereits auf dem Plan als Hinweis vermerkt.

15. Stellungnahme zum Schreiben der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe, Kreisstelle Siegen-Wittgenstein, vom 25.04.2002

Die Anregung, dass aus agrarstruktureller Sicht jegliche Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Nutzflächen kritisch gesehen wird, kann zwar nachvollzogen werden, Aufgabe der Bauleitplanung ist es jedoch, zwischen allen öffentlichen und privaten Belangen abzuwägen. Diese Abwägung zugunsten neuer Siedlungsflächen für den Wohnungsbau, resultierend aus den entsprechenden Vorplanungen des Gebietsentwicklungsplanes und des Flächennutzungsplanes, berücksichtigt das landwirtschaftliche Wegenetz und ermöglicht, dass auch vom Ortskern Oberscheldens durch das Neubaugebiet die freie Feldflur erreicht werden kann. Sofern die Stadt Möglichkeiten hat, für den ortsansässigen Landbewirtschafter Ersatzflächen bereitzustellen, wird sie dies tun. Des Weiteren wird angestrebt, im Rahmen der Umlegung kleinteilige, im Außenbereich verbleibende landwirtschaftliche Flächen unterschiedlicher Grundstückseigentümer so zuzuordnen, dass eine landwirtschaftlich gute Bewirtschaftung zusammenhängender Flächen entsteht.

Die Abstände für die geplanten Anpflanzungen am Siedlungsrand im Übergang zur freien Feldflur gemäß dem Nachbarrechtsgesetz von NRW werden selbstverständlich eingehalten.

16. Stellungnahme zum Schreiben der IHK Siegen vom 23.04.2002

Es wird zur Kenntnis genommen, dass zu dem vorliegenden Bebauungsplanentwurf keine Anregungen und Bedenken der Industrie- und Handelskammer Siegen vorgebracht werden.

Zu dem Hinweis bezüglich der städt. Planungen für ein Gewerbegebiet Oberschelden / Seelbach wird entgegnet, dass es sich bei dieser Planung um eine Entwicklungsstudie handelt ohne jegliche Bindungen. Da der vorliegende Bebauungsplan Nr. 250 "Im Boden" aus dem wirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Siegen entwickelt ist, haben nachfolgende städtebauliche Planungen dieses Neubaugebiet zu würdigen und es sind die entsprechenden Abstände gemäß Abstandsliste zum nordrhein-westfälischen Abstandserlass einzuhalten.

17. Stellungnahme zum Schreiben der Verbandsgemeindeverwaltung Kirchen (Sieg) vom 14.03.2002

Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen. Die aufgeführten Anregungen werden zurückgewiesen, da die aufgezeigten Hinweise die Belange der Nachbargemeinde Kirchen in keiner Weise berühren. Im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TÖB) gem. § 4 BauGB sind die Nachbargemeinden angehört worden, um sicherzustellen, dass Belange der Nachbargemeinden nicht negativ tangiert werden.

Die in dem Schreiben der Verbandsgemeinde dargelegten Anregungen bezüglich der Dichte dieses Wohngebietes am Siedlungsrand von Oberschelden entbehren jeglicher Rechtsgrundlage und werden zurückgewiesen, da sie einen Eingriff in die Planungshoheit der Stadt Siegen darstellen. Selbstverständlich sind bei der vorliegenden Bauleitplanung unter Berücksichtigung des § 1 (Grundsätze der Bauleitplanung) sowie des § 1 a (Umweltschützende Belange in der Abwägung) BauGB die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander abgewogen worden. Der Hinweis auf die fehlende Zuordnung der Ausgleichsflächen trifft nicht zu. Die Zuordnung ist im Entwurf für die Offenlegung vorgenommen worden.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 7 / Stadtplanung
Bearbeitet von: Herrn Lüster

Datum
07.08.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Bauausschuss	02.09.2002
Bezirksausschuss VI - Eiserfeld	04.09.2002
Haupt- und Finanzausschuss	11.09.2002
Rat	25.09.2002

Betreff:

**Bebauungsplan Nr. 250 "Im Boden" im Stadtteil Oberschelden;
hier: Ergänzungsvorlage der Verwaltungsvorlage Nr. 1997 / 2002 vom
10.06.2002
- Abwägung von nachträglich eingegangenen Anregungen
- Redaktionelle Änderungen / Ergänzungen der Begründung**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt

1. die nachträglich vorgebrachten Anregungen zu dem vorliegenden Bebauungsplanentwurf Nr. 250 "Im Boden" gemäß den als Anlage 2 beigefügten Stellungnahmen 1 und 2 (Abwägung) zu behandeln;
2. die nachfolgenden Änderungen / Ergänzungen der Begründung zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 250 "Im Boden" :

2.1 Seite 9

Punkt 8 - Ver- und Entsorgung

Der erste Absatz wird um den folgenden Satz ergänzt :

Die vorhandene 10 kV-Freileitung wird entsprechend der bestehenden Verträge als Erdkabel in die öffentliche Verkehrsfläche umgelegt.

Der dritte Absatz wird wie folgt ergänzt :

Die Trafostation ist im Bereich des Spielplatzes vorgesehen. Eine gesundheitliche Beeinträchtigung durch elektromagnetische Felder für den Menschen (Erwachsene, Kinder) - auch bei dauerhaftem Aufenthalt in unmittelbarer Nähe der Trafostation - ist nicht gegeben.

2.2 Seite 14

Merkmale der Auswirkungen auf die natürlichen Schutzgüter

Der vierte Absatz wird gemäß der Beratung im Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie vom 11.07.2002 wie folgt neu formuliert:

Während die Auswirkungen auf Oberflächengewässer indirekter Natur sind, wird der Grundwasserhaushalt durch die Versiegelung direkt beeinflusst. Das nicht als Brauchwasser verwendete Niederschlagswasser wird in das öffentliche Kanalsystem eingeleitet. Der vorhandene Untergrund auf den meist stark geneigten Hangflächen ist nicht geeignet, das anfallende Niederschlagswasser in nennenswertem Umfang zu versickern.

Sachverhalt / Begründung:

Nach Abschluss der Bürgerbeteiligung (11.04.2002 bis 25.04.2002) sowie nach der Beratung im Bezirksausschuss VI (20.06.2002) und Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie (11.07.2002) zum Offenlegungsbeschluss des Bebauungsplanentwurfes Nr. 250 sind noch zwei Stellungnahmen aus der Bürgerschaft eingegangen.

Da der Ablauf der Bürgerbeteiligung und die bereits erfolgten v. g. Ausschussberatungen keine Ausschlussfristen sind, sind die beiden Stellungnahmen der Bürger in die Abwägung einzustellen.

Zur Eindeutigkeit und Konkretisierung ist die Begründung in Punkt 8 - Ver- und Entsorgung, 1. und 3. Absatz - sowie in Punkt 11 - Merkmale der Auswirkungen auf die natürlichen Schutzgüter, 4. Absatz - zu ergänzen bzw. neu zu formulieren.

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

☒ ja bei Realisierung der Maßnahme ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	Jährliche Folgekosten	FINANZIERUNG Eigenanteil	FINANZIERUNG Objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich
------------------------------	--------------------------	-----------------------------	---	--

VERANSCHLAGUNG

<input type="checkbox"/> im VermH 2002	<input type="checkbox"/> im VerwH 2002	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
--	--	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Gesehen:

Dr. Werner Rohr
StadtratReinhold Baumeister
I. Beigeordneter**Anlagen**

- Anlage 1 - Übersichtsplan B-Plan
- Anlage 2 - Abwägung / Stellungnahmen zu den eingegangenen Anregungen der Bürger
- Anlage 3 - Schreiben der Bürger mit Anregungen

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Dr. Werner Rohr
Stadtrat

Anlagen: 3

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 7 / Stadtplanung
Bearbeitet von: Herrn Lüster

Datum
09.09.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

11.09.2002

Rat

25.09.2002

Betreff:

**Bebauungsplan Nr. 250 "Im Boden" im Stadtteil Oberschelden;
hier: Ergänzungsvorlage der Verwaltungsvorlage Nr. 1997 / 2002 vom
10.06.2002 und Nr. 1997 / 2002 A vom 07.08.2002
- Abwägung / Prüfung einer nachträglich eingegangenen Anregung**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

Das Flurstück 83 der Flur 9, Gemarkung Oberschelden, wird nicht in das Bebauungsplangebiet Nr. 250 "Im Boden" aufgenommen.

Sachverhalt / Begründung:

Nach Abschluss der Beratung im Bezirksausschuss VI (20.06.2002 und 04.09.2002), im Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie (11.07.2002) und im Bauausschuss (02.09.2002) zum Offenlegungsbeschluss des Bebauungsplanentwurfes Nr. 250 "Im Boden" ist noch eine Stellungnahme aus der Bürgerschaft (Anlage 1) eingegangen.

Da die bereits erfolgten v. g. Ausschussberatungen keine Ausschlussfristen sind, ist die Stellungnahme in die Abwägung einzustellen.

Prüfung und Abwägung der Anregung der Einwender "Gosenbacher Straße 22" vom 26.08.2002 (Anlage 1)

Mit dem Schreiben vom 26.08.2002 bitten die Einwender erneut um die Aufnahme des Flurstückes 83 der Flur 9, Gemarkung Oberschelden, in das Bebauungsplangebiet Nr. 250 "Im Boden".

Die Prüfung und Abwägung der v. g. Anregung bestätigen die Stellungnahme und den Beschlussvorschlag der Verwaltung, das Flurstück 83 nicht in das Bebauungsplangebiet Nr. 250 "Im Boden" aufzunehmen, der Verwaltungsvorlage Nr. 1997 / 2002 A vom 07.08.2002, Anlage 2, Seite 1, Punkt 1.

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN ☒ ja, bei Realisierung der Maßnahme ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	Jährliche Folgekosten	FINANZIERUNG Eigenanteil	FINANZIERUNG Objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich
------------------------------	--------------------------	-----------------------------	---	--

VERANSCHLAGUNG

<input type="checkbox"/> im VermH 2002	<input type="checkbox"/> im VerwH 2002	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
--	--	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Brune
Stadtbaurat

Anlage

Schreiben der Bürger vom 26.08.2002

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 9 / Bauverwaltung
Bearbeitet von: Dietmar Grebe

Datum
19.08.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

11.09.2002

Rat

25.09.2002

Betreff:

**Satzung der Stadt Siegen vom 22.05.2002 über die Aufhebung der
Zweckwidmung für den Wirtschaftsweg Gemarkung Volnsberg Flur 1
Flurstück 144 tw.;**
**Beitrittsbeschluss gem. Verfügung des Landrates des Kreises Siegen-
Wittgenstein vom 10.07.2002**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

§ 2 Buchstabe b der Satzung der Stadt Siegen über die Aufhebung von Festsetzungen für gemeinschaftliche Angelegenheiten im Rezess über die Zusammenlegungsache von Volnsberg vom 12.08.1921 -V. 134- wird durch folgende Sätze ergänzt:

Das Flurstück 144 verbleibt insgesamt im Eigentum der Stadt Siegen. Die Veräußerung des Grundstückes bedarf der Zustimmung der Kommunalaufsichtsbehörde. Eine städtebauliche Neuordnung und Erschließung, die das Flurstück 144 und die benachbarten Grundstücke insgesamt mit einschließen, bleibt unberührt.

Sachverhalt / Begründung:

Der Rat der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung am 22.05.2002 die v. g. Satzung beschlossen. Der Landrat des Kreises Siegen-Wittgenstein als untere staatliche Verwaltungsbehörde hat im Rahmen des Zustimmungsverfahrens mit Verfügung vom 10.07.2002 die Zustimmung gem. § 2 des Gesetzes über die durch ein Auseinandersetzungsverfahren begründeten gemeinschaftlichen Angelegenheiten vom 09.04.1956 erteilt und mit der Maßgabe verbunden, dass § 2 Buchstabe b der Satzung wie im Beschlussvorschlag aufgeführt, ergänzt wird. Durch den letzten Satz

dieser Ergänzung soll sichergestellt werden, dass eine allgemeine städtebauliche Entwicklung in diesem Bereich zukünftig nicht ausgeschlossen wird.

Zur Änderung des § 2 ist ein Beitrittsbeschluss des Rates der Stadt Siegen erforderlich.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Brune
Stadtbaurat

Anlagen: 1

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 9/2 Straße und Verkehr
Bearbeitet von: Herrn Heide

Datum
24.07.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

11.09.2002

Betreff:

Haltestellenprogramm

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss als Planungsausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt den Rahmenantrag Haltestellenprogramm zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt für die Umsetzung der Haltestellenkennzeichnung die Bezirksausschüsse I bis VI, den Verkehrsausschuss und den Bauausschuss entsprechend ihrer Zuständigkeit zu beteiligen.

Für die Haltestellenmodernisierung stellt die Verwaltung ein Jahresbauprogramm auf und legt dieses dem Bauausschuss zu Beschlussfassung vor. Die Bezirksausschüsse und der Verkehrsausschuss sind entsprechend ihrer Zuständigkeit an der Beschlussfassung zu beteiligen.

Sachverhalt / Begründung:

1. Beschlusslage

Der Rat der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung am 19.12.2001 folgenden Beschluss gefasst:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, für die Haltestellenkennzeichnung einen Zuschussantrag zustellen.

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, für das übrige Haltestellenprogramm einen Zuschussantrag auszuarbeiten. Dieser ist bis Ende März mit konkreten Zahlenangaben den politischen Gremien vorzulegen.

2. Allgemeines

Durch Beschluss des Gesetzes zur Regionalisierung des öffentlichen Schienenverkehrs sowie der Weiterentwicklung des ÖPNV (Regionalisierungsgesetz) durch den Landtag NRW vom 07. März 1995 wurden dem Kooperationsraum 8 die Kreise Olpe und Siegen-Wittgenstein zugeordnet.

Der Kreis Siegen-Wittgenstein hat zur Sicherung, Weiterentwicklung und Verbesserung des ÖPNV Nahverkehrspläne für den schienengebundenen und den straßengebundenen ÖPNV aufgestellt. Die Nahverkehrspläne sind im Benehmen mit der Stadt Siegen aufgestellt worden.

In dem Nahverkehrsplan (ÖPNV-Straße) sind u. a. Festlegungen zur Einordnung der Haltestellen in die Kategorie I bis V getroffen worden. Die Ausstattung der Haltestellen soll in ihrer Gestaltung und ihrem Design ein unverwechselbares Erkennungszeichen des ÖPNV sein und damit zugleich ein positives Image bewirken (Produktwerbung).

3. Haltestellenkennzeichnung - Darstellung der Maßnahme

3.1 Planerische Beschreibung

Im v. g. Nahverkehrsplan des Kreises Siegen-Wittgenstein sind alle Bus-Haltestellen aufgrund der Anforderungen in 5 Kategorien eingeteilt.

- **Kategorie I**

Verknüpfungspunkte mit überregionaler Bedeutung
Beispiel: Siegen-Bahnhof

- **Kategorie II**

Verknüpfungspunkte mit regionaler Bedeutung
Beispiel: Kölner Tor

- **Kategorie III**

Verknüpfungspunkte mit lokaler Bedeutung und Haltestellen mit überdurchschnittlichem Fahrgastaufkommen
Beispiel: Geisweid Busbahnhof

- **Kategorie IV**

Haltestellen mit durchschnittlichem Fahrgastaufkommen
Beispiel: Weidenau, Krankenhaus

- **Kategorie V**

Haltestellen mit geringem Fahrgastaufkommen
Beispiel: Kaan-Marienborn - Brüderweg

Die Aufgabenträger des Kooperationsraumes 8 haben zur Auswahl eines gemeinsamen, einheitlichen Haltestellenkennzeichnungs- und Fahrgast-Informationssystems einen kommunalen Arbeitskreis „ÖPNV - Haltestellenprogramm“ unter Betei-

ligung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden und der Verkehrsunternehmen eingerichtet. In diesem AK wurde nach eingehender Beratung die Farbgestaltung und die Form der Haltestellenkennzeichnung gebilligt.

Das Haltestellenkennzeichnungssystem soll in besonderer Weise die Anforderungen an ein einheitliches und umfassendes Kennzeichnungs- und Fahrgast-Informationssystem erfüllen.

3.2 Bauliche Beschreibung

vorhandener Zustand

Die Haltestellen im Stadtgebiet Siegen sind mit uneinheitlichen Haltestellenkennzeichnungen ausgestattet. Je nach der vorhandenen örtlichen Situation sind die Verkehrszeichen 224 (Haltestelle für Linienbusse) an Einzel- oder an Straßenbeleuchtungsmasten montiert. Aufgrund der Standorte ist diese Kennzeichnung im öffentlichen Verkehrsraum vielfach nur schwer erkennbar.

Fahrplantaafeln sind in einem lesbaren Format nicht an allen Haltestellen vorhanden. Hinweise und Informationen über Linien und Linienziele, sowie Tarifinformationen fehlen an fast allen Haltestellen.

künftiger Zustand

An insgesamt 656 Haltestellen in Siegen werden neue Kennzeichnungen angebracht. In dieser Gesamtzahl sind nicht enthalten die 17 Haltestellen des ZOB Siegen, die mit einem dynamischen Informationssystem ausgestattet werden sollen. Weiter sind nicht enthalten 12 Haltestellen an den P+R Anlagen, die 1993 mit Haltestellenkennzeichnungen entsprechend dem Nahverkehrsplan ausgestattet wurden. Die Zweckbindungsfrist noch nicht abgelaufen.

Durch Verwendung einer modular aufgebauten Haltestellenkennzeichnung können alle Haltestellen mit den notwendigen Elementen bedarfsgerecht ausgestattet werden.

Als Ausstattung der Haltestellen ist vorgesehen:

- **Haltestellenkennzeichnung**

- Haltestellenbezeichnung (Ortsteil, Name der Haltestelle)
- Zeichen 224 StVO
- Linienkennzeichnung, Richtungsangabe
- Unternehmenskennzeichnung

- **Fahrgastinformation**

- Aushang-Fahrplan
- Tarifinformation

- **Geographische Informationen**

wie ein Stadt-, Umgebungs- und Liniennetzplan werden entsprechend der Bedeutung der Haltestelle plazierte.

Die im Arbeitskreis erörterten Gestaltungsvorgaben sichern eine unverwechselbare Erkennbarkeit im gesamten Stadtgebiet und darüber hinaus in allen benachbarten Städten und Gemeinden des Kooperationsraumes 8.

Ergänzend werden alle Haltestellen mit einem einheitlichen Abfallbehälter ausgestattet.

3.3 Technische Gestaltung

Die Haltestellenkennzeichnung wird in Bodenhülsen montiert. Damit ist sichergestellt, dass bei Beschädigungen eine kostengünstige Reparatur möglich ist.

Die Bodenhülsen werden in einem ersten Arbeitsschritt an allen Haltestellen eingebaut, damit die Montage der neuen Kennzeichnung und die Demontage der vorhandenen Beschilderung in einer raschen zeitlichen Folge geschehen kann.

3.4 Kosten

Die Baukosten für die Haltestellenkennzeichnung an 656 Haltestellen einschließlich neuer Abfallbehälter betragen insgesamt brutto **870.000 €**

3.5 Finanzierung

Für die Finanzierung der Haltestellenkennzeichnung ist eine Zuwendung in Höhe von 90% der Baukosten beantragt worden. Der Kreis Siegen-Wittgenstein als Aufgabenträger ÖPNV übernimmt für seinen Zuständigkeitsbereich den verbleibenden Eigenanteil. Es entsteht kein städt. Eigenanteil. Die Finanzierung der Abfallbehälter übernimmt die Stadt.

4. Haltestellenmodernisierung - Darstellung der Maßnahme

4.1 Planerische Beschreibung

Die im Nahverkehrsplan festgelegten Anforderungen, eingeteilt nach den Kategorien I bis V, sind auch für die Haltestellenmodernisierung Grundlage der Auswahl und Planung für die Gestaltung.

4.2 Bauliche Beschreibung

vorhandener Zustand

Im Stadtgebiet Siegen sind ca. 685 Haltestellen im öffentlichen Verkehrsraum eingerichtet. Bis auf die Haltestellen, die im Zusammenhang mit Straßenbaumaßnahmen umgestaltet worden sind, entspricht der überwiegende Teil nicht den Anforderungen an einen modernen ÖPNV.

Insbesondere die Vorteile der Niederflurfahrzeuge können von den mobilitätseingeschränkten Personengruppen nicht genutzt werden. Nur wenige Haltestellen sind zweckmäßig mit Buscap-Bordsteinen ausgestattet. Bei anderen sind Bordsteinhöhen von nur 4 cm bis 10 cm anzutreffen. Aber auch die Anzahl von Haltestellen ohne befestigten Aufenthaltsbereich und ohne Bordstein ist sehr groß.

künftiger Zustand

Für die Aufenthaltsbereiche sind in Abhängigkeit der dort verkehrenden Fahrzeuge Haltestellen-Systemzeichnungen entwickelt worden. Diese berücksichtigen die Fahrzeuglängen, Wetterschutz und die Anforderungen von mobilitätseingeschränkten und blinden Menschen:

Typ 1 Haltestelle für Standardlinienbus ohne Wartehalle	Bordlänge 12 m
Haltestelle für Standardlinienbus mit Wartehalle	Bordlänge 12 m
Typ 2 Haltestelle für Gelenkbus ohne Wartehalle	Bordlänge 16 m
Haltestelle für Gelenkbus mit Wartehalle	Bordlänge 16 m
Typ 3 Haltestelle für Gelenkbus+Standardbus mit Wartehalle	Bordlänge 30 m

Es wurden ca. 250 Haltestellen für eine Modernisierung ausgewählt. Die Auswahl erfolgte nach verschiedenen Gesichtspunkten wie Bedienungshäufigkeit, Fahrgastaufkommen, Berücksichtigung aller Ortsteile, zentrale Haltestellen in den Wohngebieten, öffentliche Einrichtungen, Schulen und Krankenhäuser.

Wetterschutzeinrichtungen in Form von Fahrgastwartehallen und ergänzende Ausstattungen wie Stadtpläne, Bike+Ride-Plätze und P+R Plätze werden entsprechend den örtlichen Bedürfnissen und den Vorgaben des Nahverkehrsplanes bei der Ausführungsplanung berücksichtigt.

4.3 Fahrgastwartehallen

vorhandener Zustand

Im Stadtgebiet Siegen sind die Haltestellen mit Wetterschutzeinrichtungen verschiedenster Art ausgestattet.

Die Ausstattungsqualität reicht von der Gesamtüberdachung am ZOB Siegen-Mitte bis zur Wellblechhütte in Gosenbach.

Nachfolgend ist der derzeit registrierte Bestand von 177 Wartehallen differenziert nach Bauart und Eigentümer aufgeführt:

Anzahl	Bauweise	Eigentümer
7	Beton	Stadt Siegen
40	Werbetafel mit Dach	Deutsche Städte Medien (DSM)
7	Holzfachwerk	Heimatvereine
51	Stahl/Glas Tonnenbögen mit Werbung	DSM
35	Stahl/Glas Tonnenbögen ohne Werbung	DSM oder Stadt Siegen
20	Stahl/Glas Flachdach mit Werbung	DSM
2	Stahl/Glas Flachdach ohne Werbung	DSM oder Stadt Siegen
12	Stahl/Glas Park+Ride M1 und M2	Stadt Siegen
1	Sonderkonstruktion Kölner Tor	Stadt Siegen
2	Pilze Haardter Brücke, Weidenau Bhf	Stadt Siegen

Eine Tabelle mit der ortsteilbezogenen Zuordnung und Abbildungen der einzelnen Bauweisen sind der Vorlage als Anlage beigelegt.

künftiger Zustand

Ein neuer, den Anforderungen an den ÖPNV gerecht werdender Wartehallentyp wird zurzeit geprüft. Nach Sichtung der Produktangebote wird die Verwaltung dem Bauausschuss verschiedene Modelle zur Auswahl und Beschlussfassung eines einheitlichen Designs vorlegen.

Damit verbunden ist eine Abstimmung mit der DSM zur Übernahme des ausgewählten Typs an den DSM-Standorten und gegebenenfalls zum Ersatz der Stahl/Glas-Wartehallen mit Tonnenbögen und Werbung.

Im Rahmen des Haltestellenprogramm Siegen sollen alle Wartehallen in Betonbauweise aus Sicherheitsgründen ersetzt werden.

Auch die Überdachungen in Form von Großwerbetafeln sollen in Abstimmung mit der DSM durch einen neuen Typ ersetzt werden.

Um mittelfristig die Finanzierung solcher Fahrgastwartehallen sicherzustellen, an denen Werbevitruinen nicht möglich oder aufgrund der sensiblen Umgebung nicht erwünscht sind, sind im Rahmenantrag Zuschussmittel beantragt worden.

4.4 Kosten der Modernisierungsmaßnahmen nach Ortsteilen

Gesamtkosten			
Obersetzen:	1 Haltestelle	1 Wartehalle	25.700 €
Niedersetzen:	4 Haltestellen	2 Wartehallen	85.400 €
Meiswinkel:	2 Haltestellen	1 Wartehalle	42.700 €
Buchen:	3 Haltestellen	1 Wartehalle	54.700 €
Sohlbach:	4 Haltestellen	1 Wartehalle	69.700 €
Langenholdinghausen	4 Haltestellen	3 Wartehallen	93.100 €
Dillhütten:	3 Haltestellen	3 Wartehallen	170.100 €
Geisweid:	32 Haltestellen	11 Wartehallen	861.700 €
Birlenbach:	2 Haltestellen	1 Wartehalle	43.700 €
Weidenau:	35 Haltestellen	23 Wartehallen	998.100 €
Siegen:	64 Haltestellen	41 Wartehallen	1.838.700 €
Trupbach:	7 Haltestellen	2 Wartehallen	139.400 €
Seelbach:	2 Haltestellen	3 Wartehallen	59.100 €
Bürbach:	7 Haltestellen	3 Wartehallen	146.100 €
Kaan-Marienborn:	11 Haltestellen	7 Wartehallen	246.900 €
Volnsberg:	2 Haltestellen	1 Wartehalle	39.700 €
Breitenbach:	1 Haltestelle	1 Wartehalle	23.700 €
Feuersbach:	2 Haltestellen	1 Wartehalle	42.700 €
Oberschelden:	4 Haltestellen	4 Wartehallen	145.800 €
Gosenbach:	12 Haltestellen	6 Wartehallen	688.200 €
Niederschelden:	10 Haltestellen	8 Wartehallen	335.600 €
Eiserfeld:	26 Haltestellen	17 Wartehallen	856.900 €
Eisern:	7 Haltestellen	3 Wartehallen	512.100 €
	245 Haltestellen	144 Wartehallen	
Gesamtkosten:			7.519.800 €

In dieser Übersicht sind nicht enthalten Haltestellen, die innerhalb von bewilligten bzw. beantragten Straßenbaumaßnahmen ausgeführt werden, wie z.B. : Giersbergstraße, Birlenbacher Straße, Freudenberger Straße, Busbereitstellungsplatz, Fludersbach, Brüderweg, Achenbacher Straße, Freudenberger Straße in Seelbach. Nicht enthalten sind die Haltestellen des ZOB-Geisweid, für den ein gesonderter Zuschussantrag gestellt werden muss.

Für die Haltestellen Omnibuswende in Gosenbach und Obersdorfer Straße in Eisern werden Fördersätze von ZOB's beantragt, weil dort aufgrund der Linienverknüpfung jeweils ein höherer Investitionsbedarf besteht. Deshalb sind die Kostensummen in diesen Ortsteilen nicht mit den anderen Ortsteilen vergleichbar.

In der Gesamtsumme sind die Kosten für die 144 Wartehallen in Höhe von **1.108.800 €** enthalten.

4.5 Finanzierung

Die Verwaltung hat termingerecht zum 01.06.2002 einen Rahmenantrag zur Haltestellenmodernisierung von ca. 250 Haltestellen und ca.144 Fahrgastwartehallen einschließlich der förderfähigen Planungskosten (2% der Baukosten) der Bezirksregierung Arnsberg vorgelegt.

Die Gesamtkosten der Haltestellenmodernisierung einschl. zuwendungsfähiger Planungskosten betragen rd. 7.690.000 €. Mit Vorlage des Rahmenantrages ist dafür eine Zuwendung von 90 % beantragt worden. Der städt. Eigenanteil beträgt somit 769.000 €

Es ist vorgesehen, die Modernisierung in insgesamt 10 Jahres-Bauabschnitten mit einem jährlichen Investitionsvolumen von ca. 800.000 € umzusetzen. Somit wird der jährliche Stadtanteil ca. 80.000 € betragen.

5. Änderung von Haltestellenbezeichnungen

Im Nahverkehrsplan ist festgelegt, dass zur geographischen Zuordnung der Haltestellen der Ortsteil und der Name der Haltestelle gehört.

Aus diesen Gründen werden bei einigen Haltestellen die Namen zu ändern sein, weil sonst Bezeichnungen wie z. B. Obersetzen / Obersetzen entstehen. Bei der Bestandserhebung ist weiter aufgefallen, dass Doppelbezeichnungen bestehen (z. B. ein Name für 2 Haltestellen), Bezeichnungen gewählt wurden, die keinen Bezug zur geographischen Lage haben (z. B. Mittelsetzen) oder der Bezug durch Veränderungen nicht mehr gegeben ist (z.B. SAG, heute *Technologiezentrum*; Schalllex; Kupferwerke ect.).

Die Verwaltung wird dazu in Abstimmung mit den zu beteiligenden Organisationen des ÖPNV Änderungsvorschläge ausarbeiten. Diese werden den Bezirksausschüssen zur Beratung und Beschlussempfehlung an den zuständigen Fachausschuss vorlegt.

6. Weitere Vorgehensweise

Aufgrund des umfangreichen Planungsbedarfes und des Gesamtkostenvolumens wird vorgeschlagen, die Maßnahme in Bauabschnitte umzusetzen.

1. Bauabschnitt 2003: **Haltestellenkennzeichnung insgesamt und Haltestellenmodernisierung** von ca. 10 Haltestellen als Sofortprogramm in einer Höhe von 300.000 € mit einem Stadtanteil von ca. 30.000 €
2. Bauabschnitt 2004: **Haltestellenmodernisierung** von ca. 25 – 30 Haltestellen. Für diesen 2. Bauabschnitt muß bis zum 01.06.2003 ein Zuschussantrag gestellt sein. Vor Abgabe dieses Antrages erfolgt die Beratung und Beschlussfassung über die Auswahl und Gestaltung der Haltestellen auf Vorschlag der Verwaltung durch den zuständigen Fachausschuss.
3. Bauabschnitt 2005 ff: wie 2004

Unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten und der vorhandenen Planungskapazitäten ist eine Verteilung der Maßnahme auf 10 Bauabschnitte sinnvoll.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
8.560.000 €	90.000 €	770.000 €	Landeszuwendung und Beteiligung	<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im VermH 2003 *	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit 1.170.000	Haushaltsstelle
--	-----------------------------------	-------------------------------	---	-----------------

In Vertretung

Brune
Stadtbaurat

Anlagen:

Haltestellenkennzeichnung

- Abbildung der Kennzeichnungstypen I und II
- Kostenzusammenstellung nach Ortsteilen

Haltestellenmodernisierung

- Fahrgastwartehallenbestand
- Abbildung vorhandener Wartehallentypen
- Auswahlliste zum Rahmenantrag mit Kosten
- Musterplan einer Haltestelle für Gelenkbus mit Wartehalle

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 9 - Straßenbau
Bearbeitet von: Frau Schreiber

Datum
16.07.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

11.09.2002

Rat

25.09.2002

Betreff:

- Dringlichkeitsentscheidung -

Ausbau der Fludersbachstraße

hier: Überplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung

Beschlussvorschlag:

1. Die Unterzeichner beschließen, weil es sich um einen Fall äußerster Dringlichkeit handelt, gem. § 60 Absatz 1 GO NW.
Der Rat der Stadt Siegen beschließt, bei der Haushaltsstelle 1.630.9546.7 – 37, Ausbau Fludersbachstraße, Baukosten – eine zusätzliche Verpflichtungsermächtigung (VE) in Höhe von 650.000 € überplanmäßig gemäß § 84 Abs. 1 GO i. V. m. § 81 Abs. 1 GO bereitzustellen.
Die Deckung erfolgt durch die Nichtinanspruchnahme der VE bei der Haushaltsstelle 1.631.9544.5 – 75 Busbereitstellungsplatz Siegen, Baukosten -.

Die durch diese VE sowie die gegenüber der bisherigen Veranschlagung entstehenden Mehrkosten (zusätzlicher Stadtanteil) in 2003 und 2004 werden bei der Fortschreibung des Investitionsprogramms 2002 – 2006 eingeplant.

Bürgermeister

Stadtverordneter

2. Der Rat der Stadt Siegen genehmigt vorstehende Dringlichkeitsentscheidung vom 05.08.2002.

Sachverhalt / Begründung:

Der Ausbau der Stadtstraße Fludersbach wird aufgrund des unzumutbaren, schlechten Straßenzustandes seitens der Bevölkerung und des Kreises Siegen-Wittgenstein dringlichst gefordert.

Der Bauausschuss hat den Ausbau der Stadtstraße Fludersbach von der Frankfurter Straße bis zur Einmündung Peipers Halde am 10.06.2002 beschlossen.

Der Zuwendungsbescheid der Bezirksregierung Arnsberg vom 27.06.2002 liegt zwischenzeitlich vor und stellt eine Landeszuweisung von 1.004 T€ in Aussicht. Davon ist für die Zeit vom 27.06.2002 bis 31.12.2006 eine Zuwendung in Höhe von 125.000 € bewilligt worden. Eine Anpassung der Jahresraten an die vorgesehene Zuwendung von 1.004.300 € erfolgt im Rahmen des Mittelausgleiches im Herbst 2002. Dies bedeutet, dass zumindest zeitweise eine Vorfinanzierung erfolgen muss.

Die Finanzierung der Maßnahme ist wie folgt:

Gesamtkosten:	1.699.000 €
KAG Beiträge:	117.500 €
Anteil Kreis S.-W.:	97.900 €

Landeszuweisung: 1.004.300 €

Stadtanteil: 479.300 €

Zur Ausschreibung in einer Größenordnung von rd. 1,65 Mio. € ist unter Berücksichtigung der Veranschlagung im Haushalt 2002 die zusätzliche Bereitstellung einer VE in Höhe von rd. 650.000 € erforderlich. (Etatisiert ist bisher eine VE von 900T€) Die Ausgaben werden überwiegend in 2003 kassenwirksam.

Bereits in der Verwaltungsvorlage 1840/2002 vom 29.05.2002 wurde dargestellt, dass gegenüber der bisherigen Veranschlagung eine Kostenerhöhung von rd. 480 T€ und somit die Notwendigkeit der Finanzierung eines höheren Stadtanteils (rd. 200 T€) eingetreten ist. Bei der Fortschreibung des Investitionsprogramms 2002 – 2006 ist die Ausfinanzierung der Maßnahme haushaltsverträglich einzuplanen; die bisherige Veranschlagung ist entsprechend anzupassen.

Die erforderliche VE wird durch die Nichtinanspruchnahme bei der Haushaltsstelle 1.631.9544.5 – 75 Busbereitstellungsplatz Siegen, Baukosten – gedeckt. Die dort eingestellte VE wird in 2002 nicht mehr benötigt, da sich der Baubeginn hier verzögert.

Begründung der Eilbedürftigkeit

Durch eine Beschleunigung des Baubeginns kann bewirkt werden, dass in diesem Jahr mit der Verlegung von Versorgungsleitungen und dem Bau zweier Stützwände begonnen werden kann, um im nächsten Jahr den Straßenausbau zügig durchzuführen.

Eine formale Beschlussfassung würde zu einer vermeidbaren zeitlichen Verschiebung der Auftragsvergabe von etwa 2 Monaten führen und die mögliche Fertigstellung der Baumaßnahme im kommenden Jahr gefährden.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja☐ nein

Gesamtkosten Der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt- bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
rd. 1,7 Mio. €		ca. 480 T€	1,004 Mio.€ LZ 98 T€ Kreis 117 T€ KAG-B.	<input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Ver- fügung stehen.

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im VermH 2002 ff	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 120 T€ H-Soll VE: 900 T€	Haushaltsstelle 1.630.9546.7
---	-----------------------------------	-------------------------------	--	---------------------------------

In Vertretung

Brune
Stadtbaurat

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 9 / Straße und Verkehr
Bearbeitet von: Frau Schreiber

Datum
29.08.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

11.09.2002

Rat

25.09.2002

Betreff:

Ausbau des Brüderweges, Bauabschnitt III. 1
hier: Überplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

Bei der Haushaltsstelle 1.651.9503.5 - 26 K 4, Brüderweg/Oststraße, Baukosten - erfolgt die Bereitstellung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung (VE) in Höhe von 1.050.000 € gemäß § 84 Abs. 1 GO i. V. m. § 82 GO.

Die Deckung erfolgt durch Nichtinanspruchnahme der VE bei der Haushaltsstelle 1.631.9544.5 - 75 Busbereitstellungsplatz Siegen, Baukosten - in entsprechender Höhe.

Der durch diese VE sowie der gegenüber der bisherigen Veranschlagung entstehende kassenmäßige Mehrbedarf in 2003 wird bei der Fortschreibung des Investitionsprogramms 2002 - 2006 haushaltsverträglich eingeplant.

Sachverhalt / Begründung:

Der Ausbau des Brüderweges (K 4) wird aufgrund des unzumutbaren, schlechten Straßenzustandes seitens der Bevölkerung dringlichst gefordert.

Der Bauausschuss hat den Ausbau des Brüderweges zwischen Einmündung Schloßblick und Hessischer Straße mit dem Ausbau des Knotenpunktes im Bereich Hessischer Straße als Kreisel (Bauabschnitt III.1) am 15.04.2002 beschlossen.

Der Zuwendungsbescheid der Bezirksregierung Arnsberg vom 16.08.2002 liegt zwischenzeitlich vor und stellt eine Zuwendung von 1.720 T€ in Aussicht. Die Zuwendung wird in Jahresraten bereitgestellt. Eine Anpassung der Jahresraten an die zu erwartenden Ausgaben kann erst im Rahmen des Mittelausgleichs Ende September erfolgen. Dies bedeutet, dass eine zumindest zeitweise Vorfinanzierung erfolgen muss.

Die Finanzierung der Maßnahme ist wie folgt:

Gesamtkosten:	2.578.000 €
KAG Beiträge:	388.000 €
<u>Landeszuweisung:</u>	<u>1.720.000 €</u>
Stadtanteil:	470.000 €

Zur Ausschreibung in einer Größenordnung von rd. 1,76 Mio. € ist unter Berücksichtigung der Veranschlagung im Haushalt 2002 die zusätzliche Bereitstellung einer VE in Höhe von rd. 1.050.000 € erforderlich. (Etatisiert ist bisher eine VE von 550 T€) Die Ausgaben werden erst in 2003 kassenwirksam.

Bei der Fortschreibung des Investitionsprogramms 2002 – 2006 ist die Ausfinanzierung der Maßnahme haushaltsverträglich einzuplanen; die bisherige Veranschlagung ist entsprechend anzupassen.

Die erforderliche VE wird durch die Nichtinanspruchnahme bei der Haushaltsstelle 1.631.9544.5 – 75 Busbereitstellungsplatz Siegen, Baukosten – gedeckt. Die dort eingestellte VE wird in 2002 nicht mehr benötigt, da sich der Baubeginn hier verzögert.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
rd. 2,58 Mio. €		ca. 470 T€	1,72 Mio. € LZ 388 T€ KAG-	<input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im VermH 2002 ff	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 100 T€ H-Soll VE: 550 T€	Haushaltsstelle 1.651.9503.5
--	-----------------------------------	-------------------------------	--	------------------------------

In Vertretung

Brune
Stadtbourat

Anlagen: